

Inhalt Januar 2026

- [09.12.2025](#) Das Weiße Haus hat eine Gegenrevolution gestartet (Wladimir Moshegow)
- [01.01.2026](#) Eine kleine, aber feine Strategie (Prochor Tebin)
- [03.01.2026](#) Die Entführung Maduros hat die Tür zu einem neuen Mittelalter geöffnet (Dmitri Nowikow)
- [04.01.2026](#) Die Operation in Venezuela als Präzedenzfall (Oleg Krajew)
- [24.01.2025](#) Verpflichtet der Vertrag über strategische Partnerschaft Russland dazu, für Venezuela zu kämpfen? (Viktor Heifetz)
- [30.09.2025](#) Die Revolution beginnt nicht (Fjodor Lukjanow)
- [30.10.2025](#) Die russische Traumvorstellung des 21. Jahrhunderts (Sergej Karaganow, Pawel Maljutin)
- [27.10.2025](#) Die Atombombe ist für Europa zu schwer geworden (Timofej Bordatschjow)
- [21.11.2025](#) Der Teufel steckt im Detail
Maria Chorolskaja über die Militarisierung Deutschlands und woher das Jahr 2029 kommt
- [15.12.2025](#) Wie wird Europa gegen Russland kämpfen, wenn es dazu kommt? (Boris Dsherelijewski)
- [06.10.2025](#) Ist es an der Zeit, dass Moskau aufhört, sich vor einer »Ukraine in der NATO« zu fürchten? (Alexander Kolbin)
- [25.11.2025](#) Plan-28 (Alexander Agejew)
- [09.12.2025](#) Der Westen ist der Teufel, und er lügt ständig (Waleri Korowin)
- [10.12.2025](#) Wirtschaftliche Voraussetzungen für den Frieden (Boris Kagarlizki)



35 Jahre
Neue Impulse Verlag:
Wir machen weiter

Russland intern – Januar 2026

Die neue NSS der USA, Venezuela und andere »Friedensbemühungen«¹

Wie bewerten russische Analysten die neue US-amerikanische »Nationale Sicherheitsstrategie«, den US-amerikanischen Überfall auf Venezuela und die dadurch entstandene internationale Lage? Und verpflichtet der vor gut einem Jahr ratifizierte Vertrag über strategische Partnerschaft mit Venezuela Russland dazu, für Venezuela zu kämpfen? Wie sehen die von Sergej Karaganow repräsentierten Kräfte Russland im 21. Jahrhundert? Und wie werden die (Atom-)Kriegsgefahr für und in Europa, die Militarisierung Deutschlands sowie der US-amerikanische »Plan 28« zur Beilegung des Ukraine-Krieges aus russischer Sicht kommentiert?

Diese Fragen stehen im Fokus dieser Ausgabe von Russland intern. Wiederum bringen wir die Texte im O-Ton,

mit Datum und Quelle als Arbeitsmaterial, – unzensiert und unkommentiert. Die Auswahl eines Textes bedeutet nicht Zustimmung. Für Inhalt und Tonlage sind allein die Autoren der Beiträge verantwortlich, für die kritische gedankliche Verarbeitung jede/r Leser/in. Kritik und Anregungen zu unserem Russland-Reader, für die wir dankbar sind, bitte an: redaktion@marxistischeblaetter.de.

Ergänzend dazu möchten wir auf die beiden jüngsten **dgksp-Diskussionspapiere** hinweisen. **Ausgabe Nr. 49** befasst sich mit Trumps 28-Punkten im Ukraine-Russland-Friedensplan. **Ausgabe Nr. 50** dokumentiert »Russlands militärpolitisches Fazit 2025«, das am 17.12.2025 im Verteidigungsministerium der Russischen Föderation zur Diskussion stand.

Anmerkung

- 1 Verantwortlich: Ditte Gerns,
Quellen zuletzt abgerufen am 5.1.2026

Das Weiße Haus hat eine Gegenrevolution gestartet¹

Wladimir Moshegow, Publizist

09.12.2025

»Das amerikanische Imperium«, die Zerstörung des Globalismus und »Frieden durch Stärke« – das sind die drei Hauptaussagen der neuen Doktrin der Trump-Regierung. Das spiegelt offensichtlich Trumps tatsächliche Ansichten wider und klingt recht interessant.

Am 5. Dezember, während die ganze Welt schlief, erschien auf der Website des Weißen Hauses ohne vorherige Ankündigung der Text der neuen »Nationalen Sicherheitsstrategie«.

Eine, offen gesagt, revolutionäre (oder eher konterrevolutionäre) Doktrin – ganz im Sinne des von Trump bei seinem Amtsantritt angekündigten Kampfes gegen den Globalismus. Eine klassische »Revolution gegen die Revolution«. Vor uns liegt also ihr Manifest, das den ersten Jahrestag von Trumps Amtszeit logischerweise krönt.

Das Wort »Revolution« kommt hier allerdings nicht vor. Wir haben es hier mit einem Arbeitsdokument zu tun, das in recht ruhigen Tönen gehalten ist, und alle radikalen Veränderungen, von denen die Rede ist, werden sehr zurückhaltend als »notwendige, lang erwartete Korrektur von Präsident Trump« bezeichnet.

Diese Strategie ist Trumpismus in Reinform, der in all seinen wichtigsten Thesen und Schlussfolgerungen festgehalten ist. Das heißt, es gibt nichts grundsätzlich Neues, außer dass alles in einem klaren, durchdachten Text zusammengefasst ist, der sowohl für die derzeitige US-Regierung als auch für ihre Nachfolger programmatisch werden soll (natürlich nur, wenn Trump heute und Vance morgen alles schaffen).

Vor uns liegt ein Text, der zeigen soll, in welche Richtung sich Amerika zumindest im nächsten Jahrzehnt bewegen will. Und wenn man bedenkt, dass es sich um eine radikale Abkehr von der Globalisierung als solcher handelt, muss man dieses Dokument aufgrund seines programmatischen Charakters ziemlich ernst nehmen.

Gleich zu Beginn erklärt die »Strategie« den Verzicht der USA auf ihre Rolle als Welthegemon und bezeichnet die gesamte Außenpolitik der USA nach dem Ende des Kalten Krieges als grundlegend falsch. Der Globalismus habe nicht nur die industrielle Basis des Landes untergraben und den Amerikanern die Militärausgaben der Verbündeten aufgebürdet, sondern auch die Souveränität vieler Länder, ihre nationale Zusammensetzung und ihre traditionellen Werte zerstört. All dies werde nun als Übel anerkannt, und es werde vorgeschlagen, dem ein Ende zu setzen. Es soll kein einheitliches Zentrum (sozusagen eine Weltregierung) mehr geben, das den gesamten Globus regiert. Von nun an ist die Welt ein System des »Gleichgewichts der Kräfte« (so lautet der direkte Wortlaut der Doktrin).

Die zentrale These lautet: Die Angelegenheiten anderer Länder werden die USA von nun an nur noch dann interessieren, wenn sie ihnen in irgendeiner Weise drohen. Ansonsten: Nehmt euch so viel Souveränität, wie ihr tragen könnt, und verschwindet aus den Augen. Allerdings »können die Vereinigten Staaten nicht zulassen, dass eine Nation so dominant wird, dass sie dadurch unsere Interessen gefährdet«. Gleichgewicht ist Gleichgewicht, aber der Knüppel steht immer bereit.

Der nächste wichtige Punkt: Die »Monroe-Doktrin in Trumps Interpretation« (so steht es wörtlich) ist klar und unmissverständlich formuliert. Amerika ist von nun an das kontinentale Imperium der westlichen Hemisphäre, und der gesamte amerikanische Kontinent wurde zur Zone amerikanischer Lebensinteressen erklärt. Zitat: »Konkurrenten aus Ländern, die nicht zur westlichen Hemisphäre gehören, werden keine Möglichkeit haben, Truppen zu stationieren ... oder strategisch wichtige Vermögenswerte in unserer Hemisphäre zu kontrollieren.«

Die Präsenz der amerikanischen Streitkräfte in Europa und Asien wird ebenfalls reduziert und geschwächt: »Die Verbündeten müssen selbst zahlen und in ihren Regionen kämpfen.« Das Gleiche gilt für den Nahen Osten – na los,

Jungs, macht selbst weiter: Eure Makro-Welten sind eure Lebensinteressenzone. Der interessanteste und faszinierendste Punkt der Doktrin ist die radikale Eindämmung der Migration. Über Migration wird viel und an verschiedenen Stellen gesprochen. Die grundlegende These klingt klar und unmissverständlich: »Die Ära der Massmigration ist zu Ende.«

Es beginnt also eine neue Ära und eine 180-Grad-Wende. Die Anti-Migrationspolitik wird von nun an zur Hauptpriorität der US-Außenpolitik und zu einem Instrument der Einflussnahme in der Welt. Im Vordergrund steht die Souveränität (»Jedes Land, das sich als souverän betrachtet, hat das Recht und die Pflicht, über seine Zukunft zu entscheiden«). Von den Partnern der USA wird ausdrücklich verlangt, »gemeinsam daran zu arbeiten, die Migrationsströme zu stoppen«. Die Hilfe der USA für andere Länder und Handelspräferenzen werden ebenfalls von der Bereitschaft dieser Länder abhängig gemacht, »die Migration zu kontrollieren«. Wenn Ihr nicht aufhört, Eure Länder in multikulturelle Müllhalden zu verwandeln, könnt Ihr vom Hegemon nichts Gutes erwarten – das klingt zwischen den Zeilen sehr bedrohlich.

Da die Migrationsprozesse bisher von den Strukturen der Vereinten Nationen bestimmt und gelenkt wurden, richtet sich die größte Bedrohung offensichtlich gegen diese Organisation. »Wir lehnen die Katastrophenideologien des Klimawandels und der Null-Emissionen ab« – dies wird mit großer Verärgerung gesagt und richtet sich ebenfalls gegen diese Organisation.

Man kann also davon ausgehen, dass gerade die Strukturen der UNO in nächster Zeit unter Beschuss der Trump-Regierung geraten werden. Die Energie des Dokuments lässt offenbar keinen Zweifel daran, dass Trump bereit ist, mit dieser Organisation genauso zu verfahren wie mit dem berüchtigten USAID. Vorausgesetzt natürlich, dass er in anderen Bereichen Erfolg haben wird und die Anerkennung und Macht erlangt, von denen er träumt. Es

ist offensichtlich, dass aus Trumps Sicht und in der neuen Welt des »Gleichgewichts der Kräfte« die imperialen Welten durchaus in der Lage sind, sich ohne die Hilfe von mit globalistischem Schmutz angefüllten Rudimenten wie der UNO oder der WHO zu einigen.

Verständlich sind auch die Schmähungen gegen liberale Institutionen – Klima, Umwelt, Ideologie der Inklusion, Wokismus usw.: »Die sogenannten DEI und andere diskriminierende Praktiken, die zur Degradierung unserer Institutionen führen, müssen ausgerottet werden.« Verständlich sind auch die Versprechen einer breiten Unterstützung patriotischer Strukturen sowohl in Amerika als auch in Europa: »Amerika ermutigt seine politischen Verbündeten, die Wiederbelebung des Geistes und den wachsenden Einfluss patriotischer Parteien zu fördern. Unser Ziel ist es, Europa dabei zu helfen, seinen derzeitigen Kurs zu korrigieren.«

Die allgemeine Aussage dieser Botschaften ist ebenfalls klar: Globalistische Eliten auf der ganzen Welt – bitte gehen Sie. Zitat: »Unsere Eliten haben sich schwer getäuscht, indem sie eine äußerst fehlerhafte und destruktive Wette auf den Globalismus abgeschlossen haben... Sie haben die amerikanische Politik mit einem Netzwerk internationaler Institutionen verknüpft, von denen einige von offenem Antiamerikanismus und viele von Transnationalismus getrieben sind, der offen darauf abzielt, die Souveränität einzelner Staaten zu zerstören.« Mit dem »Transnationalismus« soll also Schluss sein. Die neue internationale Norm: die nationale »Souveränität einzelner Staaten«.

Über die heutigen europäischen Machthaber wird mit unverhohlener Drohung gesagt: »Die Trump-Administration steht im Widerspruch zum europäischen Establishment, das unrealistische Erwartungen an den Krieg hat und die Grundprinzipien der Demokratie missachtet, um die Opposition zu unterdrücken.« Und überhaupt ist unklar, warum sie ihren Platz einnehmen. Denn »die große Mehrheit der Europäer will Frieden«, hat jedoch keine Möglichkeit, »ihren Willen in die Politik zu übertragen«, da alle demokratischen Institutionen untergraben sind.

Trump missfällt also entschieden das heutige Europa, das von allerlei von der Leyen regiert wird. Anstelle einer multikulturellen Müllkippe möchte er eine Union von

Nationalstaaten sehen, die von patriotischen Parteien regiert werden. Den Beziehungen zwischen Russland und Europa ist ein eigener großer Absatz gewidmet. Darin wird insbesondere festgestellt, dass viele Europäer Russland heute als existenzielle Bedrohung betrachten und dass »die europäischen Verbündeten gegenüber Russland in fast allen Bereichen, mit Ausnahme der Atomwaffen, einen erheblichen Kräftevorteil haben«. Letzteres soll offenbar als Warnung an alle verstanden werden. Die Schlussfolgerung ist klar: Ohne besondere Anstrengungen seitens der USA lässt sich die Situation nicht verbessern. »Frieden durch Stärke« ist eines der eindrucksvollen Bilder der »Strategie«, das Trump offensichtlich gefällt. Die »rasche Beendigung der Kampfhandlungen in der Ukraine« wird als zentrales Interesse der USA bezeichnet.

Besonders interessant ist der folgende Punkt: »Beseitigung der Wahrnehmung der NATO als sich ständig erweiterndes Bündnis und Verhinderung, dass diese Wahrnehmung Realität wird«. Mit anderen Worten: Um einen dauerhaften Frieden zwischen Westeuropa und Russland zu erreichen, darf es keine weitere Erweiterung der NATO geben.

Schließlich die Beziehungen zu China. China, das als größte existenzielle Bedrohung angesehen wird, muss abgeschreckt werden. Und zwar so, dass China Taiwan nicht einnehmen kann und gleichzeitig der Einsatz militärischer Gewalt vermieden wird. Folglich muss Amerika über einen eindeutigen militärischen Vorteil im pazifischen Raum verfügen. Die Frage ist, ob China damit einverstanden sein wird. China soll auf wirtschaftlichem Gebiet besiegt werden.

Das »amerikanische Imperium«, die Zerstörung des Globalismus und »Frieden durch Stärke« – das sind die drei Hauptaussagen der neuen Doktrin der Trump-Regierung. Dies spiegelt offensichtlich Trumps tatsächliche Ansichten wider und klingt recht interessant: Mit solchen Kriterien zu arbeiten, ist durchaus möglich. Es ist jedoch auch klar, dass die Umsetzung all dieser Vorhaben und Wünsche in erster Linie davon abhängen wird, ob es Trump gelingt, bereits heute Erfolge in den von ihm angekündigten außenpolitischen Bereichen vorzuweisen. Andernfalls bleiben die Worte der Strategie nur Worte.

Anmerkungen

1 Quelle: <https://m.vz.ru/opinions/2025/12/9/1379360.html>

Eine kleine, aber feine Strategie¹

Über die nationale Sicherheit im Verständnis der zweiten Administration Donald Trumps

Prochor Tebin²

01.01.2026

Anfang Dezember 2025 veröffentlichte das Weiße Haus die auf November datierte Nationale Sicherheitsstrategie der USA³, die erste für die derzeitige Regierung von Donald Trump. Die vorherige Strategie wurde 2022 während der Präsidentschaft von Joseph Biden veröffentlicht⁴, die Arbeit an dem Dokument dauerte damals mehr als anderthalb Jahre und fand vor dem Hintergrund des Beginns der militärischen Spezialoperation und des indirekten Konflikts zwischen Russland und dem Westen statt.

Bezeichnenderweise wurde Trumps NSS plötzlich, still und ohne jegliche Informationskampagne veröffentlicht. Einige Beobachter sahen darin einen Haken oder einen Hinweis darauf, dass die Strategie keine praktische Rolle in der Politik spielen werde. Dem kann man nicht zustimmen, obwohl es offensichtlich ist, dass Trump und sein Team zu Improvisationen neigen⁵ und die Strategie selbst stellenweise konjunkturell geprägt ist. Im Gegenteil, es ist anzumerken, dass der Kurs systemisch wird, er ist nicht mehr an eine bestimmte Person gebunden, sondern repräsentiert die Interessen und Ansichten mächtiger, wenn auch heterogener politischer Kräfte. Der Trumpismus hat bewiesen, dass er keine Anomalie ist, sondern ein fester Bestandteil des modernen Weltbildes in den Vereinigten Staaten. Mit der Veröffentlichung der neuen NSS wird deutlich, dass der Trumpismus beginnt, sowohl die Außenpolitik als auch die nationale Sicherheitspolitik neu zu gestalten. Wenn wir dieses Dokument studieren, können wir uns die Entwicklung der Außenpolitik der Nachfolger und Anhänger Trumps (zum Beispiel J. D. Vance) vorstellen.

Mit dem Rückzug des derzeitigen Präsidenten aus der großen Politik wird der Trumpismus nicht verschwinden.

Der Autor der ersten Version von Trumps neuer NSS war Michael Anton⁶, der bis September 2025 als Direktor für politische Planung im Außenministerium tätig war. Anton ist ein Konservativer und aktiver Anhänger der MAGA-Bewegung. Sein Rücktritt nach Abschluss der Arbeit an der ursprünglichen Version der NSS⁷ wird eher mit »stilistischen Meinungsverschiedenheiten« innerhalb des Außenministeriums und der Administration in Verbindung gebracht als mit persönlichen Konflikten mit Trump oder seiner Politik. Anton könnte durchaus in der einen oder anderen Funktion in der Administration von Trump oder dessen Nachfolger zurückkehren. Übrigens hat er auch die erste Trump-Regierung verlassen.

Grundsätze und Prioritäten

Die Strategie ist relativ kompakt ausgefallen – sie umfasst nur halb so viele Seiten wie die vorherige⁸. Die einleitenden Worte des Staatsoberhauptes sind im Stil eines fast schon selbstbeweihräuchernden optimistischen Berichts über die in weniger als einem Jahr erzielten Erfolge gehalten. Auch Biden zählte seine Erfolge auf, aber im Vorwort von 2022 wurde der Konfrontation zwischen »Demokratie und Autokratie« und grenzüberschreitenden Herausforderungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Dies färbte die Erzählung mit besorgten Tönen und rief zur Mobilisierung angesichts zahlreicher Bedrohungen auf. Trumps Ansatz vermittelt von Anfang an eine positive, optimistische, weniger konfrontative und in gewisser Weise sogar übermütige Stimmung. Die Regierung habe »Amerika und die Welt vor dem Abgrund bewahrt« und »unglaubliche« Erfolge in der Außen- und Innenpolitik erzielt, die USA wieder stark und respektiert gemacht,

was es Washington ermöglichte, »Frieden in der ganzen Welt zu verbreiten«.

Trumps NSS besiegelt eine wesentliche Neuausrichtung der amerikanischen Politik, nicht nur im Vergleich zum Kurs der vorherigen Regierung, sondern auch im Vergleich zu den letzten drei Jahrzehnten insgesamt. »Das Ziel der Außenpolitik ist der Schutz grundlegender nationaler Interessen.« Die Aufgabe der Strategie besteht darin, den außenpolitischen Kurs der USA pragmatisch und fokussiert zu gestalten. Die Außenpolitik sollte nicht auf Ideologie basieren, sondern auf dem Prinzip »Amerika zuerst«.

Die Regierung strebt eine energische, entschlossene und gleichzeitig zurückhaltende Außenpolitik an, ohne in Idealismus, »Falken-« oder »Tauben-« Extreme zu verfallen.

Von Isolationismus ist keine Rede, Amerika bleibt eine expansionistische Macht, aber dem Expansionismus wird ein »menschliches Gesicht« gegeben.

Der Begriff »nationale Sicherheit« ist in der amerikanischen Gesetzgebung verankert und umfasst die Gesamtheit der Außenpolitik und der nationalen Verteidigung der USA⁹. In der neuen Strategie liegt der Schwerpunkt trotz der Idee »Frieden durch Stärke«¹⁰ eindeutig auf außenpolitischen Aspekten und nicht auf militärischen und verteidigungspolitischen. Dieser Ansatz wird durch eine starke Fokussierung auf innenpolitische und soziale Aspekte ergänzt, darunter die Unterstützung der Arbeiter- und Mittelschicht sowie das Bestreben, zu einer gleichmäßigeren Verteilung des Wirtschaftswachstums überzugehen, anstatt es auf einzelne Bundesstaaten und den wohlhabendsten Teil der Bevölkerung zu konzentrieren.

In dem Dokument wird viel weniger über Russland gesprochen (Russland wird zehnmal seltener erwähnt),

die Strategie konzentriert sich nicht übermäßig auf China (die VR China wird dreimal seltener erwähnt), sondern widmet den Vereinigten Staaten selbst viel mehr Aufmerksamkeit. Über den Iran wird abfällig gesprochen, die DVRK fehlt gänzlich. In Bidens NSS wurde das Wort »Demokratie« und verwandte Begriffe fast hundert Mal erwähnt, in Trumps NSS 2025 nur acht Mal. Bei Biden wird das Klima mehr als 60-mal erwähnt, bei Trump nur ein einziges Mal, und das in einem kritischen Kontext.

Die amerikanische Weltvorherrschaft, die Trumps Vorgänger angestrebt hatten, wird als Ziel der »großen Strategie« abgelehnt. Die Angelegenheiten anderer Staaten sollten Amerika nur dann beschäftigen, wenn ihre Handlungen die amerikanischen Interessen direkt bedrohen. Den amerikanischen Eliten wird vorgeworfen, die Möglichkeiten der USA, gleichzeitig die innenpolitische sozioökonomische Entwicklung und die außenpolitischen Ambitionen mit Ressourcen zu sichern, überschätzt zu haben. Die übermäßige Akzentuierung des freien Handels auf globaler Ebene und des Globalismus habe der amerikanischen Mittelschicht und Industrie geschadet.

Die Trump-Administration lehnt den Anspruch auf globale Hegemonie ausdrücklich ab, hat sich jedoch zum Ziel gesetzt, andere Mächte daran zu hindern, weltweite und in einigen Fällen auch regionale Hegemonie zu erlangen.

Die Ideen des Globalismus und Transnationalismus werden zugunsten nationaler Interessen und Souveränität eindeutig verworfen.

Einer der Grundsätze der Außenpolitik ist der Primat der Nationalstaaten in der Weltpolitik. Die USA werden sich bemühen, die internationalen Organisationen zu reformieren, die die staatliche Souveränität der Länder untergraben.

Die Beschreibung der amerikanischen nationalen Interessen ist weitgehend traditionell, enthält jedoch auch eine Reihe von Neuerungen im Vergleich zu den Versionen früherer Regierungen. An erster Stelle steht der Schutz der »von Gott gegebenen natürlichen Rechte« und des Wohlergehens der amerikanischen Bürger. Vorhersehbar wird der Aufrechterhaltung starker Streitkräfte, des nuklearen Potenzials, der Raketenabwehr der neuen

Generation (einschließlich des von der Trump-Regierung initiierten Programms »Golden Dome«), einer entwickelten und innovativen Wirtschaft, der Energiewirtschaft sowie der Entwicklung der amerikanischen Industrie und Infrastruktur Aufmerksamkeit gewidmet. Die nationalen Interessen werden unter Betonung der Bedeutung der inneren sozioökonomischen Entwicklung und der Sicherheit vor externen und internen Bedrohungen ohne eine offensichtliche »exportorientierte« ideologische Komponente dargestellt.

Große, wenn nicht sogar zentrale Aufmerksamkeit wird der Grenzsicherung, der Kontrolle und der Bekämpfung der Migration gewidmet. Viele Beobachter haben festgestellt, dass Trumps NSS nicht nur gegen illegale Migration, sondern gegen Migration im Allgemeinen ist. »Souveräne Staaten sollten gemeinsam danach streben, destabilisierende Migrationsströme zu stoppen und nicht zu fördern.« Bezeichnenderweise stehen Migrationsfragen an erster Stelle einer separaten Liste von Prioritäten der Strategie. Die Kontrolle über die internationale Migration von Menschen wird als wichtiger Faktor für die Souveränität und die Zukunftsgestaltung einer Nation bezeichnet.

Es fällt auf, dass die »sanfte Macht« der USA mit einem respektvollen Umgang mit der Kultur, Religion und den politischen Systemen anderer Länder verbunden ist. In der Außenpolitik wird dies als »flexibler Realismus« dargestellt (vielleicht wäre es richtiger, dies als »Pragmatismus« zu bezeichnen), der ideologische Engstirnigkeit ersetzen soll.

Die NSS betont die Notwendigkeit, den amerikanischen Patriotismus, den Respekt vor der eigenen Geschichte und den Glauben an die »angeborene Größe und Würde« der Vereinigten Staaten zu bewahren und das Bekenntnis zu traditionellen Werten, Familie und Kindern zu stärken. Die geistige und moralische Gesundung der amerikanischen Gesellschaft ist für die Gewährleistung der nationalen Sicherheit unerlässlich.

Zu den Instrumenten und Methoden zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit gehören neben der Reindustrialisierung und der wissenschaftlich-technischen Entwicklung auch die Abkehr von der Politik der

»Vielfalt, Gleichheit und Inklusion« zugunsten einer Rückkehr zur Meritokratie. Es wird jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Meritokratie nicht bedeutet, den amerikanischen Arbeitsmarkt für Ausländer zu öffnen, wenn dies zum Nachteil der amerikanischen Bürger ist.

Stärke ist der beste Faktor zur Abschreckung

Unter Stärke versteht man die Gesamtheit aller Elemente der nationalen Macht und nicht ausschließlich die militärische Komponente. Anstelle von Interventionismus schlägt Trump vor, sich auf Abschreckung und den Einsatz der amerikanischen nationalen Macht zur Friedenssicherung durch Verhandlungen und Vermittlung statt durch humanitäre Interventionen zu stützen.

In dem Dokument wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die nationalen Interessen der USA es nicht zulassen, die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Länder als einen Grundsatz der Außenpolitik festzuschreiben, sondern dass eine Einmischung nur in Extremfällen gerechtfertigt ist. Bezeichnenderweise verweist die NSS in dieser Frage auf die Unabhängigkeitserklärung und die »Gründerväter«, die in den vergangenen Jahren von linken Kräften in den USA als Sklavenhalter und »Befürworter der weißen Vorherrschaft« diskreditiert werden sollten¹¹. Im Ergebnis formuliert die neue NSS recht elegant die Auslegung des Vermächtnisses der Gründerväter unter Berücksichtigung der heutigen Realitäten als »Hinwendung« des Amerikas von Trump zur Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Länder.

Die »Monroe-Doktrin« nach Trump

An erster Stelle in Trumps Strategie steht nicht der indopazifische Raum oder Europa, sondern die westliche Hemisphäre. Zuletzt wurde die westliche Hemisphäre 2006 von der Bush-Regierung in der NSS an die erste Stelle der Liste der vorrangigen Regionen gesetzt¹² (zuvor nur in Dokumenten aus den Jahren 1987 und 1990¹³).

Die Strategie verkündet ausdrücklich die Rückkehr zur »Monroe-Doktrin« in Trumps Interpretation. Dieses Konzept war zwar schon immer Teil der amerikanischen Außenpolitik, aber erstens stand die westliche Hemisphäre ganz unten auf der Prioritätenliste Washingtons, und zweitens galt es als politisch inkorrekt, sich in Begriffen wie der »Monroe-Doktrin« zu äußern, insbesondere für Präsidenten der Demokratischen Partei. Und obwohl Washington ideologisch gesehen die westliche Hemisphäre weiterhin als Zone von ausschließlichem Interesse für die USA betrachtete, verkündete Außenminister John Kerry 2013 feierlich das Ende der Ära der »Monroe-Doktrin«.

Es sei daran erinnert, dass dieses Thema während der ersten Amtszeit von Trump mehrfach angesprochen wurde¹⁴. Der Begriff »Monroe-Doktrin« in Trumps Interpretation (oder »mit Trumps Ergänzungen« – Trump Corollary) ist eine Anspielung auf Roosevelts Interpretation (Roosevelt Corollary)¹⁵. Im Jahr 1904 verlieh Präsident Theodore Roosevelt der »Monroe-Doktrin« einen aggressiveren Charakter, indem er die Bereitschaft der USA zu Interventionen in der westlichen Hemisphäre erklärte (diese Politik wurde weithin als »Politik des großen Knüppels« bekannt). Die »Trump-Interpretation« hingegen appelliert eher an gute Nachbarschaft und gegenseitigen Nutzen (was eher dem Ansatz von Franklin Delano Roosevelt entspricht¹⁶).

Es ist jedoch unmöglich, den starken Wunsch des amtierenden Staatsoberhauptes zu übersehen, sich in eine Reihe mit den großen republikanischen Präsidenten der Vergangenheit – Ronald Reagan und Theodore Roosevelt – zu stellen.

Trumps NSS weist ausdrücklich darauf hin, dass die militärische Präsenz von nicht regionalen Mächten in der westlichen Hemisphäre und deren Kontrolle über strategisch wichtige Ressourcen oder Infrastruktureinrichtungen nicht akzeptabel sind. Die Vereinigten Staaten werden ihr Netzwerk von Partnern aus den Ländern der westlichen Hemisphäre ausbauen, ihre Attraktivität als bevorzugter Partner in Fragen der Sicherheit und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit steigern und gemeinsam gegen den Drogenhandel vorgehen, die Migration kontrollieren sowie für Sicherheit und Stabilität sorgen.

Washington wird seine bisher begrenzte militärische Präsenz in der westlichen Hemisphäre (abgesehen von den auf seinem eigenen Territorium stationierten Streitkräften) überdenken und ausbauen. Es ist geplant, militärische Gewalt aktiver zur Bekämpfung von Kartellen einzusetzen, sich aber insgesamt vor allem auf nicht-militärische Methoden zu stützen, darunter Investitionen, Handel und technologische Zusammenarbeit.

Fast unmittelbar darauf wurde die Schaffung eines US-Armee-Kommandos für die westliche Hemisphäre angekündigt¹⁷, in dem drei zuvor bestehende Armee-kommandos zusammengelegt wurden. Diese Entscheidung zielt sowohl auf eine stärkere Fokussierung auf die westliche Hemisphäre als auch auf die Optimierung des Kommando- und Stabswesens der amerikanischen Streitkräfte ab.

Asien

Beim Vergleich von Trump und Biden gingen Beobachter oft davon aus, dass im Falle eines Wahlsiegs des Ersteren im Jahr 2024 die Politik gegenüber China aggressiver und härter werden würde. Tatsächlich lässt sich der Asienkurs der Regierung umfassend mit dem Titel des entsprechenden Abschnitts der NSS beschreiben: »Die Zukunft in der Wirtschaft gewinnen, militärische Konfrontationen vermeiden«.

Die Rivalität mit China wird entideologisiert und auf eine rein wirtschaftliche Ebene gestellt. Das Ziel der USA ist langfristige wirtschaftliche Entwicklung, wirtschaftliche Sicherheit und Souveränität sowie für beide Seiten vorteilhafte Beziehungen zur VR China.

Die wirtschaftlichen Beziehungen lassen sich in den bilateralen Handel zwischen den USA und China und die Konkurrenz der beiden Großmächte im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern unterteilen.

Allerdings kann man Trumps Haltung gegenüber China nicht als übermäßig zurückhaltend oder freundlich bezeichnen. Der grundlegende wirtschaftliche Aspekt der amerikanisch-chinesischen Beziehungen wird durch einen wesentlichen Schwerpunkt auf Abschreckung und

Verhinderung von Kriegen ergänzt. Ob es sich nun um Vorwürfe wegen räuberischer unlauterer Praktiken, Diebstahl geistigen Eigentums und Industriespionage oder die Förderung der Fentanyl-Epidemie handelt – Trumps Haltung bleibt sehr hart. Die USA streben danach, Verbündete und Partner in die Konkurrenz mit China einzubeziehen, die Beziehungen zu Indien auszubauen und die QUAD zu stärken.

Auf grundlegender Ebene ändert sich die Politik nicht. Amerika wird weiterhin für die Aufrechterhaltung des Status quo rund um Taiwan und die Freiheit der Schifffahrt im Südchinesischen Meer sorgen. Trump verlangt von den Verbündeten, einen Großteil der Kosten und Verantwortung zu übernehmen. Die Vereinigten Staaten selbst planen ebenfalls, ihre militärische Präsenz im westlichen Pazifik zu verstärken. Die Pragmatisierung und Entideologisierung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen trägt jedoch dazu bei, dass die Maßnahmen für China trotz erheblicher Widersprüche weniger provokativ sind. Man erinnere sich an das erste Treffen der Außenminister der USA und Chinas nach Bidens Amtsantritt (März 2021, Alaska). Die chinesischen Vertreter waren regelrecht außer sich, als sie feststellten, dass ihre Gesprächspartner ihnen statt des erwarteten pragmatischen Dialogs zur Wiederherstellung der Beziehungen, die während der chaotischen ersten Amtszeit von Trump gelitten hatten, eine Lektion darüber erteilten, wie sich Peking in Fragen der Demokratie und der Menschenrechte zu verhalten habe. Dies vergiftete die Atmosphäre fast für die gesamte Amtszeit Bidens.

Europa

Die Münchner Rede von J. D. Vance war kein Zufall¹⁸, sondern Teil einer grundlegenden Veränderung in Washingtons Haltung gegenüber den europäischen Verbündeten. Dieser Kurswechsel wird in der NSS konkretisiert und verankert. Das Dokument stellt fest, dass Europa seinen Platz in der Weltwirtschaft verliert und selbst daran schuld ist. Bemerkenswert ist, dass das Thema Klimawandel und das Streben nach Null-Emissionen als »destruktive Ideologie« bezeichnet wird, die Europa geschadet hat,

Amerika bedroht und »amerikanische Gegner« subventioniert. Bürokratie und Überregulierung untergraben die Produktivität und das kreative Potenzial Europas. Aber was noch schlimmer ist: Europa zerstört sich als Zivilisation. Der zivilisatorische Ansatz in Bezug auf Europa steht in erstaunlicher Übereinstimmung mit der Konzeption der Außenpolitik Russlands von 2023.

Die Europäische Union und supranationale Organe untergraben die Souveränität der Nationalstaaten und ihre politischen Freiheiten, unkontrollierte Migration zerstört die Gesellschaft, Zensur, Unterdrückung der Meinungsfreiheit und politischer Gegner, sinkende Geburtenraten und die Aushöhlung der nationalen Identität – so lautet die Diagnose, die Trumps NSS für Europa stellt. Es überrascht nicht, dass europäische Politiker die neue amerikanische NSS kritisiert haben¹⁹. Europa (genauer gesagt, seine herrschenden Eliten) fürchtet nun eine Einmischung der USA in seine Innenpolitik und spricht vom Gespenst der amerikanischen Regimewechselpolitik – nun auf dem klassischen Alten Kontinent²⁰. Gleichzeitig unterstützten prominente Vertreter national orientierter Kräfte in Europa insgesamt die Vorwürfe, die gegen die Führungsspitze der EU und der führenden Länder erhoben wurden²¹.

Allerdings ist die amerikanische Strategie teilweise sogar vorteilhaft für die aktuelle Politik der Europäischen Union und die Interessen des europäischen militärisch-industriellen Komplexes. Dies wurde indirekt von einer Reihe hochrangiger Funktionäre bestätigt, die darauf hinwiesen, dass eine solche Politik Washingtons die Notwendigkeit einer größeren Unabhängigkeit der Europäischen Union in Fragen der Sicherheit und Verteidigung unterstreicht.

Der Konflikt der Europäischen Union mit Russland wird von Trumps NSS als Beispiel für die tiefe Krise Europas angeführt. Die NSS stellt Washington vor die äußerst ehrgeizige Aufgabe, diese Beziehungen diplomatisch zu regeln (und nicht nur den Konflikt in der Ukraine zu beenden), um die Voraussetzungen für strategische Stabilität im eurasischen Raum wiederherzustellen und das Risiko eines Konflikts zwischen Russland und Europa zu verringern. Eine solche Forderung steht zwar etwas

im Widerspruch zur russischen Vision von eurasischer Sicherheit²², widerspricht ihr jedoch nicht vollständig.

Eine rasche Beendigung des Konflikts in der Ukraine, die Wiederherstellung der strategischen Stabilität in den Beziehungen zu Russland, das Überleben der Ukraine, die Verhinderung einer Eskalation und die Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage in Europa – Trumps Washington hat sich aus der Rolle eines indirekten Konfliktbeteiligten mit Russland zurückgezogen und beansprucht nun die Rolle eines unvoreingenommenen (aber nicht uneigennütigen) Friedensstifters. Ein deutlicher Wink in Richtung Moskau ist die Bekräftigung der Ablehnung der NATO als »sich ständig erweiternde Allianz«. Wie aufrichtig, konsequent und wirksam diese Politik sein wird, wird die Zeit zeigen.

Die Tatsache, dass das Dokument die Schuld für die Fortsetzung des Ukraine-Krieges faktisch den derzeitigen undemokratischen und schwachen europäischen Regierungen zuschreibt, die unrealistische Erwartungen hinsichtlich des Ausgangs des Konflikts hegen, lässt mittelfristig auf einen konstruktiven Dialog zwischen Moskau und Washington hoffen. Umso mehr, als das amerikanische Interesse wiederum weniger ideologisch als vielmehr ganz pragmatisch ist. So hat die Trump-Administration offensichtlich Anstoß daran genommen, dass deutsche Unternehmen (z.B. BASF²³) in China große Fabriken gebaut haben, die russisches Gas nutzen.

Die NSS betont jedoch auch, was Beobachter bereits zuvor angemerkt hatten: Trumps Kritik an Europa bedeutet nicht, dass er sich vom Kontinent zurückziehen will.

Europa bleibt sowohl in kultureller als auch in strategischer Hinsicht von entscheidender Bedeutung. Amerika möchte ein starkes, patriotisches Europa der Nationen sehen und wird nicht zulassen, dass seine »Gegner« dort dominieren.

Die Vereinigten Staaten brauchen einen offenen Zugang zum europäischen Markt und eine »faire« Behandlung amerikanischer Unternehmen. Die USA planen, ihren Einfluss in der Region durch eine Ausweitung der Zusammenarbeit mit den Ländern Ost-, Mittel- und Südeuropas als Gegengewicht zum »alten Europa« und zur Eurobürokratie weiter zu stärken.

In Fragen der Europapolitik ermöglicht Trumps NSS eine Verknüpfung von Pragmatismus und Interesse mit einer »sentimentalen Verbundenheit« mit der Alten Welt. Die Amerikaner sind offensichtlich nicht an der Europäischen Union als eigenständigem supranationalem globalistischen Machtzentrum interessiert, sondern möchten Europa als Gemeinschaft souveräner Nationalstaaten sehen, die frei von äußerer Bevormundung und mit den USA verbündet sind.

Eine interessante Spekulation ist erwähnenswert. Die Zeitschrift *Defense One* berichtete²⁴, dass es angeblich eine vollständige Version von Trumps NSS gibt. Das Weiße Haus hat dies zwar sofort dementiert. Aber es scheint dennoch ziemlich plausibel, schon allein deshalb, weil das auf der Website des Weißen Hauses veröffentlichte Dokument viel zu abrupt endet und weder einen textlichen noch einen stilistischen Abschluss hat, nicht einmal einen Punkt, zumindest nicht im Sinne des klassischen Trump-Satzes »Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit zu diesem Thema«.

Laut einer Veröffentlichung von *Defense One* fordert die NSS in ihrer vollständigen Fassung dazu auf, »Europa wieder groß zu machen«: mehr mit Österreich, Ungarn, Italien und Polen zusammenzuarbeiten, um sie von der Europäischen Union wegzuziehen. Dies steht im Einklang mit dem veröffentlichten Text und der gesamten Politik der Administration. Die vollständige Fassung orientiert sich angeblich direkt an der Unterstützung konservativer und proamerikanischer politischer Kräfte in europäischen Ländern.

Außerdem soll angeblich anstelle der »Gruppe der Sieben« eine »Key Five« der Großmächte vorgeschlagen worden sein, in der die europäischen Staaten keinen Platz haben, sondern die USA, China, Indien, Russland und Japan vertreten sind. Dieses neue »Konzept der Großmächte« soll sich aktiv an der globalen Governance beteiligen und sowohl die »Gruppe der Sieben« als auch den UN-Sicherheitsrat ersetzen. Die Gegensätze zwischen Indien und China sowie die Präsenz Japans würden Washington eine komfortable Position innerhalb einer solchen Vereinigung sichern. Laut den Quellen sollte man mit dem Nahen Osten und der Normalisierung der

Beziehungen zwischen Israel und Saudi-Arabien beginnen. Diese Idee scheint auch für die Trump-Administration durchaus organisch zu sein.

Naher Osten und Afrika

Zumindest auf der Ebene der Erklärungen nimmt die Bedeutung des Nahen Ostens für die Vereinigten Staaten ab. Darüber hinaus beginnt Washington, das von seiner Stärke überzeugt ist, die Region als einen Raum zu betrachten, in dem mehr oder weniger freier Wettbewerb zwischen Großmächten und Investitionen herrscht. Der Iran wird als die wichtigste destabilisierende Kraft in der Region bezeichnet, ist jedoch durch die Maßnahmen der USA und Israels erheblich geschwächt. Trumps NSS verzeichnet eine zunehmende Toleranz gegenüber den kulturellen und politischen Besonderheiten der Länder des Nahen Ostens. Das Fehlen einer regionalen Hegemonialmacht, die Offenheit der Straße von Hormus, die Freiheit der Schifffahrt im Roten Meer und die Sicherheit Israels gehören zu den Prioritäten der amerikanischen Außenpolitik im Nahen Osten.

Auch in Afrika planen die Amerikaner, Wirtschaftswachstum, Investitionen und Konfliktlösung zu fördern, anstatt liberale Werte und ausländische Hilfe zu propagieren.

Insgesamt ist Trumps NSS ein Bekenntnis zu einer Hinwendung zur »normalen Großmacht«²⁵, allerdings mit erheblichen Vorbehalten. Man kann nicht sagen, dass die USA die Idee (oder Ideologie) einer multipolaren Welt, die von Russland und China vertreten wird, vollständig akzeptieren.

Erstens fällt die Formulierung auf, dass in bestimmten Fällen das Entstehen regionaler Hegemonien verhindert werden soll. **Zweitens** wird unter den Prioritäten der Außenpolitik die »Erhaltung und Stärkung der dominierenden Position des amerikanischen Finanzsektors« genannt, was die äußerst feindselige Haltung der Trump-Regierung gegenüber dem Prozess der Entdollarisierung bestätigt. **Drittens** beanspruchen die Vereinigten Staaten den Status eines globalen Friedensstifters sowie eines »Organisators« und Führers für ihre Verbündeten und

Partner, was sowohl ihr Engagement in den Schlüsselregionen Eurasiens als auch ihr Streben nach dem Status einer zwar nicht hegemonialen, aber dennoch äußerst mächtigen Weltmacht aufrechterhält und festigt.

Daher ist die konstruktive, aber zurückhaltende Haltung des russischen Außenministeriums gegenüber der Politik Trumps offensichtlich²⁶. Der Fortschritt im Vergleich zur Biden-Administration ist beeindruckend, Moskau ist zur Normalisierung der Beziehungen und zu bestimmten Kompromissen bereit, aber es ist kein übermäßiger Optimismus zu spüren.

Trumps Strategie spricht in gewisser Weise nicht vom Eintritt der USA in eine multipolare Welt, sondern von der Bekämpfung des Beginns einer bipolaren oder chinesisch-zentrierten Weltordnung. Und dafür verfügt Washington über erhebliche Ressourcen – sowohl eigene als auch unter Berücksichtigung seiner Verbündeten und Partner.

Die NSS der zweiten Trump-Regierung unterscheidet sich grundlegend von früheren ähnlichen Dokumenten, einschließlich der NSS der ersten Regierung, die 2017 veröffentlicht wurde. Langfristig bleibt jedoch die Kontinuität der amerikanischen »großen Strategie« und das Bekenntnis zu den Grundprinzipien (Stützung auf militärische Stärke, aufgeklärter Egoismus, vorbestimmtes Schicksal) erhalten.

Zu den Stärken des Dokuments gehört, dass es die nationalen Interessen, die in der Vergangenheit oft zu weit gefasst waren, konkretisiert und in eine Rangfolge bringt. In der Strategie wird zu Recht festgestellt, dass »sich auf alles zu konzentrieren bedeutet, sich auf nichts zu konzentrieren«. Die grundlegenden nationalen Interessen der USA werden klarer, pragmatischer und konkreter formuliert, ohne globalistischen oder wertorientierten Messianismus. Die Weltpolitik wird pragmatisch im Kontext von Interessen und Sicherheit interpretiert und nicht als Wettstreit zwischen »Demokratien und Autokratien« oder als Aufbau einer Pax Americana.

Was die offensichtlichen Mängel angeht, so fallen die Selbstverliebtheit und die Überhöhung der erzielten Erfolge, unter anderem bei der Konfliktbeilegung, allzu sehr ins Auge. Die Wiederaufnahme des Krieges zwischen Thailand und Kambodscha, die äußerst instabile Lage in

Gaza und die Auseinandersetzungen zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda veranschaulichen dies deutlich²⁷. In diesem Fall sind die Mängel und Vorteile des Ansatzes jedoch so untrennbar miteinander verbunden und spiegeln die äußerst spezifische Persönlichkeit des zentralen Akteurs wider, dass man ihnen keine Beachtung schenken sollte.

Was bedeutet das alles für Russland? Einerseits eröffnet sich die Aussicht auf eine Normalisierung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, die unter früheren Regierungen undenkbar gewesen wäre. Eine Intensivierung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit in den Bereichen Rohstoffindustrie, Luft- und Schiffbau, Raumfahrt, Energiewirtschaft, Automobilbau, Tourismus usw. ist nicht ausgeschlossen. Es ist nicht einfach, einen für beide Seiten vorteilhaften Handel aufzubauen und bedeutende Handelsvolumina zu erreichen, aber Russland kann einen Absatzmarkt (nicht nur für Bodenschätze) erschließen, seine Importe diversifizieren und Zugang zu bestimmten Technologien erhalten.

Langfristig gesehen können die USA zur Normalisierung unserer Beziehungen zum Alten Kontinent beitragen, wenn dieser sich in Richtung eines pragmatischen Europas der Nationen bewegt und nicht in Richtung einer militarisierten, extrem ideologisierten und antirussischen supranationalen Gemeinschaft. Wenn eine vollständige »Gesundung« des Kontinents nicht möglich ist, ist es wichtig, zumindest die Risiken eines militärischen Konflikts und eines Wettrüstens zu verringern.

Gleichzeitig muss Russland ein schwieriges Gleichgewicht zwischen der Balance der Kräfte und der Förderung der Ideen einer multipolaren Welt und der eurasischen Sicherheit finden.

Wie oben erwähnt, sind einige Aspekte davon für die Trump-Regierung inakzeptabel oder äußerst unangenehm. Die Situation um den Iran, Venezuela und Nordkorea birgt für Moskau schwierige Dilemmata.

Ein Seitenwechsel zugunsten der USA in deren Streitigkeiten mit der VR China kommt nicht in Frage. Sich von Peking abzuwenden, wäre ein inakzeptabler Preis für die Normalisierung der Beziehungen zu Washington, aber Russland muss die amerikanische Skepsis gegenüber

den engen russisch-chinesischen Beziehungen, auch im strategischen Bereich, berücksichtigen. Allerdings hat Moskau über Jahrzehnte hinweg enge Beziehungen zu Indien und China aufgebaut, trotz der scharfen Gegensätze und des Misstrauens zwischen diesen beiden Ländern, sodass es über Erfahrung in solchen heiklen Fragen verfügt.

Schließlich besteht immer die (nicht unerhebliche) Wahrscheinlichkeit, dass die Normalisierung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aus objektiven oder subjektiven Gründen, darunter auch aufgrund der Rückkehr liberaler Globalisten an die Macht in Washington, nicht zustande kommt. Auf ein solches Szenario muss man vorbereitet sein.

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://globalaffairs.ru/articles/prekrasnaya-strategiya-tebin/>
- 2 Prochor Tebin, Doktor der Politikwissenschaften, Direktor des Zentrums für militärisch-wirtschaftliche Forschung am Institut für Weltwirtschaft und Strategie der Nationalen Forschungsuniversität »Hochschule für Wirtschaft«
- 3 National Security Strategy of the United States of America. November 2025 // The White House. URL: <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2025/12/2025-National-Security-Strategy.pdf> (Zugriff am 16.12.2025).
- 4 Tebin P. Über die neue Nationale Sicherheitsstrategie der USA. Dezember 2022 // Internationaler Diskussionsclub »Waldai«. URL: <https://ru.valdaiclub.com/files/43490/> (Zugriff am: 16.12.2025).
- 5 Media Briefing: Understanding President Trump's National Security Strategy // Council on Foreign Relations. 08.12.2025. URL: <https://www.cfr.org/event/media-briefing-understanding-president-trumps-national-security-strategy> (дата обращения: 16.12.2025).
- 6 Roth A. You and Me Against the World: Who Was Behind Trump's Anti-Europe Foreign Policy? // The Guardian. 13.12.2025. URL: <https://www.theguardian.com/us-news/2025/dec/13/you-and-me-against-the-world-who-was-behind-trumps-anti-europe-foreign-policy> (Zugriff am: 16.12.2025).
- 7 Top Trump State Department Official Michael Anton to Depart in the Fall // Politico. 27.08.2025. URL: <https://www.politico.com/news/2025/08/27/michael-anton-state-department-depart-00530795> (Zugriff am: 16.12.2025).
- 8 National Security Strategy. October 2022 // The White House: Joe Biden. URL: <https://bidenwhitehouse.archives.gov/wp-content/uploads/2022/10/Biden-Harris-Administrations-National-Security-Strategy-10.2022.pdf> (Zugriff am: 16.12.2025).
- 9 10 U.S. Code § 801 – Article 1. Definitions // Legal Information Institute. URL: <https://www.law.cornell.edu/uscode/text/10/801#16> (Zugriff am: 16.12.2025).
- 10 Das Prinzip von Präsident Trump – »Frieden durch Stärke« // Botschaft und Konsulate der Vereinigten Staaten in der Russischen Föderation. 06.03.2025. URL: <https://ru.usembassy.gov/ru/president-trump-is-leading-with-peace-through-strength-ru/> (Zugriff am: 16.12.2025).
- 11 Can We Discuss Our Founding Fathers Honestly, Instead of Canceling Them? // The Hill. 27.08.2022. URL: <https://thehill.com/opinion/white-house/3615247-can-we-discuss-our-founding-fathers-honestly-instead-of-canceling-them/> (Zugriff am: 16.12.2025).
- 12 The National Security Strategy. March 2006 // The White House: George W. Bush. URL: <https://history.defense.gov/Portals/70/Documents/nss/nss2006.pdf> (Zugriff am: 16.12.2025).
- 13 Media Briefing: Understanding President Trump's National Security Strategy // Council on Foreign Relations. 08.12.2025. URL: <https://www.cfr.org/event/media-briefing-understanding-president-trumps-national-security-strategy> (Zugriff am: 16.12.2025).
- 14 Pires M., Nasimento L. Die Monroe-Doktrin 2.0 und die trilateralen Beziehungen zwischen den USA, China und Lateinamerika // Westnik meshdunarodnych organizacij (Bulletin internationaler Organisationen). Band 15. Nr. 3. S. 202–222.
- 15 Roosevelt Corollary to the Monroe Doctrine, 1904 // Office of the Historian. URL: <https://history.state.gov/milestones/1899-1913/roosevelt-and-monroe-doctrine> (Zugriff am: 16.12.2025).
- 16 Golinej W. Die Monroe-Doktrin 2.0 // Russischer Rat für internationale Angelegenheiten. 21.03.2018. URL: <https://russiancouncil.ru/blogs/vladimir-goliney/doktrina-monro-20/> (Zugriff am: 16.12.2025).
- 17 Army Stands Up Western Hemisphere Command Prioritizing Homeland Defense, Consolidation // Breaking Defense. 08.12.2025. URL: <https://breakingdefense.com/2025/12/army-stands-up-western-hemisphere-command-prioritizing-homeland-defense-consolidation/> (Zugriff am: 16.12.2025).
- 18 Yui Bin. München 2025: Der Moment der Wahrheit für Europa? // Russland in der globalen Politik. 13.03.2025. URL: <https://globalaffairs.ru/articles/myunhen-2025-yuj-bin/> (Zugriff am: 16.12.2025).
- 19 Europäische Staats- und Regierungschefs antworten auf Washingtons Vorwürfe gegenüber der Europäischen Union // RBC. 09.12.2025. URL: <https://www.rbc.ru/politics/09/12/2025/693867d79a7947e2b6e0f5e7> (Zugriff am 16.12.2025).
- 20 Henley J. European Council President Warns US Not to Interfere in Europe's Affairs // The Guardian. 08.12.2025. URL: <https://www.theguardian.com/world/2025/dec/08/europe-leaders-no-longer-deny-relationship-with-us-changed> (Zugriff am: 16.12.2025).
- 21 French Far-Right Leader Tells BBC He Shares US Warnings on Europe »for Most Part« // BBC. 10.12.2025. URL: <https://www.bbc.com/news/articles/cz7nrze7g8wo> (Zugriff am: 16.12.2025).
- 22 Rede des Präsidenten der Russischen Föderation W.W. Putin bei einem Treffen mit der Führung des russischen Außenministeriums, Moskau, 14. Juni 2024 // Außenministerium der Russischen Föderation. 14.06.2024. URL: https://www.mid.ru/ru/foreign_policy/news/1957107/ (Zugriff am 16.12.2025).
- 23 BASF hat die ersten Tonnen Ethylen in der im Bau befindlichen Anlage in China erhalten // Plast Info. 06.11.2025. URL: https://plastinfo.ru/information/news/56136_06.11.2025/ (Zugriff am: 16.12.2025).
- 24 »Make Europe Great Again« and More from a Longer Version of the National Security Strategy // Defense One. 10.12.2025. URL: <https://www.defenseone.com/policy/2025/12/make-europe-great-again-and-more-longer-version-national-security-strategy/410038/> (Zugriff am: 16.12.2025).
- 25 Karaganow S. Überlegungen auf dem Weg zum Sieg // Russland in der globalen Politik. 21.11.2024. URL: <https://globalaffairs.ru/articles/na-puti-k-pobede-karaganov/> (Zugriff am: 16.12.2025).
- 26 Interview des stellvertretenden Außenministers Russlands S.A. Rjabkow mit der Zeitschrift »Meshdunarodnaja shisn« (Internationales Leben), Moskau, 8. Dezember 2025 // Außenministerium der Russischen Föderation. 09.12.2025. URL: https://mid.ru/ru/foreign_policy/news/2064226/?lang=ru (Zugriff am: 16.12.2025).
- 27 Thailand »Not Ready« for Third-Party Mediation with Cambodia // The Nation. 09.12.2025. URL: <https://www.nationthailand.com/news/general/40059487> (Zugriff am: 16.12.2025).

Die Entführung Maduros hat die Tür zu einem neuen Mittelalter geöffnet¹

Dmitri Nowikow²

03.01.2026

Die Entführung Maduros durch die Amerikaner zeigt, dass in den Augen der USA Staatschefs faktisch ihren Status der Unantastbarkeit verlieren. Ja, Gaddafi wurde ebenfalls vernichtet, und wie oft hat man es bei Castro versucht, aber so offen und dreist – das ist wohl das erste Mal.

Der Schlag gegen Venezuela ist ein praktischer Test der in der Nationalen Sicherheitsstrategie dargelegten Ideen: Die westliche Hemisphäre ist unser Hinterhof und hat Priorität.

Hier wird jedoch viel davon abhängen, wer an die Macht kommt. Wenn es sich um eine Marionette aus der Opposition handelt, könnte das Land in einen Zustand des kaum kontrollierbaren Zerfalls geraten, sozusagen zu einem lateinamerikanischen Libyen. Wenn die Macht in den Händen des Militärs liegt, mit dem Washington zu einer Einigung gelangt, könnte sich die Lage günstiger entwickeln.

Dabei ist davon auszugehen, dass allein schon die Tatsache einer gewaltsamen Aktion die Polarisierung Südamerikas unvermeidlich verstärken wird: Der amerikanische Imperialismus und die Einstellung dazu sind schließlich einer der regionalen politischen Lackmus-Tests.

Wenn sich Trumps Ankündigung bestätigt (die Festnahme, Entführung und Auslieferung Maduros), wäre

dies ein praktischer Praxistest anderer Ideen, die Trump bereits während des Iran-Israel-Krieges vorgebracht hatte, als er der iranischen Führung mit persönlicher Vergeltung drohte. Staatschefs verlieren faktisch ihren Status der Unantastbarkeit, sie können vernichtet, entführt und als Geiseln genommen werden – willkommen im neuen Mittelalter.

Man kann natürlich sagen, dass Gaddafi auch vernichtet wurde, ebenso wie Allende (wenn auch durch fremde Hände), und wie oft wurde es schon mit Fidel versucht ... Aber so offen und knallhart – das ist wohl das erste Mal.

In den USA wird der Sturz des venezolanischen Regimes in gewisser Weise Marco Rubio innenpolitisch verstärken, da der Kampf gegen die Chavisten seit langem auf seiner Agenda steht. Das Scheitern der Operation hätte wahrscheinlich dazu beigetragen, die Position von Vance als konsequentester Isolationist zu stärken, der den MAGA-Aktivisten nahesteht, die das Prinzip »sich nicht einmischen« vertreten. Allerdings respektiert Vance auch die Vorherrschaft der USA in der westlichen Hemisphäre und die Monroe-Doktrin, sodass hier kaum von internen Meinungsverschiedenheiten die Rede sein kann.

Politischer Druck, dann ein schneller Schlag, ein Reprall. Alles nach der »Vance-Doktrin«.

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://m.vz.ru/opinions/2026/1/3/1385008.html>
- 2 Dmitri Nowikow Amerikanist, Dozent an der Nationalen Forschungsuniversität »Hochschule für Wirtschaft«

Die Operation in Venezuela als Präzedenzfall¹

Oleg Krajew²

04.01.2026

Die Ereignisse vom Samstag, dem 3. Januar, in Venezuela haben die lateinamerikanische Region und die Welt mit ihrer Schnelligkeit erschüttert. Innerhalb weniger Stunden und offenbar ohne Widerstand seitens der Streitkräfte dieses südamerikanischen Landes haben die Amerikaner Präsident Nicolas Maduro und seine Frau entführt, die sich nun in New York in Haft befinden.

Auf den auf einer Vereinbarung basierenden Charakter der Absetzung des venezolanischen Staatschefs deutet nicht nur die Untätigkeit des Militärs hin, dessen Potenzial im Bereich der mit russischen Waffen ausgerüsteten Luftabwehr vor der Aggression als realer Abschreckungsfaktor galt, sondern auch die Tatsache, dass der Rest der Führung in Caracas unberührt blieb. Darüber hinaus erklärte Donald Trump, dass die Vizepräsidentin Venezuelas, Delcy Rodríguez, nach einem langen Gespräch mit dem Außenminister Marco Rubio zugestimmt habe, uneingeschränkt mit Washington zusammenzuarbeiten, was Spekulationen darüber auslösen könnte, wann solche Kontakte aufgenommen wurden.

Die Reaktion auf die Maßnahmen Washingtons in der Region zeigte genau die Spaltung Lateinamerikas, auf die die Vereinigten Staaten konsequent setzen.

Führende Politiker, die sich am Weißen Haus orientieren, wie der Argentinier Javier Milei, der Salvadorianer Nayib Bukele und der gewählte Präsident Chiles, José Antonio Kast, unterstützten den bewaffneten Angriff auf den souveränen Staat, während die linksgerichteten Politiker in Kolumbien, Brasilien, Nicaragua und Kuba, die traditionell Washington gegenüber antagonistisch eingestellt sind, verurteilten das Geschehen entschieden. Im Falle Kubas ist die Situation etwas komplexer als einfache politische Erklärungen über den amerikanischen Imperialismus und die Solidarität mit dem brüderlichen venezolanischen Volk.

Die Entscheidung des Weißen Hauses, Venezuela anzugreifen und die Macht in Caracas mit Gewalt zu ändern,

sowie die Tatsache, dass dies den USA so schnell und ohne Verluste an Personal und Technik gelungen ist, kann in Havanna nur Besorgnis erregen.

Erstens ist Kuba, dessen Energiesystem hinfällig ist, mit noch größeren Problemen konfrontiert, da es sich von nun an nicht mehr auf Lieferungen von venezolanischem Öl verlassen kann. Angesichts der geografischen Entfernung der Verbündeten, die es unterstützen könnten, droht dies zu einer wirtschaftlichen und sozialen Destabilisierung des Landes zu führen.

Zweitens dürfte auch der Faktor Rubio, Sohn von Einwanderern aus Kuba, Neokonservativer und langjähriger Gegner der Regierungen in Havanna, Caracas und Managua, eine Rolle bei der weiteren Verschärfung der Haltung der USA gegenüber diesem Inselstaat spielen.

Generell ist die Frage, wer der Nächste sein könnte, in den Vordergrund gerückt.

Kurz nach der Operation gegen Maduro erklärte Trump, dass auch etwas gegen das von Kartellen kontrollierte Mexiko unternommen werden müsse, und Kuba wurde auf der Siegespressekonferenz der amerikanischen Militär- und Politikführung erwähnt. Noch früher, im Dezember, sagte der amerikanische Präsident unverblümt, dass der kolumbianische Präsident der Nächste sein werde, wenn er nicht zur Vernunft komme. Der Vorwand war dieselbe Anti-Drogen-Agenda, unter der die USA Maduro aus dem Amt entfernt haben. Obwohl die Popularität von Gustavo Petro beim Militär und dessen Bereitschaft, ihn zu verteidigen, umstritten ist, ist es wahrscheinlicher, dass Washington versuchen wird, die bevorstehenden Wahlen 2026 zu beeinflussen und die dem Weißen Haus traditionell komplementär eingestellten Rechten an die Macht zu bringen. Umso mehr, als Washington während des jüngsten Wahlzyklus in Honduras bereits mit Sanktionen und Erklärungen zum Sieg seines Favoriten beigetragen hat.

Schließlich betrifft die globale Wirkung von Trumps Maßnahmen gegen Venezuela auch die

amerikanisch-chinesische Konfrontation. Kurz nach der Veröffentlichung der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA, in der Washingtons Position zur Aufrechterhaltung des Status quo in Taiwan bekräftigt und eine verschärfte Version der Monroe-Doktrin verkündet wurde, stellte Peking seine außenpolitische Konzeption in Bezug auf Lateinamerika vor. Diese wurde weithin als Signal Chinas interpretiert, dass es nicht bereit ist, die Region, in der es umfangreiche Handels- und Wirtschaftsinteressen hat, dem Weißen Haus zu überlassen.

In diesem Fall haben die Vereinigten Staaten gezeigt, dass Erklärungen und politisch-diplomatische Unterstützung der lateinamerikanischen Regierungen durch außereuropäische Mächte von nun an kein Hemmnis mehr darstellen.

Das Demonstrative dieser Maßnahmen Washingtons wurde durch die Tatsache unterstrichen, dass Maduro noch am 2. Januar in Caracas mit dem Sonderbeauftragten von Xi Jinping für Lateinamerika zusammengetroffen war.

Damit machen die USA deutlich, dass die Zeit, in der Lateinamerika nicht im Mittelpunkt des Interesses Washingtons stand und ihre außenpolitischen Prioritäten im Nahen Osten lagen, vorbei ist. Von nun an müssen zumindest unter der Regierung Trump und seinen potenziellen Nachfolgern nicht regionale Mächte, die an Projekten in Lateinamerika interessiert sind, die die Vereinigten Staaten als Bedrohung ihrer nationalen Sicherheit ansehen könnten, bereit sein, über Erklärungen hinauszugehen und ihre Unterstützung für die Regierungen der Region weiter auszubauen.

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://globalaffairs.ru/articles/operacziya-v-venesuele-kraev/>
- 2 Oleg Krajew, Doktor der Philosophie, Journalist für internationale Angelegenheiten.

Verpflichtet der Vertrag über strategische Partnerschaft Russland dazu, für Venezuela zu kämpfen?¹

Viktor Heifetz²

24.01.2025

Vor einigen Tagen hat der Föderationsrat das Abkommen über strategische Partnerschaft und Zusammenarbeit zwischen Russland und Venezuela ratifiziert, das am 7. Mai von den Staatschefs unterzeichnet worden war. Das Dokument sieht eine Ausweitung der Zusammenarbeit in den Bereichen Energie, Verkehr, Kommunikation, Sicherheit, Kultur und Bildung vor. Dabei sprechen einige Experten eher über das, was im veröffentlichten Vertragstext nicht steht – über die Zusammenarbeit im militärischen Bereich. Moskau und Caracas haben ihre Absicht angekündigt, einen regelmäßigen politischen und diplomatischen Dialog zu führen und neue Mechanismen zur Koordinierung bilateraler und internationaler Fragen zu schaffen. Was daraus werden kann, ist noch unklar.

Inhalt des Vertrags

Zu den Bestimmungen des ratifizierten Dokuments gehören die Verpflichtung der Parteien, gegen einseitige Sanktionen vorzugehen, sowie die Schaffung einer unabhängigen Finanz- und Transport-Logistik-Infrastruktur, die »gegenüber externen Beschränkungen resistent« ist (hier stimmen die Interessen Russlands und Venezuelas eindeutig überein), die Absicht, gemeinsam gegen die Verfälschung der Geschichte des Kolonialismus und Versuche der Heroisierung des Nationalsozialismus vorzugehen (ein Thema, das in den Diskursen Moskaus und Caracas immer häufiger auftaucht).

Mit den übrigen Postulaten des Dokuments verhält es sich komplizierter. So sind die Pläne für eine Zusammenarbeit im Energiebereich, darunter bei der Erkundung und Erschließung neuer Öl- und Gasvorkommen, eine »Wiederholung des bereits Stattgefundenen«. Im laufenden Jahrhundert haben sich bereits mehrere russische Unternehmen in der venezolanischen Energiewirtschaft

engagiert. Für viele von ihnen verlief die Arbeit dort nicht erfolgreich, woraufhin der Großteil der Vermögenswerte an Rosneft übergang (40 % an den Projekten Petromonagas, Petrovictoria und Petroperija, 32 % an Petromiranda und 26,7 % an Boqueron). Nach der drastischen Ausweitung der Sanktionen gegen Caracas entschied sich auch dieses Unternehmen, seine venezolanischen Vermögenswerte zu 100 % an das staatliche Unternehmen Rossarubeshneft zu verkaufen.

Die venezolanische Ölindustrie befindet sich aufgrund von ineffizienter Verwaltung und Sanktionen in einer schweren Krise. Die Ölförderung ist seit langem stark zurückgegangen (von 3 Millionen Barrel auf etwa 800.000) und kann nur durch milliardenschwere Investitionen über mehrere Jahre hinweg wieder auf das frühere Niveau gebracht werden. Weder Moskau (noch, wie wir anmerken möchten, Peking und Washington) sind dazu bereit, und selbst ein Abkommen über strategische Zusammenarbeit wird daran nichts ändern.

Andererseits verfügt Russland nach wie vor über die technischen Möglichkeiten, Venezuela bei der Modernisierung seiner Energieanlagen, dem Ausbau seiner Stromerzeugungskapazitäten und seiner Infrastruktur zu unterstützen. Caracas, das schon mehrfach mit Stromausfällen zu kämpfen hatte, ist an einer solchen Zusammenarbeit interessiert.

Der unerreichbare Horizont einer Militärallianz

Wird Russland Venezuela angesichts der verschärften Konfrontation zwischen Washington und der Regierung von Nicolás Maduro militärische Hilfe leisten? Die lautstarken Erklärungen des Weißen Hauses über die Absicht,

den Aktivitäten der Drogenkartelle, die angeblich mit der obersten Führung Venezuelas in Verbindung stehen, mit Gewalt ein Ende zu setzen, und, was noch wichtiger ist, die Konzentration der Kräfte der amerikanischen Kriegsflotte in der Karibik haben zu zahlreichen Spekulationen über eine unvermeidliche Aktion des Pentagons gegen die Regierung Maduro geführt. Diese Eskalation ist eine direkte Fortsetzung der langjährigen amerikanischen Politik des Drucks auf das »bolivarische« Venezuela, in deren Rahmen bereits zuvor mit Gewalt gedroht wurde. Immer häufiger spricht die Trump-Regierung nicht einmal mehr von Andeutungen, sondern fast offen von Angriffen auf Ziele auf venezolanischem Territorium und dem Sturz der Regierung. Die Annäherungsversuche an Caracas, die unter Joseph Biden stattfanden (inoffizielle Verhandlungen Anfang 2023 und eine gewisse Lockerung der Sanktionen), wurden nach der Rückkehr der Republikaner an die Macht in den USA eingestellt.

Venezuela verfügt über beträchtliche Vorräte an modernen Waffen russischer Produktion, aber im Falle einer direkten Konfrontation mit der amerikanischen Armee und Marine wird die Technik allein nicht ausreichen. Daher wäre Caracas nicht abgeneigt, die Zusammenarbeit mit Moskau auch im Verteidigungsbereich auszuweiten. Der Umsetzung solcher Pläne stehen jedoch Hindernisse im Weg. Erstens sieht die Gesetzgebung keine Möglichkeit vor, ausländische Militärstützpunkte im Land zu errichten. Zweitens wird in dem gerade ratifizierten Vertrag die militärische Zusammenarbeit äußerst vage formuliert (im Gegensatz beispielsweise zum Vertrag zwischen Russland und Nordkorea, der vorsieht, dass die Vertragsparteien im Falle einer unmittelbaren Gefahr einer bewaffneten Intervention unverzüglich Verhandlungen über gemeinsame Maßnahmen aufnehmen). In Artikel 14 des Vertrags werden unklare Formulierungen verwendet: Die Parteien

verpflichten sich, »die Beziehungen im Verteidigungsbereich zu verbessern« und »eine militärisch-technische Zusammenarbeit im Interesse der Stärkung der Verteidigungsfähigkeit und der Gewährleistung der Sicherheit beider Länder zu betreiben«.

Es gibt jedoch Nuancen. In der realen und nicht in der vertraglichen Politik ist nicht nur wichtig, was formal im Vertrag steht, sondern auch, was die Parteien tatsächlich im Sinn haben. Oder was Dritte über den Inhalt solcher Dokumente denken. Im Jahr 2019, während einer weiteren Runde der politischen Krise in Venezuela, als die erste Trump-Regierung die Möglichkeit einer Intervention in Betracht zog, um den »Usurpator« Maduro zu stürzen, haben unerwartete Besuche hochrangiger russischer Militärs (angeblich zu routinemäßigen Überprüfungen des Zustands der Militärtechnik) die Begeisterung der »Falken« im Pentagon deutlich gedämpft. Da unklar war, ob Moskau tatsächlich bereit war, Venezuela militärische Hilfe zu leisten, beschloss Washington, kein Risiko einzugehen.

Es ist nicht auszuschließen, dass wir es derzeit mit der Absicht zu tun haben, die Erfahrungen der vergangenen Jahre zu wiederholen. Hinweise darauf gibt es nicht nur in den russischen, sondern auch in den amerikanischen Medien (was in diesem Fall viel wichtiger ist). Allerdings sind die Einsätze in den letzten fünf Jahren erheblich gestiegen, und Vermutungen allein reichen möglicherweise nicht aus, um die Amerikaner davon abzuhalten, militärisch gegen Maduro vorzugehen.

Qui prodest?

Unmittelbar nach der Ratifizierung des Vertrags verkündeten die venezolanischen Behörden voller Enthusiasmus eine langfristige umfassende Allianz. Für Caracas könnte das Abkommen ein zusätzliches Instrument zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage und ein neuer Impuls für die Wiederherstellung der angeschlagenen geopolitischen Positionen sein. Nicht weniger wichtig ist für das Kabinett Maduro die militärische Frage. Es ist kein Zufall, dass die Regierungserklärungen durch die Veröffentlichung von Fotos russischer Su-30-Flugzeuge auf

Instagram³ untermauert wurden, die auf Startbahnen stehen und mit Anti-Schiffs-Raketen ausgerüstet sind. Damit deutete Caracas an, dass Russland es mit Technik und Personal unterstützen werde. Es ist unmöglich zu überprüfen, inwieweit diese Andeutungen begründet sind, was auch beabsichtigt war.

Interessanter ist es zu verstehen, wozu Russland, das im 21. Jahrhundert seine Präsenz in Latein- und Karibikamerika erheblich ausgebaut hat, aber nur mit wenigen Ländern in der Region so enge Beziehungen unterhält wie mit Venezuela, tatsächlich bereit ist. Nach einem langen Rückgang des Handels aufgrund der finanziellen Schwierigkeiten Caracas' hat der Warenumsatz zwischen den Ländern langsam (bislang nicht mehr als 200 Millionen Dollar pro Jahr), aber sicher an Fahrt gewonnen. Moskau liefert Industrieausrüstung, Autos, Zellulose, Düngemittel und andere Produkte der chemischen Industrie nach Venezuela und kauft im Gegenzug Lebensmittel (Rum, Obst, Kakao) sowie Marmor und Granit. Russland hat in Venezuela fünf Energieprojekte wieder aufgenommen. Der staatliche Konzern PdVSA hat Verträge mit Rosgeologia und UEC »Engineering« über die Lieferung, Reparatur und Wartung von Gasausrüstung unterzeichnet. Gleichzeitig entwickelt sich die Zusammenarbeit zwischen PdVSA und Pequiven mit russischen Ölunternehmen im Bereich der Personalausbildung an der Russischen Staatlichen Universität Gubkin. Für russische Touristen im Ferienort auf der Insel Margarita wurde die Möglichkeit geschaffen, mit Mir-Karten zu bezahlen.

Die entschlossene Haltung sowohl Russlands als auch Chinas, mit denen sich Venezuela bereits mehrfach solidarisiert hat, könnte für die Amerikaner ein hemmender Faktor sein. Bislang beschränken sich beide Länder jedoch auf routinemäßige (wenn auch regelmäßige) Erklärungen über die Unzulässigkeit ausländischer Einmischung in venezolanische Angelegenheiten und einer bewaffneten Intervention. Im Jahr 2019 agierte Russland deutlich härter. Derzeit strebt Moskau jedoch keine direkte Beteiligung an dem Konflikt an (oder geht davon aus, dass Trump nur blufft).

In den ersten zehn Jahren des 21. Jahrhunderts hatte Präsident Hugo Chávez, den Wladimir Putin wiederholt

als Freund bezeichnet hatte, sowohl innerhalb Venezuelas als auch in Lateinamerika insgesamt unbestrittenen Einfluss. Caracas unternahm 2008 auch einen für Moskau wichtigen Schritt – es erkannte die Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens an. Zur gleichen Zeit tauchten zum ersten Mal seit dem Zusammenbruch der UdSSR strategische Bomber vom Typ Tu-160 in der westlichen Hemisphäre auf, die an gemeinsamen Manövern mit Venezuela teilnahmen, und Schiffe der russischen Marine (darunter der schwere Atomkreuzer »Peter der Große«) statteten dem Land einen »Freundschaftsbesuch« ab. 2013 besuchte eine Gruppe russischer Schiffe erneut Venezuela.

Dies hatte keine besondere militärische Bedeutung, denn die Übungen hatten einen anderen Zweck: Moskau gab Washington eine Antwort auf die Annäherung der amerikanischen Militärmaschine an die russischen Grenzen und demonstrierte, dass es in der Lage ist, in ähnlicher Weise im Hinterland der USA zu agieren. Die politische Unterstützung der Behörden der Bolivarischen Republik durch Moskau blieb unverändert, und die von der russischen Seite gewährten Kredite ermöglichten es der venezolanischen Regierung, unter den Bedingungen der erdrückenden amerikanischen Sanktionen etwas freier zu atmen. Russland erhielt Zugang zu einer Reihe von Öl- und Gasfeldern und half PdVSA beim Export von Rohöl.

Die Systemkrise, in der sich das Land seit langem befand, verschärfte sich unter Maduro nur noch weiter, der Einfluss Venezuelas ist heute minimal, und das chavistische Kabinett blieb unter diesen Umständen für Moskau viele Jahre lang ein »Koffer ohne Griff« (russische Redewendung für Ballast, D.G.). Der Kreml wollte jedoch keinen Verbündeten verlieren, so schwach dieser auch erscheinen mochte, da er davon ausging, dass ein »Rückzug« aus Venezuela als Zeichen für einen Rückgang des Einflusses Russlands in der gesamten lateinamerikanischen Region wahrgenommen werden würde. Moskau nutzte sein Vetorecht im UN-Sicherheitsrat, um das Kabinett Maduro zu schützen, und stellte der venezolanischen Regierung logistische Möglichkeiten für den Transport von Öl und den Erwerb von Finanzmitteln zur Verfügung.

Diese Haltung wirkte sich negativ auf die Beziehungen Russlands zu einer Reihe lateinamerikanischer Länder aus, die den venezolanischen Präsidenten als Usurpator betrachten, aber der Kreml bewahrte olympische Gelassenheit.

Die Doppelherrschaft in Venezuela führte zur Aussetzung des »Outreach«-Formats in den BRICS während des Gipfels in Brasilia 2019: Das Gastgeberland des Gipfels erkannte den selbsternannten Präsidenten Juan Guaidó an, während die übrigen BRICS-Mitglieder Maduro unterstützten. Genau zu diesem Zeitpunkt, in den Jahren 2018–2019, wandten sich die venezolanischen Behörden aus Angst vor einer direkten Intervention der USA endgültig Russland zu und gaben ihre Versuche auf, zwischen Moskau und Peking zu manövrieren; sie hofften auf russische Militärunterstützung im Falle einer Aggression der USA.

Der Beginn der militärischen Spezialoperation hat die Situation erheblich verändert. Die meisten lateinamerikanischen Staaten reagierten eher kühl auf die Militäraktionen in der Ukraine. Vor diesem Hintergrund sticht die Position Venezuelas deutlich hervor: Maduro betont immer wieder, dass eine Einmischung Washingtons in den Konflikt inakzeptabel sei, und die regierende Vereinigte Sozialistische Partei des Landes hat Moskau ihre Unterstützung zugesagt und erklärt, dass Russland »das uneingeschränkte Recht habe, seine Position und sein Territorium zu verteidigen«.

Gleichzeitig kam es für die Öffentlichkeit überraschend, dass sich Vertreter des US-Präsidenten Joseph Biden und hochrangige Mitglieder des Kabinetts von Maduro trafen. Die Amerikaner mussten eine Steigerung der Exporte von schwerem venezolanischem Öl erreichen, um die Ölmärkte zu stabilisieren, und der venezolanische Präsident versuchte pragmatisch, die sich bietenden Möglichkeiten zur Milderung der Wirtschaftskrise zu nutzen. Die Bereitschaft zu Verhandlungen mit Washington wurde gleichzeitig mit der faktischen Dollarisierung der Wirtschaft demonstriert, während sich die realen Möglichkeiten Moskaus, dem post-chavistischen Regime zu helfen, deutlich verringert hatten.

Moskau war sich bewusst, dass Washington einen Keil zwischen seinen Dialog mit Caracas treiben wollte.

Deshalb wurden die Besuche hochrangiger russischer Beamter in Venezuela, die dazu dienten, die bilateralen Beziehungen auf dem bisherigen Niveau zu halten, über mehrere Monate hinweg fortgesetzt. Es ist bezeichnend, dass Moskau 2024, als die USA und die EU den Oppositionspolitiker Edmundo González zum Sieger der Präsidentschaftswahlen in Venezuela erklärten, Maduro umgehend als legitimen Staatsschef anerkannte. Außenminister Sergej Lawrow erklärte unverblümt: »Venezuela ist einer der engsten und zuverlässigsten Freunde Russlands, nicht nur in Lateinamerika, sondern weltweit.« Ein von Moskau unabhängiger Faktor – die mangelnde Bereitschaft der »Falken« im US-Kongress, die Sanktionen gegen Venezuela deutlich zu lockern – spielt Russland in die Hände.

Vor diesem Hintergrund wurde im vergangenen Mai ein Vertrag über eine strategische Partnerschaft unterzeichnet. Moskau ist über die Verhandlungen zwischen dem Kabinett Maduro und den USA informiert, versteht jedoch, dass eine umfassende Einigung zwischen Venezuela und Washington weiterhin unwahrscheinlich ist und dass das Weiße Haus den Chavisten keine ausreichenden Garantien bieten kann und will. Die in den Medien regelmäßig auftauchenden Meldungen, dass Caracas den Amerikanern angeblich im Austausch für eine gewisse Verbesserung der Beziehungen anbietet, den Einfluss Chinas und Russlands in Venezuela zu verringern, sind nichts weiter als Gerüchte.

Eine amerikanische Invasion könnte die Situation verändern und die guten Beziehungen zwischen Moskau und Caracas zerstören. Venezuela ist weit entfernt, und es ist logistisch viel schwieriger, dem Land die gleiche Hilfe zu leisten wie einst dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad, und es wird sicherlich nicht möglich sein, dies schnell zu tun. Außerdem würde Moskau, das den globalen Dialog mit Washington fortsetzen möchte, es vorziehen, eine direkte Konfrontation zu vermeiden. Unter diesen Umständen erscheinen Andeutungen, beispielsweise in Form eines Vertrags über strategische Partnerschaft (und insbesondere der für dessen Ratifizierung gewählte Zeitpunkt), nicht als Routinevorgang, sondern als Signal an die USA. Der Kreml hat direkt gesagt, dass er keine Angst vor einer Reaktion Washingtons vor dem

Hintergrund eines möglichen Treffens zwischen den Präsidenten Russlands und der USA hat, weil die Beziehungen zwischen Moskau und Caracas einen »eigenständigen Wert« haben und bald ausgeweitet werden könnten. Aus der diplomatischen Sprache übersetzt heißt das: »Wir werden unsere Verbündeten nicht im Stich lassen«.

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://profile.ru/abroad/obyazyvaet-li-rossiju-dogovor-o-strategicheskoy-partnerstve-voevat-za-venesuelu-1771031/>
- 2 Viktor Heifetz ist Professor der Russischen Akademie der Wissenschaften, Direktor des Zentrums für Iberoamerikastudien der Staatlichen Universität St. Petersburg
- 3 Instagram, in der Russischen Föderation verboten, gehört zum Unternehmen Meta, das in Russland als extremistisch eingestuft ist.

Die Revolution beginnt nicht¹

Fjodor Lukjanow²

30.09.2025

Alles steht Kopf, Anstand ist über Bord geworfen, Regeln sind vergessen, Grenzen spielen keine Rolle mehr, jeder tut, was er will. Die liberale Weltordnung ist zu Ende, es gibt keine andere, und es ist unklar, ob es jemals eine geben wird, und wenn ja, wann und welche. Frieden – durch Gewalt. Zwar gibt es Gewalt, aber Frieden existiert bisher nur in der Vorstellung der Anhänger dieses Slogans. Und ein solch herzzerrissendes Schauspiel, das man »die aktuelle internationale Lage« nennt, muss irgendwie beschrieben und verstanden werden.

Der internationale Diskussionsklub »Waldai«, der seit vielen Jahren zu seiner jährlichen Sitzung einen Bericht über den Zustand des Weltsystems veröffentlicht, hat sich diesmal entschlossen, das Thema fast aus marxistischer Sicht anzugehen. Es stellt sich die Frage, ob sich auf der Weltbühne eine wirklich revolutionäre Situation entwickelt hat, die zu einer qualitativen Veränderung des Systems der internationalen Beziehungen führen wird.

Risiko ist keine noble Sache

Die Autoren des Berichts »Dr. Chaos oder Wie man aufhört, Angst vor der Unordnung zu haben und sie zu lieben« (eine Anspielung auf zwei herausragende Filmwerke aus verschiedenen Epochen – »Dr. House« und »Dr. Selt-sam«) beantworten die Frage nach dem Vorliegen einer revolutionären Situation mit Nein. Die Veränderungen sind zwar tatsächlich grundlegend, ihre Folgen sind unklar und beunruhigend, aber sie haben keinen revolutionären Charakter. Denn »das bestehende System ist für keinen der Akteure unerträglich ungerecht. Mit anderen Worten, es ist nicht so schlecht, dass es revolutionäre Lösungen erfordern würde«.

Es muss gesagt werden, dass das »bestehende System« Elemente (Institutionen) der früheren Weltordnung sind,

die immer weniger effektiv funktionieren und manchmal nur noch rein nominell aufrechterhalten werden. Allerdings versucht niemand, dieses System gezielt vollständig abzubauen. Selbst die Administration von Donald Trump, die in ihren Äußerungen am revolutionärsten ist, stellt nicht die Frage nach einer grundlegenden Überarbeitung des Systems. Das derzeitige Team im Weißen Haus ignoriert einfach die innerhalb des Systems der internationalen Beziehungen bestehenden Beschränkungen, wenn es dies für notwendig hält.

Das Fehlen von revolutionärem Geist trotz tiefgreifender Veränderungen hängt nicht damit zusammen, dass die Akteure plötzlich äußerst verantwortungsbewusst oder übermäßig konservativ geworden sind. Die Weltordnung ist einfach sehr komplex geworden. »Die »Oben« sind nicht in der Lage, vollwertige Hegemonialmächte zu sein: Dazu haben sie weder freies Geld, noch die inneren gesellschaftlichen Impulse und erst recht keinen Willen (das Beispiel der Vereinigten Staaten ist anschaulich).

Aber auch die »Unten«, die ihre Möglichkeiten erweitern, wollen keine radikale Veränderung der bestehenden Ordnung. Sie sind gerade bestrebt, deren vollständigen Zusammenbruch zu vermeiden, da sie Nebenwirkungen befürchten und für sich selbst Vorteile in einigen Institutionen sehen«, heißt es in dem Bericht.

Mit »Oben« und »Unten« sind die Begriffe Lenins im Zusammenhang mit einer revolutionären Situation gemeint – die herrschende (genauer gesagt: die früher herrschende) Weltelite in Gestalt der Großmächte und die (nicht) herrschenden Massen, die heute als Weltmehrheit bezeichnet werden.

Laut Lenin müssen die »Unten« in einer revolutionären Situation den Willen zur Veränderung der Formation zeigen, da sie spüren, dass die »Oben« nicht in der Lage sind, den Status quo aufrechtzuerhalten. Die meisten Länder brauchen jedoch keine Revolution, da sie

durchaus in der Lage sind, »ihren Status zu verbessern, ohne einen Aufstand anzuzetteln und übermäßige Risiken einzugehen«.

Va banque? Nein, danke.

Die Abkehr von der Hegemonie hin zum Polyzentrismus (besser bekannt als Multipolarität) ist eine qualitative Veränderung. Der Analyse dessen, was dies bedeutet, ist eigentlich das gesamte Waldai-Forums 2025 gewidmet. Aber Multipolarität ist keine Ordnung, sondern einfach ein anderes Umfeld für internationale Akteure. Ein ziemlich verwirrendes und nichtlineares Umfeld. Und die vielfältige Instabilität in einer eng vernetzten Welt (die trotz der schnell zunehmenden Konflikte so bleibt) birgt für die Staaten die unterschiedlichsten Risiken. »Innere Stabilität und die Fähigkeit der Regierung, die sichere Entwicklung ihres Staates zu gewährleisten, haben derzeit überall Priorität und sind unvergleichlich wichtiger als externe Ambitionen«, heißt es in dem Bericht. Daher auch das mangelnde Interesse an Fragen der Schaffung einer Weltordnung – die Kräfte und Energien aller sind nach innen gerichtet.

Die aktuellen Veränderungen sind besonders bemerkenswert, da sie durch objektive Faktoren bedingt sind – es gibt keine offen revisionistischen Kräfte. Nehmen wir beispielsweise China, das zweifellos eine führende internationale Position einnehmen wird. Es strebt weniger danach, die Realität um sich herum nach seinen Vorstellungen zu verändern, als vielmehr danach, sich an sie anzupassen und die Kosten zu senken, die durch seine zentrale Stellung entstehen.

Die Verschiebungen und Transformationen, die im sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen, technologischen und damit auch politischen Bereich verankert sind, lassen es einfach nicht zu, den bisherigen internationalen Rahmen beizubehalten.

Alles verändert sich gleichzeitig und ganz und gar nicht im Einklang – in jedem Bereich auf seine eigene Weise. Die resultierende Kraft aller Vektoren zu berechnen, ist wohl nur künstlicher Intelligenz möglich, und auch das nur zukünftigen Generationen. Daher liegt der Schwerpunkt wiederum auf internen Aufgaben, und Maßnahmen auf der internationalen Bühne dienen in erster Linie dazu, bestimmte interne Probleme zu lösen.

Das bedeutet nicht, dass Außenpolitik und internationale Aktivitäten bedeutungslos würden. Im Gegenteil, sie erleben einen Boom. Aber die Zielsetzung ändert sich, sogar in militärischen Situationen. »Staaten und Gesellschaften haben kein internes Bedürfnis, alles auf den Sieg in einem bewaffneten Konflikt zu setzen«, glauben die Autoren des Berichts. »So erkennen die Vereinigten Staaten, dass sie ihre globale Dominanz nicht mehr wie früher ausnutzen können und dass der Versuch, sie in vollem Umfang zu verteidigen, extrem kostspielig wäre. Russland wird seine eigene sozioökonomische Stabilität nicht für einen entscheidenden Sieg in einem militärischen Konflikt riskieren. Eine Ausnahme bildet eine direkte, umfassende Aggression, deren Wahrscheinlichkeit gegenüber einer Atommacht jedoch gegen Null geht.«

Die Unmöglichkeit eines entscheidenden Sieges (oder der Unglaube an dessen Möglichkeit) führt jedoch nicht zu einer Zunahme der Friedfertigkeit, sondern zu einer Veränderung der militärisch-politischen Aktivitäten. Ihr realistisches Ziel ist in den meisten Fällen nicht mehr »die totale Vernichtung, sondern die ständige Korrektur der bestehenden Lage (mit allen verfügbaren Mitteln) und die situative Erlangung günstigerer Bedingungen für die nächste Zeit«. Natürlich gibt es auch Sonderfälle. Israel beispielsweise handelt so, als rechne es mit einer entscheidenden und dauerhaften Veränderung des Status quo zu seinen Gunsten. Und Aserbaidshan hat sein Hauptziel erreicht und Karabach zurückerobert. Letzteres ist jedoch eher eine Ausnahme (was Israel erreichen wird, ist noch

ungewiss). In den übrigen Fällen handelt es sich in der Regel um einen dauerhaften Positionskonflikt.

Wenn sich dieses Modell durchsetzt, wird es zu einer Art Renaissance der Außenpolitik des 18. Jahrhunderts: »Seine Geschichte ist voller blutiger Kriege. Diese führten jedoch in der Regel nicht zur vollständigen Vernichtung des Gegners. Mit dem Abschluss des Friedens bereiteten sich die Parteien auf eine neue Schlacht vor, aber mit dem Eintritt in die Schlacht hofften sie eher auf günstigere Friedensbedingungen als auf die Vernichtung des Gegners.« Die Idee der vollständigen Vernichtung ist ein Produkt des 20. Jahrhunderts, aber diese Umstände werden sich höchstwahrscheinlich nicht wiederholen.

Stabilität aus Ausweglosigkeit

Die allgegenwärtige Instabilität zeigt die Tiefe und das Ausmaß der stattfindenden Veränderungen.

Daher erscheint die Schlussfolgerung der Autoren des Berichts des Valdai-Klubs etwas paradox: »Die heutige Welt ist erstaunlich widerstandsfähig gegenüber den Herausforderungen, die durch die Triebkräfte ihrer Entwicklung hervorgerufen werden.«

Diese Widerstandsfähigkeit, so wird weiter erklärt, »beruht nicht auf dem Versuch, an früheren Verbindungen festzuhalten oder zuvor bestehende Möglichkeiten unter den Bedingungen des Verschwindens der vom Westen geschaffenen internationalen Ordnung zu bewahren. Sie hängt mit grundlegenden Veränderungen sowohl der Struktur der Welt als auch der inneren Entwicklung der Staaten zusammen«. Mit anderen Worten: Die Aufrechterhaltung der Widerstandsfähigkeit ist eine dringende Notwendigkeit angesichts von Veränderungen, die nicht aufzuhalten sind und an die man sich nur anzupassen versuchen kann. Das ist keine besonders solide Grundlage, aber eine andere wird derzeit nicht angeboten.

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://globalaffairs.ru/articles/mir-menyaetsya-lukyanov/>
- 2 Fjodor Lukjanow, Chefredakteur der Zeitschrift »Russland in der globalen Politik« seit ihrer Gründung im Jahr 2002. Vorsitzender des Präsidiums des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik Russlands seit 2012. Wissenschaftlicher Direktor des Internationalen Diskussionsklubs »Waldai«. Forschungsprofessor an der Nationalen Forschungsuniversität »Hochschule für Wirtschaft«.

Die 31-seitige PDF-Datei des kommentierten Berichts findet sich unter folgendem Link: <https://globalaffairs.ru/articles/doktor-haos-valdai/>

Die russische Traumvorstellung des 21. Jahrhunderts¹

Sergej Karaganow², Pawel Maljutin³

30.10.2025

Wir haben unsere Identität noch nicht endgültig definiert. In der Außenpolitischen Konzeption haben wir endlich das längst Offensichtliche benannt: Wir sind ein Zivilisationsstaat⁴. Ein bedeutender Teil der Gesellschaft kann sich jedoch nicht von dem längst rückschrittlichen Wunsch trennen, Europäer zu sein. Dabei ist seit Alexander Newski, dem Begründer der vaterländischen strategischen Kultur, klar, dass eine eindeutige zivilisatorische Entscheidung zugunsten des Westens für uns gefährlich und verhängnisvoll ist⁵.

Unter diesen Umständen sollte wiederholt werden, dass unsere Wurzeln im Nordosten liegen, während unsere Gegenwart und Zukunft im riesigen eurasisch-pazifischen Raum, in einer multipolaren Welt, liegen.

Wir selbst sind eine einzigartige multikulturelle und multiethnische Nation, eine Zivilisation der Zivilisationen. Genau das hat unserem Staat historische Kontinuität unabhängig von System, Namen und globalen Umwälzungen gesichert und ist eine starke Quelle der Inspiration für die Fortsetzung einer qualitativen Vorwärtsbewegung. Aber dafür braucht es einen Plan, eine große Idee.

Die Suche und Popularisierung dieser Idee, ihre Synthese⁶ aus dem reichen intellektuellen, philosophischen und kulturellen Erbe unserer Landsleute sowie aus einer Vielzahl später geäußelter Ideen, darunter auch von einem der Mitglieder des Autorenteam, ist das Hauptziel dieses Artikels. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden mehrere Aufgaben festgelegt. Dazu gehören ein kurzer historischer Überblick über die Erfahrungen der symbiotischen Koexistenz verschiedener Ethnien auf dem riesigen Gebiet, das heute Russland ausmacht, die Suche nach kulturellen Berührungspunkten der indigenen Völker, die das Gebiet Russlands bewohnen, ein Rückblick auf die ideologischen Konzepte des russländischen Staates in verschiedenen Phasen seiner historischen Entwicklung sowie

Überlegungen zur Einführung einer aktuellen Version des ideologischen Konzepts in die moderne russische Gesellschaft.

Die Studie stützt sich auf ein erweitertes Instrumentarium von Forschungsmethoden. Um einen reichhaltigen und kausalen Inhalt des Textes zu erreichen, stützt sich die Studie auf historisch-genetische und problemorientiert-chronologische Methoden. Zur Erfüllung spezifischer Aufgaben verwenden die Autoren qualitative Methoden des zeitübergreifenden, interkulturellen und (in geringerem Maße) länderübergreifenden Vergleichs sowie die Methode der fachlichen Diskussion im Rahmen einer Situationsanalyse⁷. Die letztgenannte Methode ermöglichte es, Ideen zu extrahieren, die den vorliegenden Text bereicherten und auch die Grundlage für den Entwurf einer ideologischen Plattform bildeten, die von den Autoren und Mitgliedern des oben genannten SWOP-Projekts (Rat für Außen- und Verteidigungspolitik, D. G.) zur öffentlichen Diskussion gestellt wurde.

Die Idee Russlands, der Traum Russlands können nicht westlich sein, insbesondere wenn man das heutige Europa mit seiner zerfallenden Kompradorelite und die USA mit ihren neuesten posthumanen moralischen und ideologischen Postulaten im Blick hat (von denen sich übrigens ein Teil der Elite und der Gesellschaft, der Trump folgt, zu distanzieren versucht).

Eine solche Idee und ein solcher Traum dürfen nicht antiwestlich sein, denn das würde eine Fortsetzung der Bewegung im westlichen Paradigma bedeuten, allerdings mit einem Minuszeichen. Sie müssen selbstständig entwickelt werden. Wenn ein Land keinen eigenen ideologischen Kern hat, wird der Raum für seine Ideen und seinen Geist für andere frei.

Der Grund für das Fehlen eines ideologischen Kerns in der Gesellschaft und im Staat, der am meisten Verwunderung hervorruft, liegt in der fehlenden

Bereitschaft eines Teils der intellektuellen Klasse, die sich fürchtet oder nicht willens ist, sich von den gewohnten »Wahrheiten«, seien sie liberal oder kommunistisch, zu lösen.

Dies wird mit Aussagen maskiert, dass die nationale Idee von unten, aus der Gesellschaft heraus, entstehen müsse. Und doch werden die Ideen, die Völker und Länder bewegt haben, von Herrschern, Führern und Eliten hervorgebracht.

Zu den weiteren Gründen gehört die Unwilligkeit, sich von den Illusionen der 1980er und 1990er Jahre zu verabschieden, unter Berufung auf das Verbot von Ideologien in Artikel 13 der Verfassung. Die Autoren fordern nicht die obligatorische Aufhebung dieses Artikels, obwohl er als Rechtfertigung für die oben beschriebenen Ängste und Unentschlossenheit herangezogen wird. Man kann ihn leicht »umgehen«, wenn man nicht von staatlicher Ideologie spricht, sondern vom »lebendigen Traum Russlands«, und seine Zusammenfassung könnte zum »Kodex der Russländer« werden. An einen Traum zu glauben, ihm zu folgen, danach zu streben, ein Land und eine Welt zu schaffen, in der man leben möchte, ist viel effektiver, als Prüfungen über den wissenschaftlichen Kommunismus abzulegen, ohne daran zu glauben. Der Ausdruck »Traumvorstellung« ist ziemlich vage und lässt sich so auslegen, dass man zumindest denen, die in die Führungsriege kommen und das Land voranbringen wollen, empfehlen kann, sich an den Kodex des Russländers zu halten.

Es gibt noch einen weiteren Grund für den früher offenen, jetzt versteckten Widerstand eines bestimmten Teils der herrschenden Elite gegen die Förderung und Verbreitung der Traumvorstellung Russlands. In der Führungsschicht des Landes dominieren nach wie vor Ökonomen, Technokraten und »Polittechnologen«. Sie sind für die laufende Verwaltung nützlich, leisten viel Notwendiges, aber sie können das Land und das Volk nicht zu neuen

Horizonten führen, keine tiefe, ideelle Einheit zwischen Volk und Macht in dem schwierigen, schicksalhaften Kampf gewährleisten, in den das Land und die Welt eingetreten sind.

Der Nährboden für eine bestimmte Ideologie, ihre Ausrichtung, ihre emotionale Grundlage werden durch die Kunst gezüchtet (oder, wie Künstler sagen würden, grundiert). Zuerst entsteht eine Stimmung, eine Anziehungskraft, ein Wunsch, und erst dann kommen die Formulierungen, die (das muss man sich klar machen) in der Realität weit weniger wichtig sind als aufrichtige Empfindungen. Wir haben bis heute keine mehr oder weniger klar definierte Kulturpolitik. Erfreulicherweise sprießen ihre Keime jedoch von unten aus dem militärischen Alltag, aus dem alltäglichen Heldentum.

Einer der Hauptgründe für die Unsicherheit darüber, ob wir eine Ideologie brauchen oder nicht, ist die Unklarheit über unser politisches System. Nachdem wir auf den Trümmern des kommunistischen Supermachtprojekts das aus dem Westen stammende intellektuelle und politische Paradigma übernommen hatten, waren wir lange Zeit der Meinung, dass wir eine demokratische Republik mit den dafür typischen Konnotationen sein müssten, wie sie in der westlichen Welt gelten. Dabei haben wir vergessen, dass Demokratie nur in einem günstigen äußeren Umfeld, ohne externe Herausforderungen und mächtige Konkurrenten existieren kann⁸. Außerdem gewährleistet sie entgegen der landläufigen Meinung keine echte Volksherrschaft.

Uns, China und anderen wurde die Demokratie gerade deshalb aufgezwungen, weil man die politische Klasse aufkaufen und über sie das Land schwächen wollte, um es einer nun internationalen, wenn auch von den USA gelenkten Oligarchie zu unterwerfen. Nur die USA können in der kommenden, extrem turbulenten Welt eine Demokratie im westlichen Sinne des Wortes bleiben, die als aristokratische, direkt von der damaligen Oligarchie und den Freimaurern regierte Republik geboren wurden⁹. Das Deep State Amerikas kann niemand außer dem Deep State selbst aufkaufen, und wie komplex und widersprüchlich die Kauf- und Verkaufsprozesse auch sein mögen – sie finden dennoch nur innerhalb des Landes

statt. Die demokratische Regierungsform liegt im nationalen Charakter der Amerikaner, und ohne sie würde dieses Land höchstwahrscheinlich einfach nicht überleben. Außerdem sind die USA ein Staat, der durch Ozeane von seinen Hauptkonkurrenten und Rivalen getrennt ist.

Warum sollte Russlands Traumvorstellung vorangetrieben werden?

Das bedeutet nicht, dass die Bedeutung demokratischer Mechanismen für Russland völlig negiert wird. Eine Gesellschaft ohne Feedback-Kanäle kann nicht existieren. Aber Tatsache ist, dass in den heutigen sogenannten westlichen Demokratien das Feedback gerade nicht mehr funktioniert, sondern nur noch die Illusion davon besteht¹⁰. Wir müssen dafür sorgen, dass es in unserer Gesellschaft wirklich funktioniert, indem wir verhindern, dass die Verbindungen zwischen Gesellschaft und Macht abreißen. Eine solche Funktionsweise kann jedoch nur mit einem ordentlichen Maß an Autoritarismus in der Staatsführung gewährleistet werden, der die unter dem Kapitalismus unvermeidlich entstehende Oligarchie in Schach hält.

Russland kann, wenn es als riesiger souveräner Staat und Zivilisation innerhalb seiner natürlichen Grenzen bestehen will, keine Demokratie im westlichen Sinne dieses Begriffs sein. Das ist Geschichte und Schicksal. Wir können und müssen starke demokratische Elemente in unserem Regierungssystem haben, insbesondere auf der unteren, kommunalen, regionalen und der »Semstwo«-Ebene – dort, wo Demokratie direkt ist und wo sie offensichtlich nicht ausreicht. Genau dort werden verantwortungsbewusste Bürger des Landes geboren und erzogen.

Auch die spirituelle und moralische Komponente des russländischen Staates muss reflektiert werden. Wir haben den Schutz des Menschlichen im Menschen noch nicht zu unserem Credo, zum Ziel unserer nationalen Politik erklärt. Fast instinktiv wehren wir uns gegen Versuche, unsere Gesellschaft zu destabilisieren und zu untergraben. Aber selbst dieser Widerstand ruft Wut hervor und

ist einer der wichtigsten Gründe für den Vernichtungskrieg, den der Westen gegen uns geführt hat.

Eine defensive Strategie ist mittelfristig weder auf dem Schlachtfeld noch im ideologischen Kampf effektiv. Es reicht nicht aus, sich nur zu verteidigen, sondern man muss die Verteidigung dieser Idee durch einen aktiven Angriff untermauern – durch die Förderung normaler menschlicher biologischer und sozialer Werte, denn diese sind für die Weltmehrheit verständlich und finden sicherlich Anklang bei den Menschen im Westen, die es satthaben, dass für sie und ihre Kinder Entscheidungen zugunsten des Unnatürlichen getroffen werden. Die offensive Verteidigung der Menschlichkeit muss Teil der lebendigen Traumvorstellung Russlands für sich selbst und für die Welt werden.

Russland mit seinen Traditionen der geistigen Einheit (соборность, D.G.) und der Gemeinschaft (общинность, D.G.), die aus der Notwendigkeit des Überlebens unter schwierigen klimatischen und geopolitischen Bedingungen entstanden sind, kann und darf sich nicht dem zersetzenden Einfluss der modernen Zivilisation, der westlichen Kultur des Individualismus und des übermäßigen Konsums hingeben.

Ein vollwertiger Bürger unseres Landes muss der Gesellschaft, seiner Familie, seinem Land und seinem Staat dienen¹¹. Wenn er jedoch nur sich selbst dienen will (niemand darf ihm dieses Recht nehmen), begibt er sich auf den Weg der Selbstisolation und kann und darf nicht mit gesellschaftlicher Anerkennung rechnen. Die lebendige Traumvorstellung Russlands, muss direkt zu einer neuen geistigen Einheit sowohl innerhalb des Landes als auch in der Welt führen, wo die Probleme, die vor der Menschheit stehen, nicht ohne Zusammenarbeit gelöst werden können.

Schließlich noch eine weitere, vielleicht wichtigste und uns innewohnende Eigenschaft – die Universalität (»Offenheit« nach Dostojewski). Sie ist für eine Zukunft erforderlich, die von einer immer größeren Vielfalt und Multikulturalität geprägt sein wird, einer Welt wiederauflebender Kulturen und Zivilisationen, zu deren Befreiung vom »westlichen Joch« wir in nicht unerheblichem, wenn nicht sogar entscheidendem Maße beigetragen haben.

Diese Eigenschaft wurde durch unsere Geschichte der Ausdehnung durch die Integration der angeschlossenen Völker, die Verflechtung mit ihnen durch engste Nachbarschaftsbeziehungen, gemeinsame Arbeit und die Befolgung ähnlicher moralischer Prinzipien geprägt¹².

Wir sind für die ganze Welt ein großartiges Beispiel für die Vereinigung von Kulturen und Zivilisationen – eine einzigartige russländische Verschmelzung von asiatischer Spiritualität und Träumerei mit europäischem Rationalismus. Im Gegensatz zu unseren westlichen Nachbarn ist es uns gelungen, mit dem Eintritt in das Zeitalter des erkennenden Verstandes das Potenzial der »Kultur der Seele« zu bewahren, das durch den Fortschritt der Neuere und Neuesten Zeit verdrängt wurde¹³. Dies unterscheidet uns deutlich von denen, die, indem sie nur das rationale Streben nach Gewinnmaximierung kultivieren, versucht haben, die Welt mit Gewalt zu einem einheitlichen Standard zu führen.

Schließlich hat die Geschichte noch einen weiteren wichtigen Bestandteil unserer Identität geprägt – die Verteidigung der Souveränität um jeden Preis. Dies ist eine mächtige Quelle der Attraktivität des Landes und des Volkes für die Welt, die nach dem Zeitalter des Kolonialismus und Neokolonialismus, das in den letzten Jahrzehnten als »liberaler Globalismus« bezeichnet wurde, in eine Phase der Souveränisierung und der Wiederbelebung des Nationalen in seinen unterschiedlichsten Ausprägungen eingetreten ist.

Das westliche Projekt des globalen liberalen Imperialismus, einer »Weltregierung« im Bündnis mit internationalen transnationalen Konzernen und Nichtregierungsorganisationen, ist in eine Sackgasse geraten und hat sich als unfähig erwiesen, eine angemessene Antwort auf die Herausforderungen zu geben, vor denen die Menschheit steht, sondern hat diese vielmehr noch verschärft. In dieser Situation hat sich das Pendel in die andere Richtung bewegt.

Das alte System der globalistischen Herrschaft, das auf dem Traum von eben dieser Weltregierung beruhte, für deren Schaffung die Länder der Weltmehrheit ihre außenpolitische Handlungsfähigkeit einschränken mussten, ist zusammengebrochen. Angesichts der internationalen

Folgen des hybriden Krieges des Westens gegen Russland sehen die nicht-westlichen Gesellschaften kein anderes Instrument zur Lösung globaler und nationaler Probleme als die Stärkung des Nationalstaates und die Entwicklung internationaler Beziehungen auf der Grundlage der gleichberechtigten Souveränität¹⁴. Und hier liegt Russland mit seinem beispiellosen Streben nach Unabhängigkeit und Souveränität im »Trend« der nächsten Jahrzehnte. Der für Russland traditionelle Etatismus, also das Setzen auf die Stärkung des Staates, erhebt es zu einem der moralischen Führer der zukünftigen Welt. Und diese Strategie muss der Welt als wichtiger Bestandteil unserer Traumvorstellung präsentiert werden.

Dieser Bestandteil der Idee Russlands und die darauf basierende Politik der Achtung und Unterstützung von Souveränität und Eigenständigkeit ist einer der Gründe für den Hass, den die liberal-globalistischen Eliten gegenüber unserem Land empfinden, da sie darin nicht ohne Grund eine Bastion des Widerstands gegen das Weltmodell sehen, das sie der Menschheit aufzuzwingen versucht haben.

Wir möchten daran erinnern, dass ein weiterer Grund für diesen Hass unser Widerstand gegen das Aufdrängen antihumaner Werte ist. In Europa handelt es sich dabei um anti-europäische Werte, wenn man davon ausgeht, dass die Grundwerte des historischen Europas das Christentum, der Humanismus und der staatliche Nationalismus waren. Im Widerspruch zum heutigen »Europa« steht auch die etatistische Haltung der Mehrheit der russischen Bürger, die sehr wohl verstehen, dass nur der Staat den Menschen und den Bürger in einer gefährlichen Welt schützen kann.

Allerdings muss die russländische zukunftsorientierte, lebendige Traumvorstellung für sich selbst und die Welt vermutlich auch dessen künftige Konsolidierung umfassen, um gemeinsame Herausforderungen auf einer gerechteren und friedlicheren Grundlage zu bewältigen, die Ungleichheit und kulturelle Nivellierung ausschließt. Aber das ist keine Aufgabe für die nächsten Jahre. Russland mit seiner Weltoffenheit und seinem Schwerpunkt auf den Erhalt des Menschen im Menschen ist dazu berufen, diese Zukunft zum eigenen und gemeinsamen Vorteil näher zu bringen.

Die Russländer haben ihr Gefühl der Einheit mit der Natur nicht verloren, die sie immer als Weite, Willen und Nahrungsquelle verstanden haben, die es zu schützen und zu rächen gilt. Diese Einheit muss bewahrt und weiterentwickelt werden. »Wir haben die Natur nicht nur bewahrt, wir schützen und entwickeln sie und uns selbst weiterhin in Einheit mit ihr, indem wir anerkennen, dass die Natur ohne den Menschen existieren kann, der Mensch ohne die Natur jedoch nicht«¹⁵. Auch die Theorie der Noosphäre – der aktiven Vereinigung von Mensch und Natur – entstand gerade in Russland (wir erinnern an die Theorie von W.I. Wernadski)¹⁶. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Vorstellung unseres Volkes von der Natur wohl am besten von M.M. Prischwin zum Ausdruck gebracht wurde: »Die Natur zu lieben bedeutet, das Vaterland zu lieben.«

Russland kann und darf sich nicht weiterentwickeln ohne vorantreibende, inspirierende große Ideen, ohne ein klar formuliertes Verständnis seiner Bestimmung. Zu seiner Zeit wurde durch die Bemühungen unserer Vorfahren die grandiose Transsibirische Eisenbahnstrecke gebaut – ein Projekt, das unter dem Motto »Begegnung mit der Sonne« von den Arbeitern, Offizieren und Ingenieuren, die Sibirien erschlossen, verwirklicht wurde. Es wurde durch große sowjetische Bauprojekte abgelöst: in erster Linie wieder die Erschließung Sibiriens, die Nordostpassage¹⁷. Es gab den Krieg mit seinem Slogan »Alles für die Front, alles für den Sieg!«. Es gab die Millionen begeisterte Erschließung des Welt-raums. Dann versiegten die Ideen, aber endlich kehren wir wieder zu großen Projekten zurück, die unser Land und unsere Gesellschaft erneuern. Die Slogans dafür stehen bereits bereit: »Vorwärts zum Großen Ozean!«, »Vorwärts in Richtung der aufgehenden Sonne« und, was besonders wichtig ist, »Vorwärts zu unseren Wurzeln, vorwärts zu uns selbst!«

Diese Slogans und die großen Aufgaben, die unter ihnen durchgeführt werden, sollen nicht nur unserer Selbstvervollkommenung dienen, sondern durch sie auch den Versuchen des Westens, uns fremde Normen aufzuzwingen, die für uns und die Mehrheit der Weltbevölkerung nachteilig sind, entschlossen entgegenwirken.

Wir haben kein Recht, den Sieg aus den Händen zu geben, zu dessen Erreichung auch Slogans eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Der Sieg ist unsere hart erkämpfte und verdiente Chance zur Selbstvervollkommnung, zum Neustart der Leidenschaft des Volkes auf das Niveau, die es zur Zeit der Erschließung der unermesslichen Weiten Sibiriens, zur Zeit des Sieges im Jahr 1945 hatte.

Westlich von uns liegt das einst einflussreiche Frankreich, das heute ein anschauliches Beispiel dafür ist, was passiert, wenn es keine nationale Idee gibt und an ihre Stelle totale Dekadenz und Zügellosigkeit treten, hervorgerufen durch drei große Niederlagen in fast anderthalb Jahrhunderten von 1812 bis 1940.

Näher am Osten liegt ein Staatsgebilde, in dem es gelungen ist, eine staatliche Ideologie (wenn auch eine schädliche und kontraproduktive) zu etablieren. Das Motto dieser Ideologie lautet »Die Ukraine ist nicht Russland« oder »Anti-Russland«. Diese Ideologie ist einer der Gründe für den heftigen Widerstand der Betroffenen auf der anderen Seite der Front und ein Beispiel für die – natürlich negative – Wirksamkeit einer geltenden staatlichen Ideologie.

Was kann eine Traumvorstellung bewirken?

Wie bereits oben erwähnt, halten wir es für richtig, nicht von einer staatlichen Ideologie zu sprechen, sondern von einer modernen, lebendigen Traumvorstellung Russlands. Und ihre Kurzfassung, die den Geist der Russländer – Russen, Tataren, Tschetschenen, Burjaten, Nenzen, Tuwiner und anderer indigener Völker Russlands – verkörpert, ist ihr »Kodex«.

Das Ziel besteht darin, den Kurs auf die Entwicklung des Besten im Menschen zu nehmen: physisch, intellektuell, absolut wichtig – spirituell, moralisch. Es ist notwendig, den Menschen in sich selbst und in Russland zu verwurzeln, und dafür muss eine staatliche Politik betrieben werden, die vom Bürger verlangt, aber auch fördert, dass er sich nicht nur um sich selbst kümmert;

Selbstvervollkommnung ist wichtig, wird aber schnell zu Hedonismus, wenn sie nicht von der Sorge um andere um uns herum beseelt ist: um die Familie, die Gemeinschaft, die Gesellschaft, das Land, den Staat.

Gleichzeitig ist es wichtig, in unserem Menschen seine Neigung zum Geistigen, das über das Materielle triumphiert, sein Streben nach Höherem, nach dem hinter dem Horizont Liegenden, nach der erstaunlichen explosiven Energie der Schöpfung im Namen des Vaterlandes und höherer Ziele zu unterstützen und zu entwickeln. Wir wollen das Beste in uns selbst wiederherstellen und entwickeln, um gemeinsam voranzukommen und zu siegen – in Politik, Technologie und Geist, indem wir das (geistig und physisch) angenehmste Land schaffen.

Das Wichtigste ist, dass der Russländer danach streben muss, seine Bestimmung zu erfüllen, ein Mensch zu sein, der auf das Beste und Höchste in sich selbst ausgerichtet ist.

Im Gegensatz zu westlichen Denkern und ihren Erben, die den Menschen zu hoch vor den Schöpfer erhoben haben, dadurch die Entwicklung des Rationalismus legalisiert haben und nun dessen Gefangene geworden sind, haben unsere Gelehrten einen anderen Weg gewählt. Gestützt auf die Weisheit ihrer östlichen Glaubensbrüder haben sie schon viel früher erkannt, dass dieser Weg unerreichbar ist, da ihm der Sündenfall selbst im Wege steht¹⁸. Deshalb bleibt uns nur, unseren Blick, unsere Gedanken und, wenn Sie möchten, unsere Gebete (wenn Sie gläubig sind) zum Himmel zu richten und uns durch unermüdliche spirituelle Arbeit und schöpferisches Schaffen zu verbessern.

Ein ebenso wichtiges und unverzichtbares Ziel für Russland ist die umfassende Stärkung des russländischen Staates. Nur er kann aufgrund historischer Gründe und geostrategischer Realitäten die Voraussetzungen für die Entwicklung und das Überleben der Bürger Russlands schaffen. So hat es sich historisch entwickelt, dass die geografischen und politischen Umstände der Epoche der Zentralisierung des Russischen Staates dessen wichtigste Funktion in der Erhaltung der Bevölkerung sahen, während die Sorge um seine Versorgung in die zweite Linie trat, aber nicht ganz in den Hintergrund.

Der Kampf für einen starken Staat ist besonders wichtig in der heutigen globalisierten Welt, in der alte globale Bedrohungen fortbestehen und neue hinzukommen.

Nur ein starker Staat kann in Zusammenarbeit mit anderen vor dem Klimawandel, dem Ausbruch und der Ausbreitung von Epidemien, Hungersnöten, noch unregelten, aber unvermeidlichen starken Migrationsströmen schützen und schließlich das langsame Abgleiten in den Dritten und für die heutige menschliche Zivilisation letzten Weltkrieg verhindern. Und nur ein solcher Staat, der sich auf eine starke Gesellschaft stützt und von ihr unterstützt wird, kann den Menschen vor dem zersetzenden Einfluss der negativen Tendenzen der modernen Zivilisation bewahren, die zum Verlust vieler Funktionen führen, die den Menschen zum Menschen machen.

Schließlich ist die Stärkung des Staates, unter anderem auch durch eine nationale Idee, notwendig, um dem Kurs der liberalen imperialistischen globalistischen Eliten entgegenzuwirken, die ihn schwächen wollen, um ihre Herrschaft zu erlangen und zu festigen¹⁹. Ihr Traum ist eine Weltregierung im Bündnis mit transnationalen Konzernen und längst massiv privatisierten internationalen NGOs, die »demokratische«, also den internationalen Oligarchien unterworfenen schwachen Nationalstaaten führen würden. Diese Ideen lagen der in den 1970er und 1980er Jahren entwickelten Globalisierungstheorie zugrunde²⁰. Gott sei Dank scheitert dieses Vorhaben derzeit, aber man gibt es nicht auf, sondern bringt es immer wieder aufs Tapet.

Die Beziehung unseres Bürgers zum Staat ähnelt der Beziehung eines Sohnes zu seinem strengen Vater. Die Liebe eines solchen Elternteils ist nicht direkt und zärtlich, sondern streng und, was wichtig ist, beschützend.

Einigen »Kindern« – Bürgern – mag dies als Verletzung ihrer Rechte und Einschränkung ihrer persönlichen Entscheidungsfreiheit erscheinen. Das Wesen der väterlichen Liebe besteht jedoch nicht darin, alles zu verbieten, sondern darin, vernünftig zu erlauben, seinem Kind zu zeigen, was gut und was schlecht ist, ihm lehrreiche Beispiele zu geben und es um jeden Preis vor Gefahren zu schützen. So wie ein Kind die väterliche Führung braucht, brauchen

die Bürger moralische und patriotische Orientierungspunkte: wenn nicht verbindlich, dann empfehlenswert, wenn nicht allgemein, dann auf die Führungsreserve ausgerichtet.

Aber man darf auch die Pflicht des Sohnes nicht vergessen. Der Staat (im Kontext der historischen Kontinuität), der uns erzogen hat, stand seinen sorglosen Söhnen, die den Verlockungen des westlichen Individualismus und des aggressiven Kapitalismus nicht widerstehen konnten, schutzlos gegenüber (ein Großteil der Dogmen der sowjetischen Erziehung erwies sich also als falsch – das sollte man nicht verschweigen). Es ist erfreulich, dass sich der Staat allmählich erholt, aber jetzt braucht er uns, ähnlich wie ein alternder Elternteil, besonders dringend. Und unsere Aufgabe ist es, ihm zu helfen, damit der Prozess der väterlichen Erziehung und des Schutzes der Bürger in neuen Generationen fortgesetzt wird.

Die ideale Struktur des politischen Systems ist eine starke Führerdemokratie. Natürlich darf dieser Staat kein alles verschlingender Leviathan sein. Er muss dem Menschen dienen, ihn beschützen, und dafür sind, wie bereits gesagt, starke demokratische Elemente erforderlich, vor allem auf lokaler Ebene. Es muss auch von einer starken und patriotischen meritokratischen Elite unter der Führung eines mächtigen Führers regiert werden. Die Traumvorstellung muss auch ein Ehrenkodex für die dienende Elite sein. In unserem Land wird viel getan, um eine solche meritokratische Elite zu schaffen. Die Präsidialreserven, die Bewegung der Ersten, die Junarmija (Allrussische Kinder- und Jugend-Militärpatriotische soziale Bewegung, D.G.) usw. Aber bei dieser Arbeit, insbesondere in der Zusammenarbeit mit der jungen Generation, fehlt es an einem unbedingt notwendigen starken ideologischen Rückgrat²¹. Dies führt dazu, dass junge Menschen selbst eine Antwort auf die Frage finden müssen, warum der Dienst an der Gesellschaft und am Vaterland über allem stehen sollte. Infolgedessen steht dieser Orientierungswert unter russischen Jugendlichen derzeit nur an dritter Stelle der wichtigsten Werte²².

Wir wiederholen: Ideologie sollte nicht in der fest verankerten negativen Konnotation eines antidemokratischen Attributs wahrgenommen und als schädlich aufgefasst

werden. Der Begriff »Demokratie« hat aufgrund der langjährigen Vorherrschaft des Westens im Informations- und Ideologiebereich eine positive Bedeutung, während »Ideologie« und »Autoritarismus« negativ besetzt sind. Daraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit, eine Lösung für etwas zu finden, was aufgrund der erfundenen Bedürfnisse der liberalen Globalisten zu einem Widerspruch geworden ist.

Wir wollen in einer freien Welt, einem freien Land und einer freien Gesellschaft leben, mit moralischen Orientierungspunkten und einer lebendigen Traumvorstellung. In der gegenwärtigen Situation kann der Staat jedoch das derzeit maximal mögliche Maß an Freiheit nur durch den Rückgriff auf ein gewisses Maß an Autoritarismus gewährleisten. Die Umstände der gegenwärtigen und zukünftigen Welt verlangen von uns, dass wir eine möglichst effektive, aber gegenüber dem Volk und Gott verantwortungsbewusste Autokratie oder Führerdemokratie werden. Wie immer müssen wir auch auf der scharfen Klinge dieses Rasiermessers balancieren.

Für die Effektivität der Führerdemokratie ist es insbesondere notwendig, die russische Freiheit – den Willen, insbesondere die Gedankenfreiheit – zu bewahren. Unser »Alles« – Puschkin²³, Lermontow, Tolstoi, Dostojewski, Lomonossow, Pawlow, Kurtschatow, Landau, Koroljow – waren oft mit ihrer Obrigkeit nicht einverstanden und kritisierten die Machthaber. Aber sie dienten ihrem Land, seiner Kultur und Wissenschaft. Und das ist das Hauptkriterium für die Übereinstimmung mit dem »Kodex des Russländers«.

Die Schlussfolgerung ist einfach. Intellektuelle und geistige Freiheit – eine unabdingbare Voraussetzung für das Wohlergehen des Landes – muss ein fester Bestandteil der lebendigen Traumvorstellung Russlands sein. Etwas prosaischer formuliert: Intellektuelle müssen ihrem Vaterland dienen, aber auch von ihm unterstützt werden. Die Verbindung von intellektueller Freiheit, Gedankenfreiheit und einem gewissen Maß an politischem Autoritarismus ist kein einfacher Weg. Aber die russische Geschichte liefert Beispiele für eine solche Verbindung.

Noch einmal: Es ist an der Zeit, die schädlichen Debatten darüber zu beenden, wer ein Russländer ist. Nach

ethnischer Zugehörigkeit? Nach Geburtsort? Nach Religion oder Religionslosigkeit? Ein Russländer ist ein Mensch, der Russisch spricht, in der russischen Kultur verwurzelt ist oder sich sogar danach sehnt, in ihr Wurzeln zu schlagen, und der die Geschichte Russlands kennt. Und natürlich jemand, der die grundlegenden ethischen Werte seines multinationalen Volkes teilt.

Die Russen, die die staatenbildende ethnische Gruppe in Russland darstellen, sind orthodox. Die Orthodoxie hat Russland in schwierigen Zeiten gerettet. Aber nicht weniger wichtig für das Vaterland sind andere Glaubensrichtungen – Islam, Buddhismus, Judentum. Das Wichtigste für alle Gläubigen und sogar für Ungläubige oder diejenigen, die sich nicht zu ihrem Glauben bekennen, ist die Bereitschaft, dem Höheren zu dienen: dem Vaterland, der Familie, der Entwicklung der Kultur und der Verteidigung des Vaterlandes. Und wenn diese Bereitschaft vorhanden ist, dann sind Sie ein Russe, dann sind Sie ein Russländer.

Natürlich kann sich ein gebürtiger Russe, ein Russländer, als Weltbürger betrachten, das ist sein Recht, solange er Steuern zahlt, seinem Land keinen Schaden zufügt und nicht den Interessen anderer Staaten dient. Kulturelle Offenheit, sogar kultureller Kosmopolitismus und Universalität sind starke Eigenschaften, die viele gebildete Russen auszeichnen. Ihr bestes Beispiel ist Puschkin. Aber diejenigen, die gegen den Nazismus kämpfen und Russland verteidigen, sind in Wirklichkeit die besten Weltbürger, seine Verteidiger und Retter.

Es gibt nicht wenige Menschen, die russischer Abstammung sind, aber ihr Land verachten, seine Kultur nicht lieben und jede Macht hassen, außer natürlich »ihre eigene«. Dieser Typ Mensch wurde von Dostojewski treffend beschrieben. Ein brillantes Beispiel ist Smerdjakow, einer der vielen Helden aus »Die Dämonen«. Wenn solche Menschen an die Macht kommen, ist das Land in Not.

Unter den bolschewistischen Führern der ersten Jahre nach der Revolution gab es viele solche Menschen. Als sie aufgrund des Krieges an die Macht kamen, die alten Eliten, den schwachen Zaren zerrissen, richteten sie enormen Schaden im Land an, brachten es fast zum endgültigen Zusammenbruch und töteten bewusst seine

Seele – die Orthodoxie und andere Religionen. Unter den Menschen, die gegensätzliche politische und wirtschaftliche Ansichten vertraten, gab es viele ihrer geistigen Erben – die »Unvollständigen Reformer« der 1980er und 1990er Jahre, die das verhasste kommunistische System zerstörten und dabei beinahe auch das Land mit in den Abgrund rissen und viele Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte zunichtemachten. Sie gingen sanfter vor als die Bolschewiki, ohne Massenmorde, aber leider mit einer hohen Sterblichkeitsrate aufgrund von durch dumme und böswillige Reformen provozierte, scheinbar natürliche Ursachen. De facto haben sie einen Großteil der meritokratischen Elite des Landes entweder vernichtet oder vertrieben: Ingenieure, Wissenschaftler, Militärs, Manager, qualifizierte Arbeiter.

Dieser Verlust wird erst jetzt langsam ersetzt.

Fazit

Russland erfüllt auch heute noch eine besondere Mission, indem es den westlichen Ambitionen entgegenwirkt und der Welt eine Alternative bietet – eine multinationale, multikulturelle Gemeinschaft, die auf fälschlicherweise als »konservativ« bezeichneten, aber in Wirklichkeit wahrhaft menschlichen Werten basiert.

Zusammen mit ihnen sollte ein wichtiger Bestandteil der Traumvorstellung Russlands die Bewegung zu sich selbst, zu den Quellen unserer Macht als Großmacht – nach Sibirien, eine neue, zweite Wende nach Osten, die »Sibirisierung Russlands« – werden. Indem wir uns in Richtung Ural und Sibirien bewegen, werden wir uns zu unserem Besten entwickeln, gleichzeitig unseren Blick auf Eurasien und die große Welt richten, den Trends der zukünftigen Weltgestaltung folgen und andere mitziehen.

Die Grundlage dieser Bewegung sollten Werte sein, die bereits weitgehend im öffentlichen Bewusstsein der Russländer vorhanden sind. Aber sie müssen klar formuliert und so dargestellt werden, wie wir uns selbst und unser Land sehen wollen. Gerade jetzt, in einer Zeit des globalen Umbruchs, ist ein neues spirituelles Selbstverständnis besonders wichtig. Wissenschaftliche Entdeckungen,

relativer Wohlstand und neue Herausforderungen verlangen dem Menschen viel ab, geben ihm aber auch die Möglichkeit, ein »Mensch mit großem M« zu werden – ein Mensch des Dienens, der Liebe, des Mitgefühls, der Barmherzigkeit und der Kameradschaft.

Wir sind also ein nord-eurasisches, polyethnisches Volk, das Groß-Eurasien vereint und vielleicht eines Tages in der Lage sein wird, die ganze Welt zu vereinen. Wir sind offen für alle, aber wir respektieren und bewahren unsere Eigenart, unsere politische und spirituelle Souveränität. Das Wichtigste für uns ist die intellektuelle und physische Entwicklung mit dem Ziel, dem Guten zu dienen. Wir sind für Menschlichkeit, wahren Humanismus, für die Bewahrung des Menschen im Menschen, des göttlichen Ursprungs in ihm. Das Ziel unserer gemeinsamen, geistig einenden und staatlichen Politik ist die Erhaltung und das Wachstum des multinationalen Volkes Russlands und des Besten in ihm, internationale und, was besonders wichtig ist, innere Gerechtigkeit.

Wir sind offen für alle Religionen, wenn sie dem Höheren im Menschen dienen und zum Dienst an der Familie, dem Vaterland und dem Staat aufrufen. Wir sind Internationalisten, Rassismus ist uns fremd. Wir sind für kulturelle und spirituelle Vielfalt und Vielfarbigkeit.

Wir sind ein Volk von Kriegerern und Siegern. Ein Volk von Friedensstiftern und Befreiern von allen, die versucht haben, sich als Hegemon aufzuspielen, indem sie die Freiheit anderer angreifen, ihren eigenen wirtschaftlichen, kulturellen, politischen, religiösen und spirituellen Weg zu wählen.

Wir stehen für normale menschliche Werte: für die Liebe zwischen Frauen und Männern, die Liebe der Eltern zu ihren Kindern, für den Respekt vor den Älteren, für Mitgefühl, für die Liebe zu unserem Land.

Wir sind ein Volk, das seine Verbindung zur heimischen Natur nicht verloren hat. Wir werden sie bewahren und schützen.

Wir sind ein Volk von femininen und sehr starken Frauen, die unser Vaterland in schwierigen Zeiten mehr als einmal gerettet haben, und wir sind ein Volk von starken und mutigen Männern, die bereit sind, die Schwachen zu beschützen.

Unsere Helden sind Soldaten, Wissenschaftler, Ärzte, Ingenieure, Lehrer, selbstlose Beamte, wohltätige Geschäftsleute, Bauern und Arbeiter, die mit ihren eigenen Händen den Wohlstand des Landes schaffen und es verteidigen wollen.

Wir treten für Kollektivismus ein und nennen dies »geistige Einheit«. Der Mensch kann sich nur im Dienst für die gemeinsame Sache verwirklichen und frei sein.

Das Staatssystem, das wir aufbauen wollen, ist ein Führersystem mit einem ablösbaren, vom Volk gewählten Führer und einer starken Demokratie, einem lokalen Selbstverwaltungssystem (земство). Wirtschaftlich bauen wir einen Volkskapitalismus auf, in dem Eigentum unantastbar ist, aber demonstrativer Konsum verpönt ist, in dem das Ziel der Wirtschaft darin besteht, dem Wohlstand aller zu dienen, die Macht des Staates zu stärken und eine neue russische Ideologie mit Schwerpunkt auf der Entwicklung des Menschen im Dienst seines Vaterlandes zu fördern.

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://globalaffairs.ru/articles/mechta-karaganov-malyutin/>
Der Artikel wurde in der Zeitschrift »Polis« veröffentlicht (Politische Studien). Ausgabe Nr. 4, 2025.
- 2 Sergej Karaganow, Dr. habil. der Geschichtswissenschaften, emeritierter Professor, wissenschaftlicher Leiter der Fakultät für Weltwirtschaft und Weltpolitik der Nationalen Forschungsuniversität »Hochschule für Wirtschaft«, Ehrenvorsitzender des Präsidiums des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik
- 3 Pawel Maljutin, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Weltrüstungswirtschaft und Strategie, Zentrum für integrierte europäische und internationale Studien der Nationalen Forschungsuniversität »Hochschule für Wirtschaft«
- 4 Konzept der Außenpolitik der Russischen Föderation (verabschiedet vom Präsidenten der Russischen Föderation W.W. Putin am 31. März 2023). Allgemeine Bestimmungen // Außenministerium der Russischen Föderation. 31.03.2023. URL: <https://www.mid.ru/ru/detail-material-page/1860586/> (Zugriff am 01.10.2025).
- 5 Gorski A.A. 2004. Rus. Von der slawischen Besiedlung bis zum Moskauer Reich. M.: Sprachen der slawischen Kultur. S. 215–216.
- 6 Tischkow W.A. 2013. Das russische Volk: Geschichte und Bedeutung des nationalen Selbstbewusstseins. M.: Nauka. S. 5–7.
- 7 In diesem Zusammenhang danken die Autoren den Referenten der Sitzung »Kann man nur glauben? Russische Utopie 2043« der XXXI. Versammlung der SWOP F.A. Lukjanow, W.M. Rybakow, S.N. Iwanow, A.D. Rogosin, A.K. Fjodorow, A.B. Lichatschowa. Sie bedanken sich auch bei den Referenten der Sitzung »Und doch das Maß aller Dinge. Der Mensch in einer verrückten, tobenden Welt. Wozu der Mensch? Wozu der Russe? Das Institut des Menschen?« XXXII. Versammlung der SWOP A.R. Bachtijarow, Pater Kalinnik (V.N. Dmitrijew), S.N. Iwanow, A.M. Ilnizki, S.A. Smirnow, S.N. Korsakow, V.M. Rybakow. Die Autoren bedanken sich auch bei den Teilnehmern der Situationsanalyse, die im November 2024 an der Fakultät für Weltwirtschaft und Weltpolitik der Nationalen Forschungsuniversität Hochschule für Wirtschaft durchgeführt wurde. Diese Veranstaltung brachte einen größeren Kreis von Experten und Denkern zusammen. Der vorliegende Text berücksichtigt die Ergebnisse der Diskussion und die dabei gewonnenen Erkenntnisse. An der Diskussion nahmen A.R. Bachtijarow, A.A. Girinski, A.A. Iserow, A.M. Ilnizki, V.V. Letunowski, V.M. Rybakow, D.W. Jefremenko, D.S. Bartaschee, Mönchpriester Pafnuti (A.M. Gabidulin), Pater Kalinik (W.N. Dmitrijew), S.A. Smirnow, S.I. Awakjanz, S.N. Iwanow, T.W. Bordatschjow und F.A. Lukjanow. Besonderer Dank gilt A.W. Sereginin und J.K. Schafranik für ihre originellen Ideen. Einen reichen intellektuellen Beitrag leisteten die Teilnehmer der Sitzung »Die Traumvorstellung Russlands: über das Bild der Zukunft«, die im Rahmen der allrussischen wissenschaftlich-praktischen Konferenz »I Tobolskije-Lesungen« im April 2025 stattfand. Die Autoren heben die große Bedeutung und den Wert der Überlegungen hervor, die von A.G. Jelfimow, N.W. Stapran, I.A. Suchow, L.E. Bljacher, I.S. Kosylow und A.W. Dserman ausgedrückt wurden. In Fortsetzung des Projekts wird das Autorenteam die Ideen berücksichtigen, die auf der Sitzung »Der russische Traum und die russischen Träumer« der XXXIII. Versammlung der SWOP vorgebracht wurden. Die Autoren danken M.W. Remisow, F.A. Lukjanow, A.A. Girin, D.K. Mami, A.S. Larin, A.B. Lichatschowa, L.M. Grigorjew und A.M. Ilnizki für ihre wertvollen Gedanken und konstruktiven Vorschläge.
- 8 Siehe: Acemoglu, D., Robinson, D.A. 2015. Die wirtschaftlichen Ursprünge von Diktatur und Demokratie. Moskau: Verlag der Hochschule für Wirtschaft. S. 96; Mearsheimer, J.J. The Tragedy of Great Power Politics. New York: W.W. Norton & Company. 2015. S. 31–32.
- 9 Trofimenko G.A. USA: Politik, Krieg, Ideologie. Moskau: Myśl, 1976. S. 19–20; Koktysh K.E., Sergejew W.M. 2025. Die Entstehung des amerikanischen Tiefen Staates. – Polis. Politische Studien. Nr. 3. S. 76–95.
- 10 Wolin S.S. Managed Democracy and the Specter of Inverted Totalitarianism. Princeton: Princeton University Press, 2017. S. 47.
- 11 Charitschew A.D. Die Zivilisation »Russland« // Notizbuch der Bürgeraufklärung. 2025. Nr. 7. S. 6–7.
- 12 Michailowitsch D.M., Wolodichin D.M. Das Moskauer Reich. Kolonisierungsprozesse im 15.–17. Jahrhundert. M.: Zentrpoligraf, 2021. S. 125.
- 13 Sukina L.B. Der späte Herbst des russischen Mittelalters. Essays zur Kulturgeschichte des Moskauer Reiches (16.–17. Jahrhundert). Moskau, St. Petersburg: Zentrum für humanitäre Initiativen, 2021. S. 114.
- 14 Verma R. The Russia-Ukraine War and the Global South's Sovereignty Paradox // Contemporary Security Policy. 2024. Vol. 45. No. 4. P. 560–562.
- 15 Lichatschow D.S. Briefe über das Gute. M., SPb.: Nauka, LOGOS, 2006. S. 122–128.
- 16 Wernadski W. Biografie. Ausgewählte Werke. Erinnerungen von Zeitgenossen. Urteile von Nachkommen. M.: Sowremennik, 1993. 688 S.
- 17 Karaganow S.A., Kosylow I.S. Die Wende nach Osten 2.0 oder die »Sibirisierung« Russlands // Russland in der globalen Politik. 2025. Band 23. Nr. 1. S. 223–224.
- 18 Schtscheglow, A.P. Vorstellungen über die Natur des Bösen in der alten Rus. St. Petersburg: Aleteja, 2023. S. 465–469.
- 19 Krautsch K. Postdemokratie. Moskau: Verlag der Hochschule für Wirtschaft, 2010. S. 63–64.
- 20 Keohane R.O., Nye J.S. Power and Interdependence. L.: Pearson Education, 2011. P. 240–242.
- 21 Kapustin W.W. Die Rolle der allrussischen sozialen Bewegung »Junarmija« in der militärisch-patriotischen Erziehung der Jugend // Sozial- und Geisteswissenschaften. 2021. Nr. 5. S. 186–187.
- 22 Werte der Jugend. Die drei wichtigsten Lebensziele der russischen Jugend: ein hohes Maß an Wohlstand, ein ruhiges Leben und die Möglichkeit, ihrem Volk zu dienen // VTsIOM News. 14.12.2022. URL: <https://wciom.ru/analytical-reviews/analiticheskii-obzor/cennosti-molodezhi> (Zugriff am 29.10.2025).
- 23 Shein L.G. Pushkin's Political Weltanschauung. Canadian Slavonic Papers // Revue Canadienne des Slavistes. 1968. Bd. 10. Nr. 1. S. 76.

Die Atombombe ist für Europa zu schwer geworden¹

Timofej Bordatschjow²

27.10.2025

Heute gibt es keine vollständige Gewissheit, dass die USA bereit sein werden, ihre europäischen Schutzbefohlenen im Zaum zu halten. Dies macht jegliche Diskussionen darüber, dass Deutschland oder die Europäische Union das Recht erhalten könnten, über Massenvernichtungswaffen zu verfügen, noch gefährlicher.

Ob es Idealisten gefällt oder nicht, Atomwaffen bleiben die einzige Stütze der modernen internationalen Ordnung und ein Grund für die Suche nach einem Kompromiss zwischen den führenden Mächten. Ohne sie wären Russland und China auf der einen Seite und der Westen unter Führung der USA auf der anderen Seite längst in einen Kampf verwickelt, der größer wäre als alle Weltkriege.

In Russland hat sich diese Erkenntnis in den Tests eines neuen Typs solcher Waffen bestätigt, deren Möglichkeiten alle Versuche der westlichen Mächte ernsthaft in die Zukunft verschieben, uns auf die für sie übliche Weise auf die Probe zu stellen. Der Abschluss der Tests der Rakete »Burewestnik« – eine Maßnahme zur Stärkung der gegenseitigen Abschreckung zwischen Russland und den USA – ist ein technischer Maßstab für die allgemeine Fähigkeit, den Frieden in der ganzen Welt zu sichern.

Umso wichtiger ist es jetzt, darauf zu achten, dass die mächtigsten Waffen der Geschichte in den Händen von Politikern liegen, deren Zuverlässigkeit und Verantwortungsbewusstsein von der Weltgemeinschaft nicht angezweifelt werden. Die heutigen europäischen Staats- und Regierungschefs gehören definitiv nicht zu dieser Art von Politikern. Und insgesamt sind die politischen Regime in Europa nicht nur krank, sondern stehen kurz vor dem Zusammenbruch.

In der Alten Welt sind plötzlich Diskussionen darüber aufgekommen, dass die Atomwaffen Großbritanniens und Frankreichs unter die operative Kontrolle fast der gesamten Europäischen Union gestellt werden sollten. Oder unter die Kontrolle Deutschlands als wirtschaftlich

stärkster Macht. Diese Diskussionen sind seltsam und lassen vermuten, dass europäische Strategen entweder versuchen, Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, oder tatsächlich bereit sind, die ganze Welt zu erpressen.

In Wirklichkeit lenken uns solche sinnlosen Diskussionen jedoch von einer viel offensichtlicheren Frage ab, die auf der Ebene der internationalen Diplomatie diskutiert werden sollte: Warum haben Staaten wie Großbritannien oder Frankreich überhaupt das Recht auf Atomwaffen? Ganz zu schweigen von Europa insgesamt. Diese Fragen sind aktuell, insbesondere angesichts der Tatsache, dass die Zukunft der Kontrolle der USA über ihre europäischen Satellitenstaaten weniger sicher geworden ist.

Zunächst einmal muss man wohl davon ausgehen, dass allein die Tatsache, dass Großbritannien und Frankreich über relativ umfangreiche Bestände an Atomwaffen verfügen, eine Anomalie darstellt. Zu Beginn des Aufkommens dieser Art von Waffen vermutete der herausragende Schriftsteller und Publizist George Orwell, dass die Fähigkeit, sie herzustellen und zu unterhalten, eine Art »Ende der Geschichte« darstellen würde: Nicht-Atommächte würden für immer die Möglichkeit verlieren, von den Atommächten mehr Gerechtigkeit in Bezug auf ihre Interessen zu fordern.

Die Geschichte, die von westlichen Philosophen als eine Abfolge revolutionärer Veränderungen verstanden wird, würde somit ihren gewohnten Lauf beenden. Sie würde zu einer Stagnation werden, zu einem ewigen »Frieden, der kein Frieden ist«, in dem die Schwachen niemals gegen die Starken aufbegehren könnten. Die Starken wiederum werden durch die Gefahr der gegenseitigen Vernichtung gefesselt sein: Sie werden aus offensichtlichen Gründen keine Kriege führen können und nicht befreundet sein können, weil sie sich ständig gegenseitig verdächtigen werden, einen entscheidenden Vorteil zu erlangen.

Zum Teil ist das auch passiert: Niemand zweifelt daran, dass die größten Atommächte – Russland und

die USA – nur voneinander eine echte Bedrohung erfahren können. Alle anderen Staaten der Welt sind nicht in der Lage, ihre Existenz zu bedrohen – die Strafe wäre, wenn nicht sofort, dann doch mit Sicherheit unvermeidlich.

Derzeit gehen wir davon aus, dass Peking bald zu Moskau und Washington aufschließen und zum dritten »unbesiegbaren« Mitglied der internationalen Gemeinschaft werden wird. Dies wird jedoch nichts an der Gesamtsituation ändern: Auf globaler Ebene wird die Welt weiterhin unter Kontrolle derjenigen sein, die die Menschheit vernichten können.

Wenn wir über Russland, China oder die USA sprechen, wissen wir ganz genau, dass es sich um völlig souveräne Mächte handelt, die das Recht haben, ihre Außen- und Innenpolitik selbst zu bestimmen. Uns mag die Argumentation der einen oder anderen amerikanischen Regierung nicht gefallen, sie mag sogar Befürchtungen wecken. Aber es besteht kein Zweifel daran, dass diese Argumentation das Ergebnis eines unabhängigen politischen Prozesses ist. Das politische System der USA erscheint manchmal verrückt, aber es wird von niemandem außerhalb des Staatsgebiets gesteuert.

Und es besteht immer eine gewisse Sicherheit, dass die wahren Herren des Lebens in Amerika ihr eigenes physisches Überleben über die Ambitionen oder Inkompetenz bestimmter Politiker stellen. Das hat übrigens vor einem Jahr der Wahlsieg von Donald Trump und seinem Team bestätigt. Es besteht kein Grund, daran zu zweifeln, dass sie die Welt angemessen wahrnehmen.

Dies gilt umso mehr für Russland oder China: Ihre politischen Systeme streben generell nach dem Ideal eines verantwortungsbewussten und integralen Teilnehmers am internationalen Leben, und genau das sind sie in Wirklichkeit auch. Die Welt kann sicher sein, dass in diesen beiden Fällen die gefährlichsten Waffen in festen und unabhängigen Händen liegen.

Anders verhält es sich mit dem heutigen Europa, zu dem Großbritannien und Frankreich gehören. Derzeit befindet sich diese Region der Welt in einer systemischen Krise, deren Ausgang völlig ungewiss ist. Es gibt Grund zu der Annahme, dass die derzeitige geopolitische Bedeutungslosigkeit Europas die dritte Phase seines Abgleitens an den Rand der Geschichte ist. Die erste Phase war die gegenseitige Zerstörung im Weltkrieg von 1914 bis 1918, die zweite der Verlust der militärischen Souveränität zugunsten der USA nach der katastrophalen Zerstörung von 1945.

Wir sehen, wie die politischen Systeme aller großen europäischen Länder ohne Ausnahme erschüttert werden. Großbritannien ist seit mehreren Jahren nicht in der Lage, eine stabile Regierung zu bilden, Deutschland balanciert zwischen einem sicheren Sieg der nicht systemischen Opposition und dem Terror der Behörden gegen diese. Der Verlust seines globalen Ansehens zeigte sich vor einigen Tagen in der Absage des Besuchs des deutschen Außenministers in China – kein einziger bedeutender Beamter des Reichs unter dem Himmel wollte sich mit ihm treffen. Von Frankreich ganz zu schweigen – das Land hat bereits einen »Herzstillstand« erlebt, und das bestehende politische Regime gleicht einem Zombie, der sich bewegt, aber nicht lebt.

Im Grunde genommen hat die Weltgemeinschaft es derzeit mit einer Gruppe von Ländern zu tun, die für den globalen Markt von Bedeutung sind, aber völlig unfähig sind, eine sinnvolle Außenpolitik zu betreiben. Dies ist unter den Bedingungen einer anhaltenden und unlösbaren innenpolitischen Krise unmöglich. Unter solchen Umständen sollte es nicht um das Recht Europas gehen, Krieg zu führen, sondern um eine formale Einschränkung seiner Handlungsfähigkeit auf der Weltbühne.

Eine der Ursachen für diese Krise ist die langjährige Politik der USA gegenüber ihren europäischen Verbündeten.

Die Amerikaner selbst haben ihren Schützlingen in der Alten Welt jahrzehntelang die Fähigkeit genommen, selbstständig zu denken, selbst bei Themen, die für die internationale Politik ganz alltäglich sind. Muss man denn Verantwortung lernen, wenn der Patron weit weg über dem Ozean ohnehin alles entscheidet? Nun haben wir es also mit einer Region zu tun, in der noch etwas Macht vorhanden ist, aber der Verstand, sie zu nutzen, fehlt.

Aber für uns sind nicht die Ursachen wichtig, sondern die Folgen. Denn genau diese Folgen führen dazu, dass Europa derzeit kein sicherer Nachbar ist. In diesem Zusammenhang wird die Ungewissheit über die Kontrolle der USA über Europa zu einem gefährlichen Faktor. Früher konnten wir uns dessen relativ sicher sein.

Beispielsweise ist allen, die sich mit der Geschichte der internationalen Politik beschäftigen, bekannt: Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges waren es gerade Frankreich und Großbritannien, die in der NATO für Angriffe auf die kulturellen und administrativen Zentren der UdSSR eintraten. Die Amerikaner hingegen zielten aus egoistischen Gründen auf die sowjetischen Streitkräfte, militärische und industrielle Objekte.

Letztendlich konnten sie sich durchsetzen. Heutzutage gibt es keine vollständige Gewissheit mehr, dass die USA bereit sind, ihre europäischen Schutzbefohlenen im Zaum zu halten. Einfach weil Amerika zu sehr mit seinen inneren Angelegenheiten beschäftigt ist – das ist für sie wichtiger, und die bilaterale nukleare Abschreckung mit Russland funktioniert weiterhin.

Dies macht jegliche Diskussionen darüber, dass Deutschland oder die Europäische Union das Recht erhalten könnten, über Massenvernichtungswaffen zu verfügen, noch gefährlicher. Und das eigentliche Verhandlungsthema zwischen den verantwortlichen Atommächten könnte die Befreiung Europas von einer Last sein, die es nicht mehr tragen kann.

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://m.vz.ru/opinions/2025/10/27/1369494.html>
- 2 Timofej Bordatschow, Doktor der Politikwissenschaften, Wissenschaftlicher Leiter des CCEIS (Zentrums für umfassende europäische und internationale Studien) der Nationalen Forschungsuniversität Higher School of Economics, Programmdirektor des Internationalen Diskussionsklubs »Waldai«, Mitglied des RIAC (Russische Rat für Internationale Angelegenheiten; gemeinnützige Organisation, die sich auf die Durchführung von Forschungsarbeiten im Bereich der internationalen Beziehungen und die Entwicklung praktischer Empfehlungen zum Nutzen russischer Regierungsbehörden, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und anderer Organisationen mit Schwerpunkt auf außenpolitischen Aktivitäten konzentriert)

Der Teufel steckt im Detail¹

Warum der deutsche Verteidigungsminister den Krieg gegen Russland erklärt

Maria Chorolskaja² über die Militarisierung Deutschlands und woher das Jahr 2029 kommt

21.11.2025

In der Öffentlichkeit wird unermüdlich über Krieg gesprochen. Nicht mehr und nicht weniger als über einen Krieg zwischen der NATO und Russland, der angeblich 2029 oder sogar noch früher beginnen könnte. Darüber sprach kürzlich unter anderem der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius.

Und das ist nicht die erste derartige Äußerung des Politikers. Letztes Jahr sagte Pistorius, dass Deutschland bis 2029 kriegstüchtig sein müsse. Kriegstüchtig ist für das heutige Deutschland ein ziemlich scharfer Begriff. In unserem Land löste diese Äußerung noch größere Empörung aus – der Begriff wurde mit »kriegsbereit« übersetzt, obwohl »kampfbereit« genauer gewesen wäre.

Wie soll man den Anderen sonst verstehen?

Ich denke, die Schwierigkeit liegt nicht nur und nicht so sehr in der Übersetzung vom Deutschen ins Russische, sondern in der Übertragung den Krieg betreffender Fachbegriffe in die öffentliche Rhetorik. In seinem letzten Interview und früheren Äußerungen sprach Pistorius davon, dass Russland bis 2029 über ausreichendes militärisches Potenzial verfügen werde, um eines der NATO-Länder anzugreifen. Daraus folgt jedoch nicht, dass Moskau nach Ansicht Berlins eine Aggression plant.

Woher kommt das Datum 2029? Wahrscheinlich basiert dieser Zeitrahmen auf spekulativen Berechnungen, die auf westlichen Vorstellungen über die Geschwindigkeit des Ausbaus der russischen Verteidigungsproduktionskapazitäten und der Beschaffung von Waffen beruhen. Dementsprechend muss Deutschland laut Pistorius bis dahin kriegstüchtig sein.

Wenn der Verteidigungsminister also davon spricht, dass ein Krieg beginnen könnte, meint er damit nicht den Willen der Parteien, sondern deren Kräfte und Möglichkeiten.

Wozu? Warum? Wofür? Für wen?

Pistorius' Rhetorik richtet sich in erster Linie an ein heimisches Publikum und soll die deutschen Bürger von der Notwendigkeit zuvor unpopulärer Militärreformen überzeugen.

Tatsache ist, dass Verteidigungsausgaben in Deutschland lange Zeit keine Unterstützung fanden und das Amt des Verteidigungsministers als »Erschießungsposen« galt. Dies hatte sowohl historische und politische als auch sozioökonomische Gründe. Die Aufarbeitung der dunklen Seiten ihrer Vergangenheit führte bei einem Teil der Deutschen zu einer ablehnenden Haltung gegenüber jeglicher Form von Militarismus. Gleichzeitig hielten es sowohl die Bevölkerung als auch das offizielle Berlin nach dem Ende des Kalten Krieges für unlogisch, inmitten Europas und unter dem Schutz von Artikel 5 des NATO-Vertrags Geld für die Verteidigung auszugeben, anstatt es für die Entwicklung des Landes zu verwenden. Mehr noch, Deutschland hat seit den 1990er Jahren seine Rüstung und militärische Ausrüstung konsequent reduziert. Nach den weltweiten Wirtschaftskrisen sparte die BRD in erster Linie beim Verteidigungshaushalt. So hat das Land 2011 sogar auf die allgemeine Wehrpflicht verzichtet. Junge Menschen waren nicht daran interessiert, einen Vertrag beim Militär abzuschließen, die Zahl der Bundeswehrangehörigen ging zurück, das Durchschnittsalter der Streitkräfte stieg.

Dementsprechend ist es das Ziel von Boris Pistorius, eine »Zeitenwende« in den Köpfen herbeizuführen. Er

muss die Deutschen von der Notwendigkeit unpopulärer Maßnahmen überzeugen: einer systematischen Aufstockung des Verteidigungshaushalts, der Anschaffung von Militärtechnik, einer Reform der Wehrpflicht und einer Lockerung der Beschränkungen für den Waffenexport. Schließlich muss man irgendwie junge Menschen motivieren, zum Militär zu gehen, die Wissenschaft davon überzeugen, aktiver mit dem militärisch-industriellen Komplex zusammenzuarbeiten, und Ökonomen dazu bringen, die Augen vor dem Anstieg der Staatsverschuldung zu verschließen.

Die Wirtschaft der BRD steht derzeit vor einer Reihe von Herausforderungen, insbesondere dem Rückgang des BIP-Wachstums und der Gewinne der führenden Unternehmen. Die Regierungskoalition streitet über Sanierungsmaßnahmen – sollen Steuern gesenkt oder Sozialprogramme gekürzt werden? Die einzige Möglichkeit, zu erklären, warum in einer solchen Situation in die Bundeswehr investiert werden muss, ist die Darstellung einer gewissen militärischen Bedrohung.

Wird er verstehen, wovon du lebst?

Aber findet neben den lautstarken Erklärungen in Deutschland tatsächlich eine rasche Militarisierung und Vorbereitung auf einen Konflikt im Jahr 2029 oder früher statt? Das stimmt nur teilweise.

In der BRD findet tatsächlich die tiefgreifendste Militärreform der letzten Jahrzehnte statt. Bei genauerer Betrachtung erscheint sie jedoch nicht so bedrohlich.

Erstens steigen die Militärausgaben. Im Jahr 2022 hat Berlin einen speziellen außerbudgetären Fonds für die Modernisierung der Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro eingerichtet. Anfang 2025 wurde der

Militärhaushalt aus den Beschränkungen der »Schuldenbremse« (eine Regel, die staatliche Kreditaufnahmen über 0,35 % [sic] des BIP verbietet) herausgenommen. Im kommenden Jahr 2026 sollen die Verteidigungsausgaben um 20 % steigen und bereits 108 Mrd. Euro betragen. Für die BRD sind dies gravierende Änderungen in der Haushaltsplanung, die jedoch nicht nur oder nicht so sehr mit Russland zu tun haben, sondern mit den Forderungen von US-Präsident Donald Trump, die NATO-Verpflichtungen zu erfüllen – mindestens 5 % des BIP für Verteidigung auszugeben.

Zweitens investiert Deutschland in militärische Anschaffungen. Die Zahl der bereits bei der Bundeswehr vorhandenen Waffen wird erhöht – das Verteidigungsministerium bestellt neue Panzer, gepanzerte Kampffahrzeuge und modernisierte selbstfahrende Artillerieeinheiten. Es gibt Gespräche über die Anschaffung von Waffen, die bisher in Deutschland nicht vertreten waren, darunter insbesondere Tomahawk-Raketen. Neue Programme wurden gestartet, darunter die Schaffung eines europäischen Luftverteidigungs-/Raketenabwehrsystems (European Sky Shield Initiative) und die Modernisierung der Flotte (Marine-Ziel 2035+). Allerdings werden weder die Anschaffungen noch die Programme bis 2029 umgesetzt sein, als Zeitrahmen wird Mitte der 2030er Jahre diskutiert. Darüber hinaus ist der Anstieg auf den Effekt eines niedrigen Ausgangswertes zurückzuführen und ähnelt nicht den Vorbereitungen für einen groß angelegten Konflikt.

Drittens wächst die Produktionskapazität. Dieses Wachstum ist jedoch auf eine begrenzte Anzahl von Produkten beschränkt – in erster Linie werden Fabriken zur Herstellung von Artilleriegeschossen gebaut. Und selbst die potenzielle Produktion dieser Unternehmen bleibt hinter den Anforderungen eines möglichen großen Krieges zurück. Das geplante Werk in Litauen soll »mehrere Zehntausend Schuss pro Jahr« produzieren, und das »größte Munitionswerk Europas« im deutschen Unterlüß etwa 350.000 pro Jahr. Mit anderen Worten: Das Tempo, mit dem neue Kapazitäten in Betrieb genommen werden, deutet nicht darauf hin, dass die BRD und der deutsche militärisch-industrielle Komplex sich auf einen

Angriff im Jahr 2029 vorbereiten oder tatsächlich einen groß angelegten Konflikt erwarten. Dabei ist anzumerken, dass deutsche Unternehmen groß angelegte Investitionen vermeiden, da sich Investitionen in diesem Bereich ohne einen Konflikt nicht amortisieren würden. Deshalb muss in den Medien die Idee einer Bedrohung aufrechterhalten werden.

Viertens steht die Verabschiedung einer Reform der Wehrpflicht bevor, die die Zahl der Bundeswehrangehörigen auf 460.000 erhöhen soll. Aber auch hier steckt der Teufel im Detail. Dieses Ziel soll nicht bis 2029, sondern bis 2035 erreicht werden. Außerdem soll die derzeitige Truppenstärke nur auf 260.000 erhöht werden, während 200.000 durch Reservisten gesichert werden sollen.

Darüber hinaus ist der Erfolg dieser Reform nicht garantiert. Das Verteidigungsministerium der BRD plant dennoch keine Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht. Berlin beabsichtigt, das sogenannte schwedische Modell zu übernehmen – deutsche Jugendliche (Jungen obligatorisch, Mädchen freiwillig) füllen spezielle Fragebögen aus und unterziehen sich einer medizinischen Untersuchung, anschließend treten die Freiwilligen ihren Wehrdienst an (es ist von einer Dauer von sechs Monaten die Rede). Wenn sich nicht genügend Freiwillige finden, wird eine Einberufung im Lotterieverfahren diskutiert. Dabei lässt sich natürlich nicht vorhersagen, wie viele der Dienstleistenden sich für eine berufliche Laufbahn beim Militär entscheiden werden. Das heißt, die Reform soll in erster Linie dafür sorgen, dass in der BRD eine Reserve entsteht. Außerdem werden die Probleme mit der Infrastruktur in Deutschland es in den nächsten Jahren nicht ermöglichen, eine große Zahl junger Menschen einzuziehen. Im ersten Jahr sollen nur 5.000 Personen rekrutiert werden.

Dementsprechend untermauern die Pläne für militärische Reformen nicht die Rhetorik über einen Krieg im Jahr 2029. Die Reformen basieren auf einer rationalen Planung, deren Bezugspunkt Mitte der 2030er Jahre liegt. Die Bundeswehr wird gestärkt, aber bisher nur in geringem Tempo und in moderatem Umfang. Die Rüstungskonzerne sind nicht bereit, in den Ausbau neuer Kapazitäten zu investieren, da sie keine Großaufträge erwarten.

Bedeutet dies, dass man die Entwicklung der deutschen Streitkräfte und der Verteidigungsindustrie nicht weiterverfolgen muss? Natürlich nicht. Im Gegenteil, eine Reihe von Reformen der Bundeswehr könnte in Russland, wenn auch nur zurückhaltende, so doch Besorgnis hervorrufen. Allerdings sollte man weniger auf politische Rhetorik achten als vielmehr auf konkrete Handlungen, wobei man sich bewusst sein muss, dass der Aufbau von Potenzial nicht immer bedeutet, dass man sich auf dessen Einsatz vorbereitet.

Wenn du die Quelle aufwühlst, trübst du sie

Wenn aggressive Rhetorik nicht durch entschlossene Maßnahmen untermauert wird, können wir sie dann als ungefährlich bezeichnen? Wahrscheinlich nicht. Solche Äußerungen haben mindestens drei negative Folgen.

Die erste ist die Radikalisierung der Öffentlichkeit. Pistorius versucht, die Bevölkerung davon zu überzeugen, die Verteidigungsausgaben zu unterstützen, aber er kann nicht kontrollieren, wie seine Reden aufgenommen werden. Alarmistische Rhetorik wird oft von noch provokanteren Rednern aufgegriffen und verschärft. So sagt der Historiker Sönke Neitzel, dass wir möglicherweise 2025 den letzten friedlichen Sommer genossen haben. Er trat auch mit radikalen Thesen im Verteidigungsausschuss des Bundestages auf und forderte die Einführung einer teilweisen Wehrpflicht, falls es nicht genügend Freiwillige geben sollte. Die Äußerungen von Medienpersönlichkeiten und Experten beeinflussen natürlich die Bevölkerung – laut Umfragen fürchten 56 % der deutschen Bürger einen großen Krieg in Europa.

Zweitens: die Politisierung der Expertise und ein neuer politischer Stil. Während früher der Verteidigungsbereich in Deutschland professionellen Militärs und Experten vorbehalten war, erlauben sich Politiker heute, ohne entsprechende Qualifikation mit scharfen Äußerungen aufzutreten. Man muss nur die kriegesischen Äußerungen des CDU-Vertreters Jürgen Hardt und die zurückhaltenen Kommentare einiger NATO-Offiziere zum Vorfall

mit den russischen MiG-31 im estnischen Luftraum vergleichen. Es ergibt sich eine etwas paradoxe, wenn auch logische Situation: Deutsche Militärs zeigen sich zurückhaltender als die Politik.

Drittens: In Ermangelung eines Dialogs zwischen Russland und der BRD werden zweideutige Äußerungen noch gefährlicher. Ich habe damit begonnen, dass der Satz »Der Krieg zwischen Russland und der NATO könnte bereits 2029 beginnen« unterschiedlich interpretiert werden kann. Und angesichts der allgemeinen Spannungen besteht ein großes Risiko, dass jede Seite die radikalste Interpretation wählt.

Ich fasse zusammen. Meines Erachtens sind die kriegesischen Äußerungen des deutschen Verteidigungsministers in erster Linie durch interne Aufgaben motiviert und die tatsächlichen Militärreformen nicht an das Jahr 2029 (oder früher) gebunden. Und das Tempo der Militarisierung bis Mitte der 2030er Jahre (zumindest bis jetzt) deutet nicht auf eine bewusste Vorbereitung auf einen Konflikt hin. Natürlich ist der fehlende Wunsch nach einem Konflikt nicht automatisch eine Garantie dafür, dass dieser auch verhindert wird. Deshalb sollten alle gleichzeitig darüber nachdenken, wie man die Risiken verringern oder zumindest die Spannungen abbauen kann.

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://www.imemo.ru/news/massmedia/text/kolonka-marii-horolyskoy-na-sayte-ia-tass>
- 2 Maria Chorolskaja, Dr. der Politikwissenschaften, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Nationalen Forschungsinstitut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen namens E.M. Primakow der Russischen Akademie der Wissenschaften

Wie wird Europa gegen Russland kämpfen, wenn es dazu kommt?¹

Boris Dshereljewski, Militärexperte

15.12.2025

Über Europa schwebt das Gespenst eines Krieges mit Russland, dessen Beginn sogar schon auf das Jahr 2030 datiert wird. Aber was kann sich bis dahin noch ändern? Erstens könnten die Franzosen und Briten versuchen, sich taktische Atomwaffen zu beschaffen, um die zweifelhafte Idee eines »begrenzten Atomkrieges« umzusetzen.

Der tschechische Präsident Petr Pavel sagte, dass ein Sieg Russlands in der Ukraine eine strategische Niederlage für die gesamte »zivilisierte Welt« bedeuten würde. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán äußerte sich noch deutlicher: Die europäischen Staats- und Regierungschefs hätten beschlossen, bis 2030 Krieg gegen Russland zu führen. Viele europäische Staats- und Regierungschefs bezeichnen unser Land offen als Hauptfeind, und bei Militärübungen verzichten sie auf die in solchen Fällen übliche Verschleierung.

Europa militarisiert sein eigenes Leben: Es baut seine Armeen aus, bereitet die Wehrpflicht vor, errichtet Luftschutzbunker und Kommunikationswege zur zukünftigen Front, legt Waffen- und Munitionsvorräte an und bereitet die Bevölkerung auf Maßnahmen im Falle eines nuklearen Angriffs vor. Und das ist kein Zufall. Wladimir Putin hat erneut erklärt, dass wir nicht vorhatten und nicht vorhaben, die EU-Länder anzugreifen, aber bereit sind, jederzeit auf Aggressionen zu reagieren. Er warnte, dass Europa keine schonenden »chirurgischen Eingriffe« zu erwarten habe – ein Angriff würde dazu führen, dass es sehr bald »niemanden mehr geben würde, mit dem man verhandeln könnte«.

Damit wird das im Westen heute so beliebte Konzept »den Frosch im kalten Wasser kochen« faktisch zunichte gemacht, das eine schrittweise Eskalation vorsieht, bei der der Gegner den Moment für eine vernichtende Antwort verpasst und erst reagiert, wenn er bereits »gekocht« ist.

Moskau macht jedoch deutlich, dass dies nicht geschehen wird – die erste ernsthafte Provokation, und alle europäischen Vorbereitungen mit allgemeiner Mobilmachung, der Schaffung eines Euro-Panzers und dem Bau von Nachschubstraßen werden sich als sinnlos erweisen – niemand wird auf dem Land gegen sie kämpfen.

In Europa versucht man jedoch trotz der ganz konkreten Worte des russischen Präsidenten, sich selbst davon zu überzeugen, dass die Russen dies nicht tun werden. Und dabei geht es nicht um den berühmten Satz von Brzezinski: »Russland kann so viele Atomköfferchen und Atomknöpfe haben, wie es will, aber da 500 Milliarden Dollar der russischen Elite in unseren Banken liegen, überlegen Sie sich noch einmal: Ist das Ihre Elite oder schon unsere? Ich sehe keine einzige Situation, in der Russland sein nukleares Potenzial nutzen würde.« Der EU selbst hat, nicht gerade klug, den russischen Eliten ihren »sicheren Hafen« im Westen genommen, indem sie ihre Vermögenswerte beschlagnahmt und eingefroren hat und damit das Hindernis beseitigt hat, von dem der amerikanische Politologe sprach.

Und wenn immer mehr europäische Durchschnittsbürger vom Gift der Russophobie vergiftet sind, wissen die Entscheidungsträger doch, dass es nicht die Russen waren, die Köln, Hamburg und Dresden niedergebrannt haben, und sie können sich nur schwer vorstellen, dass die Nachkommen der großmütigen Sieger sich einfach so den »blühenden Garten« der EU nehmen und von der Weltkarte tilgen würden.

Weder die UdSSR noch Russland neigen dazu, darüber zu sprechen, welche Städte und Objekte eines potenziellen Gegners sie angreifen wollen, weshalb ihre Gegner selbst ein wahrscheinliches Szenario einer zukünftigen Katastrophe entwerfen müssen. Und in keinem der Szenarien eines nuklearen Konflikts mit Russland gehen

europäische Experten davon aus, dass unser Land die EU auf einen Schlag vernichten würde. Sie entwickeln Varianten mit vorläufigen »Entwaffnungsschlägen«, ähnlich denen, die von NATO-Strategen geplant wurden. Nach diesen Berechnungen führen die Streitkräfte der RF einen »präventiven« Schlag mit taktischen Atomwaffen gegen wichtige, aber dünn besiedelte Objekte durch und fordern von Europa die Kapitulation.

So erklärte beispielsweise die Financial Times im Jahr 2024 unter Berufung auf geheime Dokumente, dass Russland nur 32 Ziele in Europa angreifen werde, und zwar aus irgendeinem Grund nur mit den Streitkräften der Nordflotte. Raketen mit Atomsprengköpfen würden laut Angaben der britischen Zeitung Seestützpunkte, Radarstationen, Stützpunkte der norwegischen und deutschen Spezialeinheiten, U-Boot-Werften in England und einige französische Häfen treffen. Andere vorgestellte Szenarien, die auf Annahmen westlicher Experten oder »durchgesickerten geheimen Plänen« basieren, sprechen ebenfalls von einem »präventiven« Schlag mit taktischen Atomwaffen.

Wenn man davon ausgeht, dass sich der Atomkonflikt in der Alten Welt tatsächlich schrittweise entwickeln wird, ist es interessant, wie die Europäer darauf reagieren könnten, insbesondere angesichts der Tatsache, dass die USA heute ganz klar zu verstehen geben, dass sie nicht beabsichtigen, sich in einen militärischen Konflikt einzumischen, den die EU-Länder und Großbritannien auslösen wollen.

In diesem Zusammenhang hat Europa nur zwei Reaktionsmöglichkeiten: entweder sofort kapitulieren oder einen Atomschlag durchführen und den Konflikt damit auf die höchste Eskalationsstufe bringen. Tatsache ist, dass Frankreich und Großbritannien nicht über taktische Atomwaffen für eine symmetrische Reaktion

verfügen. Der Atomsprengkopf der französischen luftgestützten Flügelrakete ASMP-A (von denen die französischen Streitkräfte 60 Stück besitzen) mit einer Sprengkraft von 150 bis 300 kt wird von den Franzosen selbst als »substrategisch« bezeichnet, von unserem Militär jedoch als Munition von durchaus strategischer Bedeutung angesehen. Eine Reaktion der britischen und französischen Nuklearstreitkräfte auf einen hypothetischen taktischen Schlag Russlands würde also bedeuten, dass der Konflikt auf eine strategische Ebene übertragen würde und die Zerstörung Europas garantiert wäre. Eine »Begrenzung des Konflikts auf die taktische Ebene« ist unmöglich.

Der französische Präsident Macron erklärte im Oktober 2020, dass »die Nuklearstreitkräfte Frankreichs in der Lage sind, den Machtzentren jedes Staates – seinen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Nervenzentren – absolut inakzeptablen Schaden zuzufügen«. Natürlich ist jeder durch Atomwaffen verursachte Schaden inakzeptabel. Aber die strategischen Rakentruppen Russlands sind in der Lage, die gesamte europäische Flanke der NATO vollständig zu zerstören. Und die beiden Atommächte Europas – Großbritannien und Frankreich – werden Russland unter keinen Umständen zerstören können. Ihr gesamtes Arsenal umfasst 515 Sprengköpfe – damit werden sie Russland sicherlich nicht zerstören können.

Vielleicht wollen die Europäer einfach als Erste zuschlagen und alles auf einmal entscheiden? Gemäß seiner Nukleardoktrin lässt Frankreich den Ersteinsatz von Atomwaffen zu, um »die Abschreckung wiederherzustellen«. Aber selbst ein Präventivschlag gibt Europa keine Überlebenschance. Ein Teil ihrer Raketen würde von der russischen Raketenabwehr abgefangen werden, und in jedem Fall würde das System »Perimeter« (automatisiertes System, das die Kontrolle über einen massiven Vergeltungsschlag hat, D. G.) greifen.

Das Bewusstsein dieser Sackgasse zwingt die europäischen Staats- und Regierungschefs dazu, den Beginn des Krieges auf die Jahre 2028–2030 zu verschieben. Aber was kann sich bis dahin ändern? Erstens könnten die Franzosen und Briten versuchen, sich taktische Atomwaffen zu

beschaffen, um die zweifelhafte Idee eines »begrenzten Atomkrieges« umzusetzen.

Auf der Berliner Sicherheitskonferenz im November sprach sich der Vorstandsvorsitzende von Airbus, René Obermann, für den Erwerb taktischer Atomwaffen aus, die ein »starkes Signal der Abschreckung« gegenüber Russland darstellen würden. »Deutschland, Frankreich, Großbritannien und andere interessierte EU-Mitgliedstaaten müssen sich auf ein einheitliches, schrittweises Programm zur nuklearen Abschreckung einigen, das in erster Linie die taktische Ebene umfasst. Ich denke, das wäre ein starkes Zeichen der Abschreckung«, erklärte Obermann und beklagte, dass es »keine einheitliche europäische Doktrin zur Abschreckung oder Reaktion auf einen begrenzten Nuklearschlag gibt«.

Aber das Wichtigste bei der Festlegung einer Frist für einen neuen Krieg ist wohl die Hoffnung, dass es nach Trumps Abgang gelingen wird, die USA darin hineinzuziehen. Dieser Plan ist nicht weniger abenteuerlich als die Idee eines »begrenzten Atomkrieges«. Tatsache ist, dass Washington schon lange vor Trump den Wunsch hatte, einen möglichen Krieg mit Russland auf Europa zu beschränken. Und zwar am 2. Mai 1983, als das Kommando- und Stabs-Spiel »Der stolze Prophet« Ronald Reagan davon überzeugte, dass selbst die »schonendsten« Varianten eines nuklearen Konflikts zwischen den USA und der UdSSR zur faktischen Zerstörung der gesamten nördlichen Hemisphäre führen würden. Gleichzeitig führte der auf die Alte Welt beschränkte Konflikt laut den Ergebnissen des Spiels zum Untergang der gesamten europäischen Flanke der NATO und eines Teils der UdSSR.

Alle nachfolgenden US-Führer haben eine direkte Kriegsführung gegen die UdSSR und Russland nicht einmal in Betracht gezogen. Seit Russland nach den 1990er Jahren wieder zu erstarken begann, wurde in Washington die Idee populär, seine »Abschreckung« den europäischen Verbündeten zu übertragen. Zumal die Strategischen Raketruppen Russlands über Waffen verfügen, denen heute niemand mehr etwas entgegenzusetzen hat. Es ist also äußerst unwahrscheinlich, dass die USA in einen von den Briten und Franzosen ausgelösten Atomkrieg eintreten würden. Washington könnte höchstens »für sie Rache

nehmen« – allerdings um den Preis seines eigenen Untergangs.

Die einzige realistische Option für einen Krieg Europas gegen Russland, bei der ein sofortiger Untergang vermieden werden kann, bleibt ein Stellvertreterkrieg nach ukrainischem Vorbild. Das Problem ist jedoch, dass derzeit keines der osteuropäischen Länder bereit ist, den Platz der Ukrainer einzunehmen. Das Gefährliche an Eskalationsspielen ist jedoch, dass sich leicht außer Kontrolle geraten und sich außerhalb des Szenarios entwickeln.

Anmerkungen

1 Quelle: <https://m.vz.ru/opinions/2025/12/15/1379827.html>

Ist es an der Zeit, dass Moskau aufhört, sich vor einer »Ukraine in der NATO« zu fürchten?¹

Alexander Kolbin²

06.10.2025

Eine Woche nach Beginn der militärischen Spezialoperation schrieb ich, dass eine der für Moskau potenziell akzeptablen Lösungen für den Konflikt die Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union wäre. Damals, im Frühjahr 2022, mitten in den ersten Istanbuler Verhandlungen, hätte ein Verzicht der RF auf die Einwände gegen die wirtschaftliche Integration Kiews in die EU einen Kompromiss zwischen den europäischen Bestrebungen der Ukraine und der grundsätzlichen Position Moskaus hinsichtlich der Notwendigkeit eines »neutralen, blockfreien Status« seines Nachbarn dargestellt.

Zu diesem Zeitpunkt schien mir – und vielen anderen – dies ein akzeptabler Ausweg aus der heißen Phase des Konflikts zu sein.

Nach dreieinhalb Jahren eines Stellungskrieges (der für die RF und die Ukraine wenig gebracht hat) hat Moskau auf höchster Ebene erneut erklärt, dass die Mitgliedschaft der Ukraine in der EU für Russland unter dem Gesichtspunkt möglicher Bedingungen für eine Beilegung des Konflikts akzeptabel ist, jedoch weiterhin auf einem neutralen Status Kiews bestanden wird. Es ist jedoch anzumerken, dass der im Frühjahr 2022 theoretisch möglich gewesene Kompromiss natürlich nicht derselbe ist wie der im Herbst 2025 theoretisch mögliche.

Erstens hat sich die entscheidende Dimension jeder Kriegführung – das Kräfteverhältnis der gegnerischen Seiten – erheblich verändert. Die Tatsache, dass die Kampfhandlungen seit fast vier Jahren andauern und immer häufiger von einer Pattsituation die Rede ist, deutet darauf hin, dass ein gewisses taktisches Gleichgewicht erreicht wurde – eine Situation, an die im Februar 2022 in Russland kaum jemand gedacht hätte.

Die Streitkräfte der Ukraine im Januar 2022 und die ukrainischen Streitkräfte im Oktober 2025 sind objektiv gesehen zwei verschiedene Welten.

Nach 45 Monaten Konflikt hat die Integration der ukrainischen Streitkräfte in die Militär- und Rüstungsstandards der westlichen Verbündeten der Ukraine meiner Meinung nach längst alle Anforderungen des »MAP« (Membership Action Plan) in der NATO übertroffen, um dessen formellen Start Kiew seit dem Gipfeltreffen in Bukarest 2008 gekämpft hat (während Moskau sich aktiv dagegen gewehrt hat). Die Beteiligung westlicher Militärinstrukteure an der Ausbildung ukrainischer Soldaten und an der direkten Durchführung von Kampfhandlungen, die faktische Umrüstung der ukrainischen Streitkräfte mit westlicher Technik und der regelmäßige Austausch von Geheimdienstinformationen zeigen seit langem, dass die ukrainischen Streitkräfte, wenn sie auch kein formelles Mitglied der NATO sind, de facto im Rahmen der Standards, Politiken und Protokolle des Bündnisses agieren.

Zweitens kann in einer anderen – umfassenderen – Dimension der Geopolitik und Geoökonomie die »Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO« nicht mehr als etwas »Außergewöhnliches« für die Sicherheit an den westlichen Grenzen der RF angesehen werden. Hätte vor dem aktuellen direkten militärischen Konflikt die Mitgliedschaft der Ukraine im Bündnis zum Verlust der Kontrolle der RF über die nördliche Schwarzmeerregion und zu gewissen hypothetischen Bedrohungen für den europäischen Teil der RF (einschließlich der Stationierung hochpräziser Waffen auf ukrainischem Territorium) führen und in einem möglichen »zukünftigen Konflikt mit der NATO« münden können, so erscheinen heute ähnliche Begründungen für die Besorgnis über die »euro-atlantische Entscheidung der Ukraine« weitgehend sinnlos.

Einerseits ist die nördliche Schwarzmeerregion bis nach Cherson von russischen Truppen besetzt, andererseits wird das europäische Territorium der RF seit mehreren Jahren regelmäßig mit eben diesen hochpräzisen NATO-Systemen beschossen, ohne dass die Ukraine formell Mitglied der NATO ist. Die Befürchtungen Russlands hinsichtlich der Ablehnung des blockfreien Status durch die Ukraine verlieren ihren Sinn, da die Gefahren einer solchen Ablehnung außerhalb eines völkerrechtlichen und formellen Verfahrens wie dem MAP realisiert wurden.

Drittens zeigen die jüngsten Ereignisse im Zusammenhang mit dem Auftauchen von unbemannten und bemannten Flugzeugen im Luftraum formaler NATO-Mitglieder, die offensichtlich von den östlichen Grenzen des Bündnisses aus dorthin gelangt sind, bislang nur, dass die sogenannten »roten Linien«, die in den fast vier Jahren des Konflikts zu einem appellativen Wort geworden sind, unter den NATO-Mitgliedern ungefähr dieselben Attribute haben wie im politischen Diskurs der beiden unmittelbaren Konfliktparteien. Um es klar zu sagen: Der berüchtigte »Artikel 5« des Nordatlantikvertrags ist derzeit eine ebenso ernstzunehmende »Garantie« wie die Moskauer Drohungen mit einem »Tag des Jüngsten Gerichts« wegen Raketenangriffen auf die Krim. Und wenige Wochen nach der Eskalation an der Ostflanke scheinen beide Seiten trotz der Alarmstimmung in den Massenmedien erneut eine Deeskalation ihrer Gegenrhetorik und -maßnahmen zu bevorzugen.

In dieser neuen Realität Ende 2025 kann die Perspektive einer »NATO-Mitgliedschaft der Ukraine« nicht mehr dieselben Merkmale aufweisen wie die Befürchtungen beispielsweise aus dem Jahr 2021.

Welche Bedeutung hat Formalität, wenn praktisch alle Folgen der Drohung (einschließlich, wie wir hören,

sogar der potenziellen Lieferung von »Tomahawks« für Angriffe auf Russland) realisiert sind?

Und welche Bedeutung hat die Mitgliedschaft (oder Nichtmitgliedschaft) der Ukraine in einem Block, der praktisch nicht auf Ereignisse im Luftraum seiner formellen Mitglieder reagiert?

Im aktuellen Kontext der »Gesprächsbereitschaft«, die sowohl aus Moskau als auch aus Kiew zu hören ist, könnte die oben angeführte Logik weit mehr bedeuten als nur einen weiteren Ansatz für die unüberwindbar schwere Aufgabe einer »friedlichen Beilegung der Ukraine-Krise«. Den Erklärungen Moskaus nach zu urteilen, löst die Aussicht auf eine europäische Entscheidung der Ukraine dort nicht mehr die gleichen Emotionen aus wie beim Maidan 2013. Die objektive Realität einer tiefgreifenden Integration der ukrainischen Streitkräfte in die militärischen Standards und Praktiken der NATO sowie die Beteiligung einzelner Mitglieder des Bündnisses an der Vorbereitung und Steuerung von Angriffen der ukrainischen Streitkräfte auf das Territorium der RF deuten darauf hin, dass der »neutrale« (und, geben wir es zu, pro-russische) Status der Ukraine nicht nur in wirtschaftlicher oder kultureller, sondern auch in militärischer Hinsicht der Vergangenheit angehört. Und je länger der Konflikt andauert, desto klarer wird die Notwendigkeit, Verhandlungen nicht auf der Ebene Moskau-Kiew, sondern auf der Ebene Moskau-Kiew unter Berücksichtigung der bereits bestehenden Bündnisbeziehungen der Parteien zu führen.

In der Praxis bedeutet dies, dass Sicherheitsinteressen, die in künftigen Verhandlungen zum Ausdruck kommen,

in erster Linie die tatsächliche Lage und nicht emotionale Präferenzen berücksichtigen werden. Das bedeutet, dass die »Interessen« und »Bedrohungen« der Sicherheit der Parteien in einem breiteren Kontext diskutiert werden müssen, nämlich dem Konflikt zwischen Russland und dem Westen (und nicht dem Konflikt zwischen den Streitkräften der RF und den Streitkräften der Ukraine), den Beziehungen zwischen dem Westen und China (als Verbündetem Russlands) sowie den Beziehungen zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden. Und dann werden die bereits eingenommenen Bündnispositionen der Parteien – beispielsweise der Ukraine mit der NATO und Russlands mit China – wahrscheinlich wichtige Ausgangspunkte für Verhandlungen sein und keine Hindernisse für deren Organisation.

Genau in diese Richtung entwickeln sich heute die Positionen sowohl Russlands als auch des Westens, wenn es um Thesen wie »eurasische Sicherheit unter Beteiligung der NATO« seitens Moskaus oder »verstärkter Druck auf China und Indien« seitens des Westens geht. In diesem Zusammenhang wird die Forderung nach einem »neutralen, blockfreien Status« der Ukraine – die der bereits bestehenden (und sehr blutigen) objektiven Realität widerspricht – meiner Meinung nach ebenfalls in Richtung einer Art umfassender Teilung (und eines Kompromisses) in Sicherheitsfragen in den Beziehungen zwischen Ost und West und nicht nur zwischen Moskau und Kiew entwickeln. Die Alternative zu einem solchen Kompromiss wäre im Vergleich zu den hypothetischen Vorteilen zu beängstigend.

Anmerkungen


- 1 Quelle: <https://globalaffairs.ru/articles/ukraina-v-nato-kolbin/>
- 2 Alexander Kolbin, Experte für internationale Sicherheit.

Plan-28¹

Alexander Agejew²

25.11.2025

In ausländischen Medien erschien der vollständige Text des sogenannten Plans 28, den die Trump-Administration zur Beilegung des Konflikts in der Ukraine vorgeschlagen hatte. Anschließend wurde er auch in russischen Quellen abgedruckt. Nach Angaben westlicher Medien waren US-Außenminister Marco Rubio, Sonderbeauftragter des Präsidenten Steve Witkoff, Vizepräsident Jay D. Vance, Trumps Schwiegersohn Jared Kushner sowie der Sonderbeauftragte des russischen Präsidenten Kirill Dmitrijew an der Ausarbeitung dieses Dokuments beteiligt. Der vollständige Text des Plans 28 kann im Anhang zu diesem Kommentar eingesehen werden. D. Trump gab Selenski bis zum 27. November Zeit, diesen Plan anzunehmen, woraufhin der Kreml mit der Reaktion folgte, dass »der Plan nicht konkret diskutiert wurde« und »zuerst mit Kiew eine Einigung erzielt werden muss«. Die Tonalität der offiziellen russischen Medien ist jedoch insgesamt eher loyal gegenüber dem Plan 28, es gab sogar Informationsveröffentlichungen, wonach eine positive öffentliche Meinung zu diesem Dokument gebildet werde. Auf jeden Fall verdient dieses Thema Beachtung. Der vollständige Text des Plans 28 ist unten im Anhang zu diesem Kommentar zu finden.

Vergleichen wir zunächst Plan-28 mit den Bedingungen für eine endgültige Beilegung des Konflikts in der Ukraine, die der russische Präsident W. W. Putin am 14. Juni 2024 bei einem Treffen mit der Führung des russischen Außenministeriums verkündet hat (siehe dazu den Kommentar »Gibt es keine dritte Option?« vom 18. Juni 2024):  Dies sind: (1) ein neutraler, blockfreier (Verzicht auf einen NATO-Beitritt) und atomwaffenfreier Status der Ukraine, (2) die Entmilitarisierung und Entnazifizierung, (3) die vollständige Gewährleistung der Rechte, Freiheiten und Interessen der russischsprachigen Bürger in der Ukraine, (4) die »Anerkennung der neuen territorialen Realitäten, des Status der Krim, Sewastopols, der Volksrepubliken Donezk und Lugansk

der Oblaste Cherson und Saporoschje als Subjekte der Russischen Föderation« in ihren Verwaltungsgrenzen von 1991, (5) die Festschreibung dieser grundlegenden und prinzipiellen Bestimmungen in Form von »fundamentalen internationalen Vereinbarungen«, (6) die Aufhebung aller westlichen Sanktionen gegen Russland. Es wird besonders betont, dass (7) es nicht um eine Einfrierung des Konflikts geht, sondern um dessen endgültige Beendigung, was (8) »die Wiederherstellung von Vertrauen und gutnachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und der Ukraine sowie in ganz Europa« ermöglichen wird. Darüber hinaus soll (9) ein »unteilbares System der eurasischen Sicherheit geschaffen werden, das die Interessen aller Staaten des Kontinents ohne Ausnahme berücksichtigt«.

Punkt 6 (über die Aufhebung aller westlichen Sanktionen) sieht auch die Rückgabe aller russischen Währungsreserven vor. Punkt 14 des Plans-28 hält etwas anderes fest – die Zahlung von Reparationen durch Russland aus den eingefrorenen Währungsreserven. Reparationen sind immer ein »Privileg« der unterlegenen Seite.

Es gibt jedoch eine Nuance. Russland betont »Flexibilität« und »Bereitschaft zur Konfliktlösung«. Das ist nicht nur Rhetorik. Russland hat beides schon mehr als einmal unter Beweis gestellt. Unklar ist auch, wie der sogenannte Geist von Anchorage die am 14. Juni 2024 verkündete Position beeinflusst hat. Steve Witkoff äußerte sich in einem Interview mit Fox News wie folgt: »Beim ersten Treffen in Alaska machten die Russen fast sofort Zugeständnisse. Ein Teil dieser Zugeständnisse bestand darin, herauszufinden, ob wir sehen können, dass die Russen kompromissbereiter geworden sind.« Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete, dass Russland angeblich folgenden Deal vorgeschlagen habe: »Kiew zieht seine Truppen vollständig aus den östlichen Gebieten der Oblaste Donezk und Lugansk ab, im Gegenzug verspricht Russland, die Frontlinien in den südlichen Oblasten wie Cherson und

Saporoschje einzufrieren.« Diese These deckt sich mit Punkt 21 des Plans-28.

Es ist jedoch sicher bekannt, dass Donald Trump während seines Treffens mit Wladimir Putin in Alaska vorgeschlagen hat, den Konflikt in der Ukraine entlang der Frontlinie einzufrieren, was der russische Präsident jedoch abgelehnt hat. Genau aus diesem Grund sagte Trump, nachdem er nicht das Gewünschte erreicht hatte, das geplante Mittagessen und das Treffen zu Wirtschaftsfragen ab, zu dem die Teilnehmer beider Seiten nach vorheriger Absprache angereist waren. Später lehnte Selenski es rundweg ab, die ukrainischen Streitkräfte aus den Oblasten Donezk und Lugansk abzuziehen. Selbst wenn es also einen solchen Vorschlag von russischer Seite gegeben hätte, hätte er aufgrund der Haltung der ukrainischen Behörden seine Aktualität verloren. Dennoch tauchte er im Plan-28 auf. Jeder Schritt in der komplexen und vielschichtigen Interaktion zwischen der RF und den USA wird aufgezeichnet und sorgfältig analysiert. Diplomatisches Manövrieren kann seine Nachteile haben.

Man darf das angelsächsische Verhaltensmodell nicht außer Acht lassen, das Trump mit seiner Geschäftserfahrung zu einem forschenden Modell von »Druck und Ansturm« weiterentwickelt hat. Jeder Kompromiss und jedes Zugeständnis des Partners werden als Schwäche wahrgenommen. In der nächsten Runde wird sein Angebot in der Regel härter ausfallen als das vorherige. Allerdings wird auch die Methode des absurd hohen Einsatzes angewendet, um später das Gewünschte herauszuholen.

Da Russland mit den USA ein strategisches nukleares Gleichgewicht aufrechterhält, hat es allen Grund, sich im politisch-diplomatischen Spiel entschlossener zu verhalten. Schließlich gelang es W. W. Putin mit einem einzigen Telefonat mit Donald Trump am 16. Oktober, den Einsatz von »Tomahawks« in der Ukraine zu stoppen (siehe dazu den Kommentar »Wird der militärische Spezialoperation in Budapest enden?« vom 21. Oktober). Die Details und

die vom russischen Präsidenten vorgebrachten Argumente werden nicht veröffentlicht, aber der Faktor der strategischen nuklearen Parität und Überlegenheit bei der Entwicklung neuer Systeme schwebt in jedem Fall bei allen Kontakten mit den USA in der Luft.

Zu Beginn seiner zweiten Amtszeit wurde den Amerikanern ein ernsthaftes strategisches Zugeständnis gemacht: Russland stimmte der Rolle der USA als Vermittler in den Verhandlungen über die Ukraine zu, obwohl die USA ganz klar auf einer bestimmten Seite stehen – die USA führen über die Ukraine Krieg gegen Russland. Ist es nicht Washington, das Kiew mit Waffen beliefert (wenn auch jetzt mit dem Geld der europäischen NATO-Verbündeten), sind es nicht die USA, die die ukrainischen Streitkräfte mit Geheimdienstinformationen versorgen und faktisch ihre Kampfhandlungen? Unter dem Deckmantel des Friedens zwingt der »Vermittler« Russland die Beendigung des Konflikts in der Ukraine zu amerikanischen Bedingungen auf, kontrolliert nebenbei das Ausmaß der Eskalation und handelt mit Russland mit Uran und anderen Gütern.

Die Verhandlungsposition Russlands wird jedoch durch zwei weitere Umstände erschwert. Erstens, die Zulassung verschiedener Vermittler zum Verhandlungsprozess. Die Türkei, Israel, die VAE, Katar und andere. Was den Gefangenenaustausch angeht, ist das verständlich. Aber jeder der Vermittler beanspruchte ein umfassendes Mandat. Streng genommen wurde auch der »Minsk-Prozess« von Vermittlern in Gestalt Frankreichs und Deutschlands »garantiert«, die später ohne Scheu zugaben, wie erfolgreich sie die Russen an der Nase herumgeführt hatten. Man erinnere sich auch an die hinterhältige Rolle der »Vermittler-Garanten« in den Tagen vor dem Staatsstreich in Kiew im Februar 2014. Jetzt hat Trump alle Vermittler beiseitegeschoben, wobei er jedoch die Meinungen seiner NATO-Verbündeten berücksichtigt, wenn auch nicht immer auf höfliche Weise. An sich erschwert die Verwässerung des Konfliktgegenstands durch »Vermittler« die Verhandlungstaktik.

Zweitens hat Moskau, das seit 1991 und nicht nur bis 2014, sondern auch danach faktisches Sponsor der Ukraine war, indem es ihr Hilfe in Höhe von mehr als

250 Milliarden Dollar gewährte, selbst den Status der staatlichen Souveränität der Ukraine übertrieben, als es jene Rechtsgrundlage vergaß, die die aktuelle russisch-ukrainische Tragödie grundsätzlich ausgeschlossen hätte. Von Anfang an war klar, dass der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine eine direkte Folge des Zerfalls der UdSSR und der Bildung neuer Staaten auf ihren Resten, die auf den Unionsrepubliken basieren. Und hier sind keine Vermittler und internationalen Organisationen angebracht. Dies ist eine ausschließlich interne »postsojwetische Angelegenheit«, eine Folge der geopolitischen Trennung, bei der die Ukraine grob gegen die Bedingungen dieses »Deals« und den Grundsatz des Estoppel (keine »rückwirkende« Änderung der Bedingungen des ursprünglichen Rechtsvertrags, Verbot der einseitigen Änderung der Position zum Nachteil der anderen Seite) verstoßen und damit ihr Recht auf territoriale Integrität und staatliche Souveränität verloren hat (siehe dazu den Kommentar »Die rechtlichen Labyrinth des Ukraine-Konflikts« vom 27. Mai).

Dieses Argument hat Moskau erst kürzlich in den diplomatischen Verkehr gebracht. Der russische Außenminister S. W. Lawrow erklärte am 23. September 2023 in einer Rede und bei der Beantwortung von Fragen auf einer Pressekonferenz zum Abschluss der hochrangigen Woche der 78. Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York: »Wir haben bereits 1991 die Souveränität der Ukraine auf der Grundlage der Unabhängigkeitserklärung anerkannt, die sie beim Austritt aus der UdSSR verabschiedet hat. In der Erklärung steht viel Gutes, darunter auch, dass sie die Rechte nationaler Minderheiten, der russischen (die dort ausdrücklich erwähnt wird) und anderer Sprachen achten werden. All dies wurde später in ihre Verfassung aufgenommen. In der Unabhängigkeitserklärung war für uns einer der wichtigsten Punkte, dass die Ukraine ein nichtpaktgebundenes Land sein und keinen militärischen Bündnissen beitreten würde. In dieser Fassung und unter diesen Bedingungen unterstützen wir die territoriale Integrität dieses Staates.«

Wir möchten hinzufügen, dass diese Formel es der Ukraine nicht nur ermöglichte, ihre »Unabhängigkeit« frei zu kultivieren und dabei die von ihr übernommenen

Verpflichtungen zu vergessen, sondern sich in diesem Prozess auch auf die direkte finanzielle Unterstützung Russlands zu stützen. Streng genommen reicht diese rechtliche Tatsache allein aus, um den grundlegenden Kern des Konflikts nicht zu verschleiern. In der Zwischenzeit verschachtelte sich diese bilaterale Frage wie eine Matroschka-Puppe immer mehr in die Beziehungen zwischen Russland und der NATO und führte dazu, dass Kiew faktisch auf seine Souveränität verzichtete. Mit welchen Illusionen die Gesellschaft aufgeheizt wurde und warum sie in einen politischen Rausch geriet, ist ein Thema für sich.

S. W. Lawrow hat in der UNO die Bedingungen für die Anerkennung der Ukraine klar dargelegt. Mit anderen Worten: Unter anderen Umständen, die bereits ausgereift und sogar überreif sind, hat Russland allen Grund, die territoriale Integrität der Ukraine nicht zu unterstützen und ihre staatliche Souveränität nicht anzuerkennen. Der ehemalige Teil des Landes, der sich erneut abgespalten hat, hat die Prüfung der Souveränität nicht bestanden und sie rechtlich verloren, da er die ursprünglichen Bedingungen für ihre Anerkennung verletzt hat. Um dieser Argumentation Beachtung zu schenken und sie zu respektieren, ist es nicht erforderlich, Taktische Atomwaffen anzuwenden. Es reicht aus, sich bewusst zu machen, dass der Mitbegründer der Vereinten Nationen und wichtigste Sieger des Zweiten Weltkriegs alle rechtlichen Gründe hat, um gegen eine neue Form des Nazismus zu kämpfen. Es gibt auch militärisch-politische Gründe, vor allem die Kräfte der strategischen nuklearen Abschreckung. Die »Partner« sehen diese offensichtlichen Argumente jedoch nicht oder tun so, als ob sie überhaupt nicht existieren würden oder für diesen »Fall« nicht relevant wären: a) Die Nuancen des Zerfalls der UdSSR sind Dinge aus »längst vergangenen Tagen« und b) Russland wird nicht auf »Waffen des jüngsten Gerichts« zurückgreifen, sondern auf konventionelle Mittel, und vor allem im Cyberspace hat der Westen zweifellos Trümpfe in der Hand.

Russland neigt tatsächlich zu diplomatischer Großzügigkeit. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass dies nicht ungestraft blieb. Neben Drohnen, Raketen und einer Diplomatie des »Bettelns« wird gegen Russland traditionell mehr oder weniger versteckte Täuschung eingesetzt.

Derzeit kann nicht ausgeschlossen werden, dass Russland ein neues Theaterstück vorgeführt wird, genauer gesagt eine psychologische Spezialoperation, um eine Aussetzung des Konflikts zu den eigenen Bedingungen durchzusetzen.

Einige Experten sind sogar bereit, das Risiko einer Falle zu übersehen, indem sie betonen, dass Selenski und seine europäischen Gönner immer gegen die »Friedensinitiativen« von Trump sein werden. Am 12. November heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Außenminister der G7 und des EU-Außenbeauftragten: »Wir haben bekräftigt, dass ein sofortiger Waffenstillstand notwendig ist. Wir sind uns einig, dass die derzeitige Frontlinie als Ausgangspunkt für Verhandlungen dienen sollte.« Aus den USA war Marco Rubio dabei, einer der Hauptverfasser des Plans-28.

Über den Plan-28 wird viel geschrieben. Aber nur wenige haben ein anderes Dokument bemerkt, das diesem Plan beigelegt ist. Es wurde vom Journalisten Barak Ravid von Axios veröffentlicht. Ich zitiere es vollständig:

»Vollständiger Text des Vorschlagsentwurfs der USA über Sicherheitsgarantien für die Ukraine:

Dieses Rahmenabkommen legt die Bedingungen für einen Waffenstillstand zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation fest und bietet Sicherheitsgarantien, die auf den Grundsätzen von Artikel 5 des Nordatlantikvertrags beruhen und an die Umstände dieses Konflikts und die Interessen der Vereinigten Staaten und ihrer europäischen Partner angepasst sind.

Die Vereinigten Staaten bekräftigen, dass ein erheblicher, vorsätzlicher und anhaltender bewaffneter Angriff der Russischen Föderation über die vereinbarte Waffenstillstandslinie hinweg auf das Territorium der Ukraine als ein Angriff angesehen wird, der den Frieden und die Sicherheit der transatlantischen Gemeinschaft bedroht. In einem solchen Fall wird der Präsident der Vereinigten Staaten im Einklang mit seinen verfassungsmäßigen Befugnissen und nach unverzüglicher Konsultation mit der Ukraine, der NATO und den europäischen Partnern die zur Wiederherstellung der Sicherheit erforderlichen Maßnahmen festlegen. Diese Maßnahmen können den Einsatz

von Streitkräften, nachrichtendienstliche und logistische Unterstützung, wirtschaftliche und diplomatische Maßnahmen sowie andere Schritte umfassen, die als angemessen erachtet werden. Ein gemeinsamer Bewertungsmechanismus unter Beteiligung der NATO und der Ukraine wird jede gemeldete Verletzung bewerten.

Die NATO-Mitglieder, darunter Frankreich, das Vereinigte Königreich, Deutschland, Polen und Finnland, bekräftigen, dass die Sicherheit der Ukraine ein integraler Bestandteil der Stabilität in Europa ist, und verpflichten sich, gemeinsam mit den Vereinigten Staaten auf jede qualifizierte Verletzung zu reagieren und eine einheitliche und glaubwürdige Abschreckungsposition zu gewährleisten.

Dieses Rahmenabkommen tritt mit seiner Unterzeichnung in Kraft und gilt für einen Zeitraum von zehn Jahren, mit der Möglichkeit einer Verlängerung im gegenseitigen Einvernehmen. Die Überwachung der Einhaltung des Abkommens erfolgt durch einen gemeinsamen Überwachungsausschuss unter der Leitung der europäischen Partner und unter Beteiligung der Vereinigten Staaten.

Unterzeichner: Ukraine/Russische Föderation/Vereinigte Staaten von Amerika/Europäische Union/NATO«

In der ersten Zeile des Dokuments wird der Begriff »Waffenstillstand« verwendet und nicht »endgültige Regelung«, auf dem Russland besteht. Ein Waffenstillstand ist eine Pause vor dem nächsten Krieg. Und wenn Russland beschließt, seine militärische Spezialoperation wieder aufzunehmen, muss es nicht nur gegen die NATO kämpfen, sondern als jemand, der das Abkommen mit der NATO verletzt hat. Die in dem Dokument dargelegten Garantien wiederholen Artikel 5 (über kollektive Sicherheit) der NATO. Da die Überwachung der Einhaltung des Abkommens dem Westen überlassen bleibt, wird dieser auch den Schuldigen für dessen Verletzung benennen. Nicht zum ersten Mal und wie üblich vor den Ergebnissen der Untersuchung. Darüber hinaus wird die Legitimierung eines »Waffenstillstands«, der schnell gebrochen werden wird, wie es schon mehrmals bei ähnlichen »Weihnachts-« und »Osterinitiativen« Russlands der Fall war, die Wiederaufnahme (d.h. nicht die Beendigung, nicht die Fortsetzung, sondern eben die

Wiederaufnahme) der militärischen Spezialoperation zu unterschiedlichen Reaktionen vieler Seiten führen. Das Dokument »über Garantien für die Ukraine« selbst zeigt, wie man, ohne offizielles Mitglied der NATO zu sein, im Wesentlichen, de facto und sogar de jure eines sein kann. Unterdessen verstärkt sich die Integration der ukrainischen Streitkräfte in die vereinten Streitkräfte der NATO in Europa von Monat zu Monat.

Unterdessen wurden die Bedingungen für einen Waffenstillstand in der Ukraine seitens Russlands am 14. Juni 2024 klar formuliert. Damals sagte W. W. Putin: »... Diese Bedingungen sind sehr einfach. Die ukrainischen Truppen müssen vollständig aus den Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie aus den Oblasten Cherson und Saporoschje abgezogen werden. Dabei weise ich darauf hin, dass dies für das gesamte Gebiet dieser Regionen innerhalb ihrer Verwaltungsgrenzen gilt, die zum Zeitpunkt ihres Beitritts zur Ukraine bestanden. Sobald Kiew erklärt, dass es zu einer solchen Entscheidung bereit ist, und mit dem tatsächlichen Abzug der Truppen aus diesen Regionen beginnt sowie offiziell mitteilt, dass es seine Pläne für einen NATO-Beitritt aufgibt, wird unsererseits unverzüglich, buchstäblich im selben Moment, der Befehl zum Waffenstillstand und zur Aufnahme von Verhandlungen erteilt. Ich wiederhole: Wir werden dies unverzüglich tun. Selbstverständlich garantieren wir gleichzeitig den ungehinderten und sicheren Abzug der ukrainischen Truppen und Verbände.«

Am 28. November 2024 ergänzte W. W. Putin diese These: »Ich habe keine Vorbedingungen formuliert. Ich habe nicht gesagt, dass dies die Vorbedingungen für die Aufnahme von Verhandlungen sind. Ich habe lediglich über unsere Bedingungen für den Frieden gesprochen. Meiner Meinung nach könnten die Bedingungen für einen langfristigen, nachhaltigen Frieden so und so und so aussehen. Sie sind in meiner Rede vom Juni bei einem Treffen mit der Führung des russischen Außenministeriums ausführlich dargelegt. Es gibt nichts hinzuzufügen.«

Am 1. August 2025 wiederholte der russische Präsident: »Diese Bedingungen sind natürlich unverändert geblieben. Das sind keine Bedingungen, sondern Ziele, ich habe die Ziele Russlands formuliert. Bis dahin wurde uns

gesagt, dass unklar sei, was Russland wolle. Nun haben wir sie im Juni letzten Jahres bei einem Treffen mit der Führung des Außenministeriums formuliert.«

Ich möchte noch einige Details hinzufügen. Die Beteiligung von Steve Witkoff und Jared Kushner an der Ausarbeitung des Plans-28 verweist uns auf die amerikanisch-israelische Matroschka in der Ukraine (siehe dazu den Kommentar »Matroschka in der Ukraine: Israel, USA, Ungarn« vom 5. November): »Ein entscheidender Faktor für die Aufrechterhaltung des Projekts ›Neues Jerusalem‹ ist es, Russland vom rechten Ufer des Dnjepr fernzuhalten. Daher kann Trumps beharrliche Forderung an Russland, den Konflikt an der Frontlinie einzufrieren, zwei Argumente haben: der physische Umriss der amerikanischen Kolonie in der Ukraine und der Grenze des ›himmlischen Jerusalem‹ als Projekt im Projekt.«

Punkt 9 des Plans-28 »Europäische Kampfflugzeuge werden in Polen stationiert« verweist auf das Konzept des amerikanischen Intermariums (siehe dazu den Kommentar »Das amerikanische Intermarium« vom 23. März): »Die Ukraine und Polen mit einer gemeinsamen Landgrenze von 535 km Länge bieten den USA einen breiten Korridor als Zugang sowohl zum Schwarzen Meer als auch zur Ostsee. ... Es zeichnet sich ein Projekt des ›amerikanischen Intermariums‹ ab, dessen Hauptaufgabe darin besteht, Russland abzuschrecken, und dessen implizite Aufgabe darin besteht, Russland logistisch vollständig von Europa abzuschneiden und umgekehrt.«

Die Ernennung von Dan Driscoll, Minister der US-Landstreitkräfte, zum neuen Sonderbeauftragten für die Förderung des Plans-28 durch Trump erfolgte nicht nur aufgrund der Tatsache, dass er ein Freund und ehemaliger Kommilitone des US-Vizepräsidenten Jay D. Vance an der juristischen Fakultät der Yale University ist. Bei seinem kürzlichen unangekündigten Besuch in Kiew wurde Driscoll vom Stabschef der US-Landstreitkräfte, General Randy George, begleitet. In der Ukraine findet derzeit die größte Landschlacht seit dem Zweiten Weltkrieg statt. Es ist logisch, dass die Umsetzung von Plan-28 den US-Landstreitkräften übertragen wurde, da diese aufgrund ihrer Bestimmung die Lage an der Front am besten verstehen. Die USA müssen das Kiewer Regime

auf politisch-diplomatischem Wege vor einer Niederlage retten, da sie dies militärisch nicht mehr können.

Somit stellt Plan-28 einen neuen Versuch dar, Russland zum Frieden zu zwingen, um bald, nachdem die Niederlage abgewendet wurde, wieder von vorne anzufangen. Es ist wichtig, die tiefgreifende Geopolitik und Geoökonomie des Konflikts zu erkennen. Der Krieg in der Ukraine ist in erster Linie ein Krieg um das Schwarze Meer (siehe dazu den Kommentar »Oh, Meer, Meer oder – Admiral Mahans Konzept in Aktion« vom 20. November 2023). Die militärische Geografie hat unter den Bedingungen der krisenhaften Transformation der Weltordnung wieder eine besondere strategische Bedeutung erlangt. Für Russland ist sie auch im Hinblick auf die Aufrechterhaltung des strategischen nuklearen Gleichgewichts mit den USA wichtig.

Um dieses Gleichgewicht zu brechen, strebt Washington bereits eine quantitative Aufstockung der eingesetzten Trägersysteme und Sprengköpfe an. Dies erklärte Verteidigungsminister A. R. Beloussow auf der Sitzung des Sicherheitsrates der Russischen Föderation am 5. November. Es geht darum, dass die USA sich darauf vorzubereiten, 56 Abschussvorrichtungen auf 14 U-Booten vom Typ »Ohio« wieder in Betrieb zu nehmen und sie vollständig mit ballistischen Raketen »Trident II« zu bestücken und Vorbereitungen für die Umrüstung von 30 strategischen Bombern vom Typ B-52H zu Trägern von Atomwaffen zu treffen. Angesichts des Zustands der strategischen Nuklearstreitkräfte Russlands werden diese Maßnahmen jedoch keinen grundlegenden Einfluss auf die Parität haben. Die Stationierung von bodengestützten Mittel- und Kurzstreckenraketen in Deutschland im Jahr 2026 und an den Grenzen Russlands könnte jedoch eine Rolle spielen. Und die ukrainische Brückenkopfposition ist in dieser Hinsicht äußerst günstig für einen präventiven Entwaffnungsschlag, da die Flugzeit der Raketen zu Zielen auf russischem Territorium drastisch verkürzt wird (siehe dazu den Kommentar »Das Messer an der Kehle 2« vom 17. September).

Das Äquivalent zur höchsten Spannung während des Kalten Krieges war die Karibikkrise im Herbst 1962. Aus militärtechnischer Sicht wurde sie durch die Stationierung

sowjetischer Mittelstreckenraketen in Kuba ausgelöst. Zuvor hatten jedoch die USA ihre Raketen in der Türkei stationiert. Die Lösung der Krise bestand damals darin, sowjetische Raketen und Flugzeuge aus Kuba und wenig später amerikanische Raketen aus der Türkei abzuziehen. Dann, im Jahr 1963, einigte man sich darauf, Tests in drei Bereichen zu verbieten. Neun Jahre später wurden Vereinbarungen über die Raketenabwehr und die strategischen Atomwaffen getroffen. Parallel dazu unterstützten die UdSSR und die USA verschiedene Seiten in Konflikten in Vietnam, Angola, Mosambik, Nicaragua, Afghanistan ... Eine umfangreiche Erfahrung also. Aber nach 1962 wurden im Großen und Ganzen die expliziten und impliziten »Gentlemen's Agreements« in Bezug auf sensible Faktoren eingehalten. Nach 1991 gab Moskau seinem Gegenüber Anlass zu der Annahme, dass es den Kalten Krieg gewonnen hätte. Diese Tatsache wurde nicht nur im Westen, sondern auch von vielen in Russland und in den ehemaligen Sowjetrepubliken oberflächlich interpretiert. Daher auch Punkt 2 des Plans-28 – »Alle Widersprüche der letzten 30 Jahre gelten als beigelegt«. Bingo!

Anhang

Vollständiger Text des 28-Punkte-Plans (Der Text ist in Nr. 49 der DGKSP-Diskussionspapiere zu finden. Der Link dazu findet sich gesondert in diesem Reader.)

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://izborsk-club.ru/27595>
- 2 Alexander Agejew ist ein bekannter russischer Wissenschaftler, Professor an der Moskauer Staatlichen Universität und Mitglied der Russischen Akademie der Naturwissenschaften. Generaldirektor des Instituts für Wirtschaftsstrategien der Abteilung für Sozialwissenschaften der Russischen Akademie der Wissenschaften, Präsident der Internationalen Akademie für Zukunftsforschung, Leiter des Lehrstuhls für Business-Projektmanagement der Nationalen Nuklearen Forschungsuniversität »MEPhI«, Generaldirektor des Internationalen Instituts P. Sorokin – N. Kondratjew. Chefredakteur der Zeitschriften »Wirtschaftsstrategien« und »Partnerschaft der Zivilisationen«. Ständiges Mitglied des Isborskij-Klubs.

Der Westen ist der Teufel, und er lügt ständig¹

Waleri Korowin²

09.12.2025

Heute gibt es viele widersprüchliche Aussagen über die Möglichkeit einer friedlichen Lösung. Ist es Ihrer Meinung nach unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen überhaupt möglich, einen vollwertigen Friedensvertrag zwischen Russland und der Ukraine abzuschließen?

Der Abschluss eines Friedensvertrags zwischen Russland und der Ukraine ist unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen grundsätzlich unmöglich, da die Ukraine absolut nicht handlungsfähig ist, keine Souveränität besitzt und offensichtlich von den globalistischen Eliten des heutigen Europas kontrolliert wird, hinter denen wiederum die Briten stehen, deren Ziel es ist, Russland zu schwächen und im Idealfall es zu zerstückeln und zu vernichten. Das ist es, was sie seit vielen Jahrhunderten, mindestens seit den letzten drei, zu erreichen versuchen, wobei sie die Ukraine ausschließlich als Instrument für einen solchen gewalttätigen Druck auf Russland betrachten.

Berücksichtigt man diesen Faktor, so sollte es aus Sicht Großbritanniens und der globalistischen Eliten überhaupt keinen Frieden zwischen der Ukraine und Russland geben. Und sie werden alles tun, um einen friedlichen Ausgang des aktuellen Großen Krieges zwischen Russland und dem Westen auf dem Gebiet der ehemaligen Ukraine zu verhindern. Wenn man also mit jemandem über Frieden sprechen will, dann nur mit denen, die auf westlicher Seite die tatsächlichen Entscheidungen treffen. Und das sind zwei Instanzen: die erste sind die Vereinigten Staaten von Amerika, die zweite ist Europa.

Aber auch hier ist die Lage nicht ganz eindeutig, denn unter den gegenwärtigen Umständen ist Amerika nicht einig. Da ist Trump, der sich einst auf MAGA stützte, dann aber unter den starken Einfluss der Neocons (Neokonservative – Befürworter einer aktiven, gewaltsamen Durchsetzung des amerikanischen Einflusses und der Demokratie in der Welt) geriet. Außerdem gibt es in

Amerika einen globalistischen Teil der amerikanischen Eliten, der durch die Demokratische Partei der USA und eben diese Neocons vertreten wird. Das heißt, die Struktur der amerikanischen Politik und Entscheidungsfindung ist heterogen, mindestens zweigeteilt, wenn nicht sogar dreigeteilt, wenn man die aggressive, eigenständige Agenda der Neokonservativen berücksichtigt, die sich von der der Globalisten der Demokratischen Partei der USA unterscheidet.

Auf der anderen Seite ist auch Europa heterogen. Es gibt dort europäische globalistische Minderheiten in Form der derzeitigen Eliten wie Kaja Kallas und Ursula von der Leyen, hinter denen London steht. Und es gibt die europäische Mehrheit – einzelne Staatschefs einzelner Staaten, die sich auf die Volksmassen stützen, sowie die Volksmassen selbst, die das Bestreben, den langen Krieg mit Russland »bis zum letzten Ukrainer« fortzusetzen, überhaupt nicht teilen, insbesondere angesichts der Aussicht, dass europäische Staaten in diesen Krieg hineingezogen werden könnten.

Das heißt, die Frage des Abschlusses eines Friedensvertrags ist nicht so einfach, wie es scheint. Selbst wenn man die Ukraine und die ukrainischen Eliten außer Acht lässt und sich auf die Instanzen konzentriert, die die tatsächlichen Entscheidungen auf westlicher Seite treffen – die USA und Europa. Und auch hier ist nicht alles eindeutig. Daher sind Friedensverhandlungen unter den gegenwärtigen Umständen und angesichts der Uneinheitlichkeit der westlichen Eliten für uns grundsätzlich unvorteilhaft und uninteressant, da es selbst im Falle ihres Abschlusses keine klare, eindeutige und unmissverständliche Instanz gibt, die die Einhaltung der Bedingungen dieses Friedensvertrags garantieren könnte.

Von der Ukraine ganz zu schweigen – sie ist ein Projekt, das liquidiert werden soll, daher macht es keinen Sinn, mit ihr etwas zu vereinbaren oder zu verhandeln, nicht nur für uns, sondern auch für die Europäer und Amerikaner.

Es gab die Minsker Vereinbarungen, dann die Istanbul Verhandlungen, aber nach Ansicht eines Großteils der Gesellschaft haben diese Versuche nur zu einer Verlängerung des Konflikts geführt. Kann man heute in der Praxis der ukrainischen Seite im Rahmen von Vereinbarungen vertrauen?

Es macht bekanntlich keinen Sinn, der ukrainischen Seite unter irgendwelchen Umständen zu vertrauen. Man hätte ihr niemals vertrauen dürfen. Denn die Ideologie des Ukrainertums basiert auf dem Ausbalancieren in der Pufferzone, die zwischen dem Westen und Russland liegt.

Positionswechsel, Lügen, Zweideutigkeit, Heuchelei, Doppelzüngigkeit – das ist das ontologische Wesen der Ideologie des Ukrainertums. Nicht der Kleinen Russen als Teil des großen russischen Volkes, sondern der politischen Ideologie des Ukrainertums, die in ihren ontologischen Grundlagen heuchlerisch und verlogen ist. In diesem Zusammenhang macht es grundsätzlich keinen Sinn, mit denen, die sich Ukrainer nennen, über irgendetwas zu sprechen und Vereinbarungen mit ihnen zu treffen. Alle ähnlichen Initiativen in Form von Minsker Vereinbarungen oder Istanbul Verhandlungen sind ausschließlich Versuche, sich mit dem Westen zu einigen, der genau jene Ukrainer als Verhandlungsführer aufstellt, mit denen man sich über nichts einigen kann und die niemals irgendetwas bewusst oder stillschweigend einhalten werden.

Natürlich wäre es richtiger und ehrlicher, direkt mit dem Westen zu sprechen. Das muss auch getan werden. Aber aus irgendeinem Grund spielen wir dieses Spiel weiter, tun so, als würden wir die Ukraine als Verhandlungspartner anerkennen, und setzen uns mit ihnen an einen Tisch. Das ist ein absolut offenkundig aussichtsloser Versuch, irgendetwas zu erreichen. Es ist an der Zeit, aufzuhören, uns selbst und andere zu täuschen, indem wir so tun, als würden wir an die Existenz irgendeiner ukrainischen Verhandlungspartei glauben.

Die gesamte Geschichte der Verhandlungen mit ihnen zeigt, dass es absolut unbestreitbar ist, dass es mit ihnen nichts zu besprechen gibt. Die Minsker Vereinbarungen waren nur ein Versuch, den Konflikt um acht Jahre hinauszuschieben, um Großbritannien und den Globalisten Europas und der USA die Möglichkeit zu geben, die Ukraine mit Waffen zu versorgen und sie auf einen Krieg mit Russland vorzubereiten. Das verheimlicht mittlerweile niemand mehr. Die Istanbul Verhandlungen dienten immer ausschließlich dazu, die Dynamik unseres Vorstoßes zu bremsen, sowohl zu dem Zeitpunkt, als die russischen Truppen vor Kiew und Tschernigow standen, als auch später, in anderen Phasen. Der Westen greift immer dann auf Verhandlungen zurück, wenn er eine Atempause braucht, um die ukrainische Armee aufzustocken und sie auf einen neuen Kriegszyklus mit Russland vorzubereiten; für nichts anderes sind Verhandlungen notwendig. Wir brauchen überhaupt keine Verhandlungen, denn wir sind die angreifende Seite, die ihr Territorium Großrusslands, das von russischen Menschen bewohnt wird, von der westlichen Präsenz befreit, die dort seit 1991, dem Zeitpunkt des Zusammenbruchs der Sowjetunion, bis zum Maidan 2014, als der Westen auf dem Maidan den Krieg gegen Russland begann, immer stärker geworden ist, indem er in die neutrale, blockfreie, atomwaffenfreie Ukraine einmarschierte, das Kräftegleichgewicht zerstörte und einen Konflikt mit Russland provozierte.

Das heißt, das Ziel ist ein Krieg gegen Russland. Das Mittel dazu ist die Ukraine, und die Ukrainer sind das Verbrauchsmaterial dieses Krieges. Unsere Aufgabe ist es, dieses Gebiet, diesen Raum zu befreien, was wir zielstrebig, nicht ohne Probleme, aber absolut konsequent tun. Und das ist das Einzige, was wir brauchen – den Raum der ehemaligen Ukraine von der westlichen Präsenz zu befreien, dieses politische Projekt zu liquidieren, die Ideologie des Ukrainertums als solche zu beseitigen, die russische Mehrheit, die diesen Raum bewohnt, von der westlichen Präsenz und der destruktiven, russophoben, satanischen Ideologie des Ukrainertums zu befreien. Und genau das tun wir. Wir brauchen keine Verhandlungen, um dieses Ziel zu erreichen: Sie bremsen nur die Dynamik

des Vorstoßes und verzögern diese unvermeidliche Mission, indem sie den Krieg in die Länge ziehen.

Inwieweit beeinflussen Ihrer Meinung nach externe Kräfte – globale Eliten, die USA, einzelne europäische Politiker – tatsächlich die Position der Ukraine und sind sie daran interessiert, den Konflikt aufrechtzuerhalten?

Es sind gerade die westlichen Kräfte, die die Ukraine beeinflussen, sie vollständig kontrollieren, sie 2014 mit Hilfe des Maidan erobert und gegen Großrussland aufgebracht haben. Im Grunde genommen ist die Ukraine ein westliches Projekt. Die Ideologie des Ukrainertums – politisch, russophob, menschenfeindlich, satanisch – wurde im Westen geschaffen und den Bewohnern des ehemaligen ukrainischen Raums aufgezwungen. In diesem Zusammenhang ist all dies zusammen – die Ukraine, das Ukrainertum und der Krieg der Ukraine gegen Russland – ein ausschließlich westliches Projekt, das vom Westen von außen gesteuert wird.

Eine andere Sache ist, dass auch der Westen derzeit nicht homogen ist. Er ist in sich gespalten. Beispielsweise stehen die derzeitigen globalistischen Eliten Europas sowohl mit Trump und der MAGA-Bewegung als auch mit Russland und der Mehrheit der europäischen Bevölkerung in Konflikt. Das heißt, die Ursache des Krieges liegt in der globalistischen Elite Europas und ihren Förderern in Form der Demokratischen Partei der USA und der britischen Eliten. Dies ist nur ein Teil des Westens, der Trump, MAGA, Russland und der europäischen Mehrheit feindlich gegenübersteht. Genau dieser Teil kontrolliert die Ukraine und den Krieg, und genau dieser Teil ist daran interessiert, diesen Konflikt fortzusetzen, um Russland zu schwächen. Aber dies ist eine absolute Minderheit.

Im Prinzip ist der Westen in der Lage, selbstständig mit ihm fertig zu werden und ihn auch ohne die Beteiligung Russlands von der Macht zu entfernen. Aber wenn der Westen dies nicht selbst tut, wenn Trump dies nicht tut, indem er die globalistische Elite Europas demontiert, wenn die Europäer dies nicht tun, dann bleibt nichts anderes übrig, als das zu wiederholen, was wir bereits

mehrfach in der Geschichte der russisch-europäischen Beziehungen beobachtet haben: die globalistischen Eliten Europas mit Hilfe der russischen Armee zu beseitigen, die dafür unweigerlich erneut nach Europa kommen muss, wie sie es alle hundert Jahre tut, nachdem Europa und der Westen erneut Russland angegriffen haben.

Daher gibt es für das Problem der Beseitigung der globalistischen Eliten, die hinter der Ukraine stehen und den Konflikt schüren, eine einfache Lösung: ihre Beseitigung durch die Europäer selbst mittels Wahlen. Eine etwas schwerere Lösung wäre, sie durch Trump als »Herrscher des heutigen Europas« zu beseitigen. Eine schmerzhaft und schwierige Lösung wäre, sie mit Hilfe der russischen Armee zu beseitigen.

Wenn ein langwieriger Konflikt für externe Akteure von Vorteil ist, was kann Russland dann einer solchen Verzögerungsstrategie entgegensetzen?

Russland kann der Strategie, den Konflikt zwischen Russland und dem Westen auf dem Gebiet der ehemaligen Ukraine in die Länge zu ziehen, direkt und indirekt entgegenwirken.

Indirekt – durch Verhandlungen mit Trump und durch Versuche, ihn davon zu überzeugen, die globalistischen Eliten Europas zu beschwichtigen und sie dazu zu bringen, den Krieg mit Russland zu beenden, indem sie die Interessen Russlands, seine Subjektivität, seine zivilisatorische Unabhängigkeit, die Identität des russischen Volkes anerkennen, d. h. anerkennen, dass Russland existiert und dass es seine eigenen Interessen hat.

Das kann heute nur Trump tun, da er die von den westlichen globalistischen Eliten unabhängigste Persönlichkeit ist, insbesondere wenn er sich wieder auf MAGA stützt, von dem er sich etwas entfernt hat, nachdem er unter den Einfluss der amerikanischen Neokonservativen geraten war. Gerade Trump kann diesen Konflikt beenden, indem er auf die globalistischen Eliten der USA und Europas einwirkt. Und wenn es Russland gelingt, ihn davon zu überzeugen, würde dies eine indirekte Beendigung der langjährigen Konfrontation zwischen dem Westen und Russland bedeuten.

Es gibt jedoch auch ein direktes Mittel, um unmittelbar auf die Situation einzuwirken, mit dem Russland der Strategie des Westens, den langwierigen Konflikt mit Russland in die Länge zu ziehen, entgegenwirken kann. Dies ist die Bewegung nach Europa hinein durch die Ukraine hindurch, über die Ukraine, indem ihr Raum von westlicher Präsenz befreit und anschließend die Zentren der globalistischen, antirussischen und russophoben Entscheidungen in Europa selbst beseitigt werden. Dazu müsste jedoch die russische Armee nach Europa kommen, was für alle Seiten sehr schmerzhaft wäre.

Daher ist Trump die letzte Hoffnung für Europa, diesen von Globalisten und britischen Eliten initiierten Konflikt auf möglichst schmerzlose Weise zu beenden.

Es gibt die Meinung, dass ein potenzieller Friedensvertrag nur eine »Atempause« für die Ukraine und die europäischen Strukturen sein könnte. Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenarios, sollte das Abkommen doch unterzeichnet werden?

Ein Friedensvertrag wird für die Ukraine und die europäischen Strukturen auf jeden Fall nur eine Atempause sein, unabhängig davon, welche Punkte darin enthalten sind und welche nicht. Grundsätzlich würde allein die Tatsache eines Friedensvertrags bedeuten, dass wir die Legitimität der Ukraine als solche anerkennen, ihre politische Subjektivität anerkennen und die Existenz des Territoriums anerkennen, auf dem sich diese politische Subjektivität entfaltet, wenn auch in etwas eingeschränkter Form, ohne eine Reihe von Oblasten der ehemaligen Ukrainischen SSR, die von den Russen geschaffen und unter der Bedingung der Wahrung der Neutralität, des atomwaffenfreien Status und des nichtpaktgebundenen Status, der sofort verletzt wurde, in die Souveränität entlassen wurde.

Das heißt, jede Unterzeichnung eines Friedensvertrags unsererseits legalisiert und legitimiert die Ukraine als solche und damit auch das Ukrainertum als politische Ideologie, die auf Russophobie basiert, und lässt entsprechend die Möglichkeit offen, dass der Konflikt in einer neuen historischen Phase unter veränderten historischen Bedingungen wieder aufflammt. Dies wird unvermeidlich

geschehen, wenn man die Arroganz des Westens und seine missachtende Haltung gegenüber allen Vereinbarungen berücksichtigt, die er jemals mit Russland geschlossen hat. Der Westen ist der Teufel, und er lügt ständig. Vor allem angesichts der Tatsache, dass die Arroganz des Westens die Interessen Russlands überhaupt nicht berücksichtigt und nicht berücksichtigt, dass die Russen bestimmte Interessen haben und haben können.

So würde jeder Vertrag zu beliebigen Bedingungen lediglich eine Atempause für die Ukraine und die europäischen Strukturen bedeuten, die sie benötigen, um erstens das Projekt »Ukraine« als solches zu erhalten und zweitens es für einen neuen Krieg wieder aufzubauen. Das würde nur einen unvermeidlichen neuen Krieg mit Russland bedeuten, allerdings unter für uns noch schwierigeren Bedingungen.

Damit kommen wir wieder auf die oben bereits dargelegte These zurück: Wir brauchen keinen Friedensvertrag, sondern ausschließlich die Liquidierung des politischen Projekts »Ukraine« und die Befreiung dieses Raums von der westlichen Präsenz sowie von der Ideologie des Ukrainertums, die in ihrem Wesen und in ihrer Ausprägung russophob und nazistisch ist. Daher sehe ich derzeit überhaupt keine Bedingungen, die uns dazu zwingen würden, ein solches Abkommen zu unterzeichnen.

Dies wäre möglich, wenn wir zurückweichen, verlieren und enorme Verluste erleiden würden, während die Ukraine und der hinter ihr stehende Westen nur minimale Verluste zu verzeichnen hätten, wenn wir vor dem Verlust unserer Gebiete und einer Niederlage durch den Westen und die von ihm instrumentalisierte Ukraine stünden. Dann könnte man über irgendwelche Bedingungen für irgendwelche Abkommen diskutieren. Aber in der gegenwärtigen Situation ist das für uns in keiner Weise vorteilhaft, und ein potenzieller Friedensvertrag mit beliebigen Punkten, Parametern und Bedingungen würde von uns ausschließlich im Interesse der Ukraine und des hinter ihr stehenden Westens und ausschließlich zum Nachteil unserer Interessen unterzeichnet werden.

Ist eine solche Unterzeichnung sinnvoll? Diese Frage ist sehr umstritten. Natürlich weiß der Oberbefehlshaber besser Bescheid, wir können nicht alles wissen. Aber

wenn man die öffentlichen Quellen und die für alle offensichtlichen Daten analysiert, dann brauchen wir unter keinen Umständen und zu keinen Bedingungen einen potenziellen Friedensvertrag, denn er würde für die Ukraine nur eine Atempause bedeuten und die Wiederaufnahme eines noch blutigeren und dramatischeren Konflikts in der nächsten historischen Phase. Und das wird höchstwahrscheinlich in naher Zukunft geschehen.

In den Medien wird hauptsächlich über das Thema Donbass diskutiert. Warum werden Ihrer Meinung nach Fragen zur Zukunft der Regionen Cherson und Saporoschje trotz ihres offiziellen Status als Teil Russlands viel seltener angesprochen?

Der Donbass ist seit 2014 zum Symbol des Widerstands gegen die Ukrainisierung und das ukrainische Nazi-Regime geworden, während die Oblaste Cherson und Saporoschje die ganze Zeit unter ukrainischer Besatzung standen und eine harte zwangsweise Ukrainisierung erlebten. Daher steht der russischen Bevölkerung, der russischen Mehrheit in den Oblasten Cherson und Saporoschje, noch viel Arbeit bevor, um sie zu rehabilitieren und zu entukrainisieren und sie in einen normalen psychologischen und mentalen Zustand zu versetzen.

Während der Donbass bereits 2014 den Weg der russischen Zivilisation, der Annäherung und der Wiederherstellung der Einheit mit dem großen russischen Volk eingeschlagen hat und von diesem Weg nie abgewichen ist, wurde er zum Symbol des russischen Widerstands gegen die Ukrainisierung. Deshalb gilt gerade der Donbass als Hauptstütze für die Wiederherstellung Großrusslands und die Beseitigung dieses fremden, russophoben, menschenfeindlichen Projekts »Ukraine«.

Der russische Präsident erklärte, dass die Ukraine ihre Truppen »aus dem Territorium« abziehen müsse, ohne jedoch konkret zu werden. Wie interpretieren Sie diese Erklärung?

Die Ukraine muss ihre Truppen aus dem Gebiet der ehemaligen Ukraine abziehen – darin besteht eines der

Hauptziele der militärischen Spezialoperation, nämlich die Entmilitarisierung der Ukraine. Das heißt, in diesem Gebiet darf es keine Truppen mehr geben, die eine Bedrohung für die russische Mehrheit, die dieses Gebiet bewohnt, für Russland, für die russische Zivilisation, die russische Kultur, die russische Sprache und die orthodoxe Kirche darstellen. Und es darf keine Truppen geben, die zur Förderung westlicher Interessen, der NATO und der westlichen Zivilisation insgesamt im Osten beitragen könnten.

Derzeit sind es gerade die Streitkräfte der Ukraine, die sowohl im Kampf gegen die russische Zivilisation als auch bei der Förderung westlicher Interessen an vorderster Front stehen. Daher entspricht die Aussage des Präsidenten, dass es keine ukrainischen Truppen auf dem Gebiet der ehemaligen Ukraine geben darf, voll und ganz dem Geist der militärischen Spezialoperation, der russischen Zivilisation und der russischen Geschichte als solcher.

Vor einiger Zeit wurde die Idee einer »Sicherheitszone« intensiv diskutiert. Heute ist sie praktisch aus den Medien verschwunden. Was könnte das bedeuten?

Die Idee einer Sicherheitszone ist aus den Medien und überhaupt aus der Diskussion verschwunden, weil sich die Struktur der Kriegsführung grundlegend verändert hat und neue Arten von Waffen aufgetaucht sind, für die der Raum keine Rolle mehr spielt. Wir sehen, wie mit Hilfe von Drohnen und Langstreckenraketen, die vom Westen in die Ukraine geliefert werden, Angriffe tief in russisches Gebiet hinein geführt werden. Die meisten westlichen Regionen Russlands, die im europäischen Teil des Landes liegen, sind fast täglich Drohnenangriffen und von Zeit zu Zeit Langstreckenraketenangriffen ausgesetzt. Dies macht die Idee einer Art Pufferzone, die Russland vom Rest der ehemaligen Ukraine trennen könnte, um Sicherheit zu erreichen, völlig sinnlos.

Wir sehen, dass unter den gegenwärtigen Bedingungen und mit den heutigen Möglichkeiten der Kriegsführung keine Sicherheit erreicht werden kann: Die Angriffe richten sich sowohl gegen abgelegene Regionen als auch gegen Tatarstan und andere Gebiete des Landes, die tief im

Hinterland liegen. Das bedeutet, dass die Voraussetzung für solche Angriffe beseitigt werden muss – es darf also kein politisches Subjekt geben, das die Sicherheit Russlands bedrohen könnte, nämlich das Projekt »Ukraine«, das in seinem Wesen russophob und menschenfeindlich ist. Nach dieser Logik muss es vollständig beseitigt und als Aufmarschgebiet für russlandfeindliche Kräfte – westliche Militärexperten, Berater, Söldner und anderes Gesindel, die die sogenannten Ukrainer, russische Menschen, die mit der Ideologie des Ukrainertums infiziert sind, zum Krieg gegen Russland aufwiegeln – liquidiert werden.

Daher muss diese Enklave der Russophobie in Form der Ukraine beseitigt werden. In diesem Zusammenhang ist das gesamte Gebiet der ehemaligen Ukraine eine Pufferzone, die notwendig ist, um das Gebiet des großen Russlands sicherer zu machen. Aber auch das ist unter den gegenwärtigen Umständen kein Allheilmittel, das Schutz vor Angriffen aus dem Westen garantiert. Die Befreiung des Gebiets der ehemaligen Ukraine von westlicher Präsenz ist jedoch ein absolutes Minimum, das erreicht werden muss: Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Entukrainisierung des Gebiets der ehemaligen Ukraine. Nur dann wird die Lage sicherer werden.

Wie wird sich Ihrer Meinung nach das Projekt »Noworossija« entwickeln? Welche Regionen könnten potenziell in dieses geopolitische Konstrukt einbezogen werden?

Das Projekt »Noworossija« nimmt seit dem Maidan im Februar 2014 konzeptionell Gestalt an, und seine politischen Konturen sind im Prinzip festgelegt. Es handelt sich um ein Gebiet, das mehrheitlich von Russen bewohnt wird: von der Sloboschanschtschina (Sumaer und Charkower Oblast) über Donbass, die Oblaste Cherson, Saporoschje und Nikolajew bis nach Odessa und eigentlich bis zur Grenze zum russischen Transnistrien.

Dieses Projekt ist in seinen politischen Grenzen bereits festgelegt, es bleibt nur noch, diese Regionen von der ukrainischen Präsenz zu befreien und eine groß angelegte Entukrainisierung durchzuführen, ähnlich dem Projekt der Entnazifizierung, das Europa nach dem Ende des Großen Vaterländischen Krieges erlebt hat. Die Entukrainisierung

ist ein zentraler Punkt bei der Gestaltung des Projekts »Noworossija«, der Heilung und Genesung der russischen Mehrheit, die dieses Gebiet bewohnt.

Und diese Region kann durchaus als politisches Subjekt der zukünftigen Umwandlung des Gebiets der ehemaligen Ukraine in Regionen Großrusslands angesehen werden, die vom ukrainischen Nazi-Regime befreit wurden. Dieses Projekt muss noch genauer ausgearbeitet werden, und ich habe die Idee, ein Buch über die Konturen und grundlegenden Parameter des Projekts »Noworossija« zu schreiben. Aber zunächst müssen diese Regionen natürlich von der ukrainischen Präsenz befreit werden, was gerade vor unseren Augen geschieht.

Wie lange könnte Ihrer Meinung nach der Prozess der endgültigen Gestaltung dieser Gebiete dauern – politisch, strukturell und administrativ?

Die Geschwindigkeit, mit der diese befreiten Gebiete Noworossijas und der ehemaligen Ukraine insgesamt integriert werden, hängt davon ab, inwieweit Russland selbst bereit ist, eine neue Weltanschauungsalternative für diese Regionen zu schaffen, und inwieweit die russische Gesellschaft selbst ideologisch und weltanschaulich ausgerichtet ist. Wichtig ist auch, inwieweit die derzeitigen Eliten das Bild der Zukunft Großrusslands als Zivilisation, als Subjekt in einer multipolaren Welt und als eigenständiger Zivilisationspol vermitteln werden.

Dies ist kein einfacher Prozess und erfordert eine Transformation der Weltanschauung der gesamten russländischen Gesellschaft und der russländischen Eliten selbst. Nur diejenigen Eliten, die ideologisch motiviert und idealistisch orientiert sind, werden in der Lage sein, die befreiten Gebiete Großrusslands, die zuvor dem Projekt »Ukraine« zugeordnet waren, schnell und effektiv in etwas zu verwandeln, das sich harmonisch in den einheitlichen russischen Kultur- und Zivilisationsraum einfügt.

Dies ist ein ziemlich komplexer, schmerzhafter Prozess. Ohne ideologische Kohärenz und ein klares Verständnis der Zukunftsvision Russlands wird dies schwierig, aber nicht hoffnungslos sein, wie die Geschichte zeigt. Sowohl Osteuropa als auch Deutschland wurden ziemlich schnell

und effektiv ins sozialistische Lager integriert, gerade weil es über eine vollständige, konsequente Ideologie und Weltanschauung verfügte – die Ideologie des Stalinismus, des Nationalbolschewismus, des nationalbolschewistischen Imperiums.

Im Grunde genommen war es der Stalinismus, der diese Regionen schnell in einen einheitlichen sowjetischen Zivilisationsraum integrierte und Ostdeutschland zu einem der treuesten Verbündeten des Sowjetblocks machte. Das Gleiche lässt sich mit weitaus geringeren Kosten im Gebiet der ehemaligen Ukraine wiederholen – man muss nur zivilisatorische Klarheit gewinnen und verstehen, was die russische Zivilisation ausmacht, was es bedeutet, Russe zu sein, und wie man diese russische Weltanschauung und russische Mentalität denen vermitteln kann, die jahrzehntelang unter dem Joch einer fürchterlichen, menschenverachtenden Ideologie des Ukrainertums gelebt haben.

Befürworter von Referenden schlagen vor, diese als Instrument zur Legitimierung künftiger Grenzen zu betrachten. Wie realistisch und effektiv sind Ihrer Meinung nach

mögliche Referenden in den Territorien, die heute von der Ukraine kontrolliert werden?

Da diese Territorien jahrzehntelang unter dem Joch der Ideologie des Ukrainertums standen, hat sich das Bewusstsein der russischen Mehrheit dort ziemlich stark verändert. Es wird eine gewisse Rehabilitationsphase erforderlich sein, damit die Menschen zu ihrem normalen, für sie natürlichen Zustand zurückkehren und sich von den Folgen der jahrzehntelangen zwangsweisen Ukrainisierung befreien können.

In diesem Zusammenhang scheint es mir nicht notwendig, überstürzt Referenden in den befreiten Gebieten abzuhalten. Es ist lediglich erforderlich, sie zu befreien, von der ukrainischen Präsenz zu säubern und der Bevölkerung dieser Regionen die Möglichkeit zu geben, sich psychisch zu erholen, was im Prinzip recht schnell geschehen wird. Dabei muss jedoch eine Reihe von Bedingungen erfüllt sein. Daher sollte man mit Referenden nicht überstürzt vorgehen. Es ist besser, sich mit der Schaffung der Voraussetzungen für eine psychologische und mentale Rehabilitation zu beeilen.

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://izborsk-club.ru/27642>
- 2 Waleri Michailowitsch Korowin ist ein russischer Politologe, Direktor des Zentrums für geopolitische Expertisen, stellvertretender Leiter des Zentrums für konservative Studien der Fakultät für Soziologie der Moskauer Staatlichen Universität, Mitglied des Eurasischen Komitees, stellvertretender Leiter der Internationalen Eurasischen Bewegung, Chefredakteur des Informations- und Analyseportals »Eurasien« (<http://evrazia.org>). Ständiges Mitglied des Isborsker Klubs.

Wirtschaftliche Voraussetzungen für den Frieden¹

Boris Kagarlizki²

10.12.2025

DAS VORLIEGENDE MATERIAL (INFORMATION) WURDE ERSTELLT UND (ODER) VON DEM AUSLÄNDISCHEN AGENTEN BORIS JULIJEWITSCH KAGARLIZKI VERBREITET ODER BEZIEHT SICH AUF DIE TÄTIGKEIT DES AUSLÄNDISCHEN AGENTEN BORIS JULIJEWITSCH KAGARLIZKI. 18+

Bei der Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Russland Ende 2025 vermutete die als ausländische Agentin anerkannte Jekaterina Schulman, dass dem Land das Geld und die Menschen ausgehen würden. Und tatsächlich deutet alles darauf hin, dass etwas zu Ende geht. Nur ist es zumindest nicht das Geld. Dem Staat wird niemals das Geld ausgehen.

Das Besondere an der Denkweise liberaler Experten ist, dass sie alles auf Geld reduzieren. Dabei ist Geld nur ein Instrument, mit dessen Hilfe andere Ressourcen umverteilt werden. Wenn man es einfach gedankenlos druckt, verliert es natürlich an Wert. Wir kennen Zeiten, in denen sogar Gold und Silber an Wert verloren haben. Die grundlegende Frage ist jedoch, welche Ressourcen mit Hilfe staatlicher Ausgaben verteilt werden und wie dies geschieht. Diese Ressourcen sind immer begrenzt (worin im Grunde genommen die Essenz der Wirtschaft als Wissenschaft vom Umgang mit begrenzten Ressourcen besteht) und haben die Eigenschaft zur Neige zu gehen.

Menschen, Personalreserven für Krieg und Produktion, sind ebenfalls Ressourcen, und zwar in höchstem Maße begrenzte. Die Zeiten, in denen man wie ein russischer Offizier des 18. Jahrhunderts davon ausgehen konnte, dass »die Frauen neue Kinder gebären werden«, sind längst vorbei. Aber nicht weniger Probleme entstehen während Kriegshandlungen mit anderen Ressourcen – Metall, Treibstoff, Elektrizität, Durchfuhrleistung der Eisenbahnen, Ausrüstung, die veraltet und verschleißt, usw. Der Ausgang einer Militärkampagne hängt in hohem Maße davon ab, wie all diese Mittel verteilt sind.

Der bekannte sowjetische Ökonom J.W. Jaremenko wies bei der Entwicklung seines Konzepts der mehrstufigen Wirtschaft darauf hin, dass es auch Unterschiede in der Qualität der Ressourcen gibt. So wie Metall von guter oder weniger guter Qualität sein kann, gibt es auch hochqualifizierte und weniger kompetente Fachkräfte. In der UdSSR beanspruchte der militärisch-industrielle Komplex unbegrenzt die besten Ressourcen. Die übrigen Wirtschaftssektoren waren gezwungen, den Mangel an Qualität durch Quantität auszugleichen. Und je geringer die Priorität einer Branche war, desto schlechter war die Lage.

Kehrt man zur Frage der Arbeitskräfte zurück, so stellt man fest, dass die zivile Produktion bei einem solchen Ansatz unter chronischem Personalmangel leidet, auch wenn es scheinbar genügend Menschen gibt. Denn die besten Fachkräfte werden gerade dort gebraucht, wo es an Ressourcen mangelt, und sie können mit ihrem Verstand, ihrem Talent und ihrer Erfahrung die Situation verbessern, Lösungen finden und etwas Neues erfinden. Aber es kommt genau das Gegenteil heraus. Die besten technischen Köpfe sind bereits im militärisch-industriellen Komplex konzentriert, die übrigen Branchen hungern.

Das Problem ist, dass sich die zunehmende Krise der zivilen Produktion auf die gesamte Wirtschaft auswirkt und sich von unten nach oben ausbreitet. Schließlich müssen auch die Beschäftigten des militärisch-industriellen Komplexes Kleidung und Eier kaufen, ihre Kinder in Kindergärten und Schulen bringen, sich in Polikliniken behandeln lassen usw. Die Führung des Landes ist sich des Problems bewusst, aber genau hier treten Schwierigkeiten mit dem Geld auf. Und in der russischen marktwirtschaftlichen kapitalistischen Wirtschaft sind diese Schwierigkeiten sogar noch größer als in der administrativ geplanten Wirtschaft der UdSSR.

Wie bereits erwähnt, betrachten liberale Ökonomen, darunter auch diejenigen, die in der Regierung arbeiten,

jedes Problem als ein Geldproblem und lösen es entsprechend. Unter »normalen« Bedingungen funktioniert das mehr oder weniger, aber nicht in Krisenzeiten. Denn Krisensituationen zeichnen sich dadurch aus, dass die üblichen Methoden nicht nur nicht den erwarteten Effekt erzielen, sondern oft sogar die Lage noch verschlimmern. Die Besonderheit der aktuellen Krise besteht darin, dass die Wirtschaftsbehörden (in voller Übereinstimmung mit der Doktrin des Finanzmanagements) nicht nur darauf bedacht sind, mit Hilfe zusätzlicher Geldmittel den objektiven Ressourcenmangel zu decken, der ohnehin nicht verschwinden wird, sondern auch bestrebt sind, die Stabilität zu erhalten. Die Finanzierung vorrangiger Branchen und Projekte geht 2025 mit strengen Sparmaßnahmen und einer noch strengeren Fiskalpolitik einher, um den Preisanstieg einzudämmen und den Haushalt auszugleichen. Das Hauptergebnis dieses Ansatzes ist eine Verstärkung der Ungleichgewichte in Wirtschaft und Gesellschaft.

Die moderne Geldtheorie (Modern Monetary Theory – MMT), eine Alternative zur liberalen Klassik, steht dem Gelddrucken viel nachsichtiger gegenüber und sieht keine große Katastrophe in der Erhöhung des Haushaltsdefizits, das bis Ende 2025 bereits vier Billionen Rubel überschritten hat. Ein wichtiger Unterschied besteht jedoch darin, dass die Theoretiker der MMT vorschlagen, das zusätzliche Geld dorthin zu lenken, wo es ungenutzte Ressourcen gibt, die dank staatlicher Finanzierung in Umlauf gebracht werden können. Zum Beispiel, wenn Sie über eine Lagerstätte verfügen, aber keine Investoren finden. Oder wenn es viele Arbeitslose gibt, die mit gemeinnütziger Arbeit beschäftigt werden können. In unserer Situation ist genau das Gegenteil der Fall. Die Zentralbank und das Finanzministerium geben Geld nicht dort aus, wo es Ressourcenpotenzial gibt, sondern dort, wo keine Ressourcen mehr verfügbar sind. Und durch eine Erhöhung der Finanzierung werden diese auch nicht entstehen. Metall schmilzt sich nicht

von selbst, und Soldaten wachsen nicht aus dem Boden, selbst wenn man ihn mit Drachenzähnen sät, wie es die Helden des antiken Mythos getan haben.

Hinzu kommt noch eine weitere begrenzte Ressource – Zeit. Nur Gott hat unendlich viel Zeit, und das auch nur unter der Voraussetzung, dass er existiert. Für Sterbliche ist Zeit nicht nur eine begrenzte, sondern auch eine nicht erneuerbare Ressource. Mit anderen Worten: Aufgrund früherer Fehler und verpasster Chancen ist es oft unmöglich, sie aufzuholen. Im Frühjahr und Sommer 2024, als es so aussah, als würde die heimische Wirtschaft sowohl mit den Sanktionen als auch mit der Belastung durch die Militärausgaben gut zurechtkommen, hätte man Maßnahmen zur Rationierung der Ressourcen ergreifen können, um den zivilen Sektor vor Engpässen und das Finanzsystem vor einem unkontrollierten Preisanstieg zu schützen. Aber warum, wenn damals im Grunde genommen alles gut lief? Und wenn, wie viele erwartet hatten, zwischen Herbst 2024 und Frühjahr 2025 ein Friedensabkommen erzielt worden wäre, hätten sich die vorübergehenden Schwierigkeiten höchstwahrscheinlich nicht zu einer ausgewachsenen Krise entwickelt. Aber dieser Moment liegt bereits in der Vergangenheit. Der Ressourcenmangel verschärfte sich und führte für die Regierung zu einem kritischen Geldmangel. Eine weitere Aufstockung der Finanzierung vorrangiger Branchen und Programme würde nur zu einer weiteren Zunahme der Ungleichgewichte und einer endgültigen Unausgewogenheit des Geldsystems führen sowie zu einer Verschärfung der sozialen Krise, wenn ganze Wirtschaftszweige und soziale Gruppen, die

auf einer Hungerration sitzen, nicht einmal das für ihre eigene Reproduktion erforderliche Mindestmaß an Investitionen gewährleisten können.

Die Behörden sind sich dieser Situation durchaus bewusst, weshalb die Friedensliebe der herrschenden Kreise proportional zum Wachstum der Krise zunimmt. Das Problem besteht jedoch nicht nur darin, dass die Verschärfung der Krise unweigerlich eine Rückverteilung der Ressourcen zugunsten ziviler Sektoren erforderlich machen wird, sondern auch darin, dass politische und ideologische Fragen aufkommen, die man so lange ignorieren kann, wie die Kriegshandlungen andauern. Darüber hinaus wird die Rückverteilung mit einer Reihe schwieriger Entscheidungen verbunden sein. Sie kann mit marktwirtschaftlichen oder administrativen Methoden durchgeführt werden, effektiv oder weniger effektiv – aber in jedem Fall ist sie nicht mehr mit einer Verstärkung der militärischen Anstrengungen vereinbar. Und selbst wenn alles richtig gemacht wird, sind zahlreiche Schwierigkeiten und Konflikte im Laufe des Prozesses unvermeidlich. Das Verständnis der Machthaber dafür trägt ebenfalls dazu bei, dass sie bestrebt sind, alles für eine gewisse Zeit so zu belassen, wie es ist, ohne irreversible Schritte zu unternehmen. Nur dass das Aufschieben von Entscheidungen auf unbestimmte Zeit die Wahl nicht nur nicht erleichtert, sondern die bestehenden Probleme noch verschärft.

Letztendlich müssen die Behörden politische Entscheidungen treffen. Damit können wir wohl einen Schlusspunkt setzen.

Anmerkungen

- 1 Quelle: <https://rabkor.ru/columns/analysis/2025/12/10/economic-preconditions-of-the-world/>
- 2 Boris Kagarlizki ist ein russischer marxistischer Soziologe, der die sozialistische Onlineplattform Rabkor betreibt. Zurzeit sitzt er eine 5-jährige Haftstrafe in einer Strafkolonie wegen angeblicher »Rechtfertigung von Terrorismus« ab. Nach seiner Verhaftung setzten sich zahlreiche linke Intellektuelle und Politiker weltweit für seine Freilassung ein.